

Maurice Müller

Europäisierung in der wissenschaftlichen EU-Integrationsdebatte

Europäisierung als Konzept politikwissenschaftlicher
EU-Integrationsforschung?

Masterarbeit

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 2010 GRIN Verlag
ISBN: 9783668383364

Dieses Buch bei GRIN:

<https://www.grin.com/document/351544>

Maurice Müller

Europäisierung in der wissenschaftlichen EU-Integrationsdebatte

Europäisierung als Konzept politikwissenschaftlicher EU-Integrationsforschung?

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

http://www.twitter.com/grin_com

Sommersemester 2010

Universität Bielefeld

Fakultät für Soziologie

Lehr- und Forschungsbereich Politikwissenschaft

Europäisierung in der wissenschaftlichen EU-Integrationsdebatte

Masterarbeit

Studiengang: „Politische Kommunikation“

Verfasser: Maurice Benjamin Müller

Bielefeld, den 11.06.2010

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zusammenfassung	IV
Abkürzungsverzeichnis	V
1 Einleitung	1
2 Politikwissenschaftliche Theorien europäischer Integration	10
2.1 Föderalismus.....	12
2.2 Neo-Funktionalismus.....	14
2.3 Intergouvernementalismus.....	17
2.4 Supranationalismus.....	20
2.5 Multi-Level-Governance	22
2.6 Sozialkonstruktivistische Ansätze	26
3 Politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung	27
3.1 Die Begriffsdebatte um Europäisierung	27
3.2 Europäisierung als integrativer Forschungsansatz	30
3.2.1 Europäisierung und die Perspektive des Mehrebenenregierens	31
3.2.2 Europäisierungsforschung und die vergleichende Politikfeldforschung...33	
3.3 Europäisierungsforschung und ihre Methodendebatten	36
3.3.1 Europäisierung als “Second-Image-Reversed”-Forschungsdesign	37
3.3.2 Vertikale und horizontale Wandlungsprozesse	37
3.3.3 Top-down und Bottom-up-Perspektive	38
3.3.4 Goodness-of-fit und neo-institutionalistische Ansätze.....	41
3.3.5 Up-, Cross- und Downloading.....	43
3.3.6 Europäisierung, Globalisierung und Regionalisierung.....	45
3.3.7 Qualitative Europäisierungsforschung	48
3.3.8 Quantitative Europäisierungsforschung	51
3.3.9 Methodentriangulation in der Europäisierungsforschung	53
3.4 Aspekte politischer Europäisierung.....	54
3.4.1 Europäisierung innerhalb der EU	54
3.4.1.1 Europäisierung auf mitgliedstaatlicher Ebene	54
3.4.1.2 Europäisierung auf regionaler Ebene	55
3.4.2 Europäisierung außerhalb der EU	55
3.4.2.1 Erweiterungsprozess der Europäischen Union.....	55

3.4.2.2 Europäisierung außerhalb der Europäischen Union	56
3.5 Modelle „variabler Integration“ und Europäisierung	57
4 Europäisierung in der wissenschaftlichen EU-Integrationsdebatte	58
5 Weitere Dimensionen der Europäisierungsforschung	60
5.1 Rechtliche Europäisierung.....	61
5.2 Wirtschaftliche Europäisierung	64
5.3 Gesellschaftliche Europäisierung	67
6 Die Konzeptdebatte innerhalb der Europäisierungsforschung	70
6.1 Europäisierungsdebatte und Concept Stretching.....	70
6.2 „Konzeptionelle Schlampigkeit“ und Europäisierung.....	71
6.3 Ergebnisse der Konzeptdebatte in der Europäisierungsforschung	73
7 Europäisierung als Konzept politikwissenschaftlicher EU-Integrationsforschung?	76
7.1 Politikwissenschaftliche EU-Integrationsforschung.....	76
7.2 Politische Prozesse der Integration und Europäisierung	78
7.3 Politikwissenschaft und Europäisierung.....	79
8 EU-Integration konkretisiert durch Europäisierung - Fazit.....	83
Literaturverzeichnis	89
Gesetzesverzeichnis.....	103
Verzeichnis genutzter Bildmotive	103
Verzeichnis zitierter Internetseiten.....	104
Anhang.....	105
Abbildung 1: Wissenschaftliche Relevanz.....	105
Abbildung 2: Gemeinschaftsrecht und die deutsche Gesetzgebung.....	106

Europäisierung in der wissenschaftlichen EU-Integrationsdebatte – Europäisierung als Konzept politikwissenschaftlicher EU-Integrationsforschung?

Zusammenfassung

Die vorliegende Masterarbeit stellt fest, dass Europäisierung in der wissenschaftlichen EU-Integrationsdebatte trotz des vielfältigen Theorieangebots eine Sonderrolle einnimmt. Der Trend in Richtung Theorien mittlerer Reichweite und offener Konzepte wird in der Integrationsdebatte deutlich. Die Sonderstellung der Europäisierung als Beschreibungsperspektive auf nationalstaatlichen Wandel konkretisiert sich auch durch klare Anforderungen zur Präzisierung des Konzepts der EU-Integration als Bottom-up-Prozess. Europäisierung löst EU-Integration nicht als Begriff ab, weist Integration aber eine genauere Funktion zu. Die weitere Konzeptentwicklung von Europäisierung erfordert eine EU-Integrationsdefinition, die den eigenen Bottom-up-Prozess trennschärfer beschreibt.

In der Beschreibung nationalstaatlicher Anpassungsprozesse kommen Europäisierungsstudien häufig zu divergierenden Ergebnissen zwischen den verglichenen Staaten. Europäisierung untersucht komplexe staatliche Wandlungsprozesse, die keiner „Integrationslogik“ folgen. Politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung beschreibt dabei vertikale und horizontale (zwischenstaatliche) Prozesse staatlichen Wandels. Insgesamt zeigt sich ein pragmatischer Umgang der Politikwissenschaft mit der Europäisierung. Die Interdisziplinarität des Konzepts wird von PolitikwissenschaftlerInnen genutzt, um auch andere (vor allem rechtliche) Dimensionen der Europäisierung zu untersuchen. Politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung entwickelte bisher noch kein etabliertes Methodenrepertoire, sondern greift auf MLG-Forschung und Konzepte der vergleichenden Regierungslehre zurück. Um eine Profilschärfung der politikwissenschaftlichen Europäisierungsforschung zu erreichen, wäre es nötig, die bisher im Vordergrund stehende Institutionenforschung stärker mit der Erforschung der Bedeutung (politischer) Akteure und Parteien zu verknüpfen.

Schlagwörter:

Integration versus Europäisierung, Konzeptdebatte, Diversität nationalstaatlicher Europäisierungsergebnisse, Politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung

Abkürzungsverzeichnis

AdR	Ausschuss der Regionen der Europäischen Union
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation (Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft)
CESR	Ausschuss der europäischen Wertpapierregulierungsbehörden
DIP	Dokumentations- und Informationssystem für parlamentarische Vorgänge im Bundestag
EC	European Communities (siehe EG)
EFTA	European Free Trade Association (Europäische Freihandelszone)
EG	Europäische Gemeinschaften
EIOP	European Integration Online Portal
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention, auch: Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EP	Europäisches Parlament (EU Parlament)
EWA	Europäischer Wertpapierausschuss (häufig auch ESC – European Securities Committee)
EWR	Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum
EWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (auch EWU genannt)
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof in Luxemburg
Eurozone	Gebiet der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die den Euro als offizielle Währung eingeführt haben
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EZB	Europäische Zentral Bank
GESTA	Informationssystem "Stand der Gesetzgebung des Bundes"
IPE	International Political Economy (Forschungsgebiet der internationalen politischen Ökonomie in IR)
ISO	International Standardization Organisation
IR	International Relations (Internationale Beziehungen)
ITL	„Integration Through Law“ (Konzept der Integration durch Recht)
Kommission	Kommission der Europäischen Gemeinschaften (EU Kommission)
MERCOSUR	Mercado común del sur (Gemeinsamer Handelsmarkt des Südens)
MLG	Multi Level Governance (Mehrebenenregieren)
Rat	Rat der Europäischen Union

“In other words, Europeanisation follows no single ‘logic’.”

Bulmer, Radaelli 2004:7

1 Einleitung

Die Europäischen Gemeinschaften und die spätere Europäische Union sind mit ihren internen wie externen Integrationserfolgen¹ immer auch ein Objekt politikwissenschaftlicher Theoriebildung gewesen. Politikwissenschaftliche Forschungsrichtungen, wie die vergleichende Regierungslehre und die internationalen Beziehungen, versuchen seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften ihren Verlauf analytisch zu verfolgen. Der Schwerpunkt der Analysen bezieht sich auf die Schaffung supranationaler Institutionen der EU sowie des gemeinsamen Binnenmarktes zwischen den Mitgliedsstaaten. Neben der analytischen Perspektive auf die EU erweitern normative Vorstellungen, wie im Föderalismus, die Vielfalt der Debatte. Diese normativen Ansätze versuchen die Finalität der Europäischen Gemeinschaften zu beschreiben. Die Komplexität der Debatte führt Jachtenfuchs und weitere Autoren dazu, die europäische Gemeinschaftsbildung als „sui generis“² zu bezeichnen (1997:7). Diese Zuschreibung von Einzigartigkeit zieht aber Schwierigkeiten für die wissenschaftliche Analyse nach sich.

Mit der Europäisierung ist seit fünfzehn Jahren ein konzeptioneller Ansatz in die wissenschaftliche Integrationsdebatte eingetreten, der sich in einigen Punkten von klassischen Integrationstheorien unterscheidet. Europäisierung stellt eine neue Perspektive auf den Integrationsprozess dar, indem die nationalstaatlichen Veränderungen durch den Anpassungsdruck der EU beschrieben werden. Die Analyse umfasst durch die weitreichenden Kompetenzen der EU ein breites Spektrum an Politikbereichen und Akteuren innerhalb und außerhalb der EU.

¹ Zu diesen Erfolgen zählt intern der Aufbau eines gemeinsamen Binnenmarktes sowie extern die Aufnahme 21 neuer Mitgliedsstaaten seit der Gründung der EG im Jahr 1957.

² Die EU als Gebilde „eigener Art.“ Diese Vorstellung führt zu der Problematik, dass die EU nach diesem Verständnis mit keinem Staat oder keinem regionalen Bündnis (wie etwa Mercosur) zu vergleichen ist.

In diesem Rahmen werden die „Impulse“³ der EU auf Nationalstaaten und private Akteure untersucht. Die Debatte um die Europäisierung ist durch viele Begriffs- und Konzeptvorschläge gekennzeichnet. Von einem festen Konzept kann nicht gesprochen werden. Europäisierung hat sich trotzdem als Teil der European Studies etabliert. Die Offenheit des Europäisierungskonzepts erschwert aber die Abgrenzung von benachbarten Theorien und Ansätzen (wie der MLG-Forschung).

Die Fragestellungen der vorgelegten Abschlussarbeit im Masterstudiengang „Politische Kommunikation“ beziehen sich auf die Einordnung des Europäisierungskonzepts in die bestehende EU-Integrationsdiskussion. Hinzu kommt die Rolle der Politikwissenschaft in diesem interdisziplinären Konzept, in dem staatlicher Wandel durch EU-Impulse und damit auch politische institutionelle Veränderungen erforscht werden. Zur Vertiefung werden auch die Schwerpunkte der Europäisierungsforschung und die Debatte um deren Methoden vorgestellt.

Die erste Fragestellung lautet: Wie ist das junge Konzept der Europäisierung in der wissenschaftlichen EU-Integrationsdebatte einzuordnen? Der aktuelle Stand in der Diskussion um Europäisierung ist dazu grundlegend. Da das Europäisierungskonzept selbst noch keine feste Definition hat, wird die Abgrenzung nicht immer trennscharf sein können. Diese Arbeit versucht, den Diskurs um das Europäisierungskonzept soweit wie möglich zuzuspitzen. Dabei werden auch die Schwerpunkte sowie die methodische Messbarkeit von Europäisierung dargestellt. Die Einordnung geschieht durch die Gegenüberstellung des Europäisierungskonzepts mit Theorien der europäischen Integration. Gleichzeitig kann so die Frage geklärt werden, ob Europäisierung mit europäischer Integration gleichgesetzt werden kann. Diese Fragestellung wird in den folgenden drei Kapiteln behandelt.

Zweitens geht diese Arbeit der Frage nach, wie die Rolle der Europäisierungsforschung innerhalb der Politikwissenschaft einzuschätzen ist. Was genau ist das Politikwissenschaftliche an Europäisierung? Dabei wird die Annahme zu Grunde gelegt, dass Europäisierungsprozesse nicht nur politisch, sondern auch rechtlich, wirtschaftlich oder gesellschaftlich charakterisiert werden können. Zur

³ Siehe dazu die Vorstellung von EU-Impulsen nach Töller (2010:428).

Klärung dient der Vergleich mit diesen weiteren Europäisierungsperspektiven. Die Fragestellung wird in den Kapiteln fünf bis sieben dargestellt und baut auf Ergebnissen der ersten Fragestellung auf.

Europäisierung und die Europäische Integration bilden ein großes Forschungsfeld, daher werden Inhalte ausgeschlossen, die aufgrund der begrenzten Seitenzahl nicht in dieser Masterarbeit thematisiert werden können. Der Fokus liegt auf dem politischen System der EU (mit Ausnahme der EMRK und des Europarats in der rechtlichen Europäisierung). Die Europäisierung von weiteren europäischen Gemeinschaften (wie EWR oder EFTA) wird kurz erläutert. Der Theorievergleich ist auf die analytischen Perspektiven ausgerichtet. Normative Vorstellungen der beschriebenen Theorien bleiben (außer im Föderalismus) unberücksichtigt⁴. Dazu gehört auch der mögliche weitere Integrationsverlauf der EU. Es werden ebenfalls keine historischen Ereignisse für den Theoriebildungsverlauf herangezogen.⁵ Es sollen ausschließlich Unterscheidungen zwischen Theorien und Konzepten der europäischen Integration herausgearbeitet und diskutiert werden. Ebenfalls ausgeschlossen wird die Debatte um die sui generis Struktur⁶ der EU. Auch wenn sie in der Europäisierungsdebatte immer wieder auftaucht, ist diese Vorstellung der Unvergleichbarkeit des EU-Systems nicht weiterführend für die untersuchten Fragestellungen. Die Breite der soziologischen Europäisierungsforschung konnte innerhalb dieser Arbeit nicht dargestellt werden. Dazu gehören grenzsoziologische⁷ und sozialstrukturelle Analysen⁸. Die Europäisierung von Parteien (siehe Axt 2006, Mair 2008) lässt sich in dem begrenzten Umfang ebenso nicht darstellen, wie Ergebnisse von Europäisierungsstudien einzelner Staaten oder Politikfelder⁹.

Wissen zum politischen und rechtlichen System der EU sowie der wichtigsten Funktionsweisen der EU seiner Institutionen erleichtern das Lesen dieser

⁴ Für einen Überblick siehe Huget (2007) Demokratisierung der EU: Normative Demokratietheorie und Governance- Praxis im europäischen Mehrebenensystem.

⁵ Einen guten Überblick bieten Kristoferitsch (2007:199-265) sowie Brunn, Die Europäische Einigung. Von 1945 bis heute.

⁶ Zur Vertiefung siehe Jachtenfuchs (1997) oder Von Bogdandy (1999).

⁷ Einführend: Mau (2006, 2007); Eigmüller, Vobruba (2006); Boehnke et al. (2009); Roose (2009).

⁸ Einführend: Berger, Weiß (2009) sowie Mau, Verwiebe (2009).

⁹ Lesenswerte Studien sind etwa: Jordana, Levi-Faur und Puig (2005) zur Liberalisierung des portugiesischen und spanischen Telekommunikationsmarktes und Radaelli (1997) zur Steuerregulierung in Italien und Großbritannien.

Masterarbeit. Dies schließt Vorkenntnisse des EU-Rechts sowie der Rolle des EuGH in Luxemburg als teilweise unmittelbar Recht setzendes Organ mit ein (Frenz 2010:180-186; 212-213). In dieser Funktion hat der EuGH für die rechtliche Europäisierung eine maßgebliche Rolle. Zudem sollten die Wirkungen der Rechtshandlungen der EU¹⁰ bekannt sein. Diese Handlungen determinieren viele rechtliche Europäisierungsprozesse. Hinzukommen Durchführungsrechtsakte, die über Kommitologieverfahren in Kraft gesetzt werden können, wie im Fall des Lamfalussy-Prozesses (Frenz 2010:198-202, „Lamfalussy Richtlinie“ 2005).

Die Relevanz der vorgelegten Arbeit liegt in der Beschreibung der dynamischen und vielschichtigen Forschungsagenda der Europäisierung. Die Debatte um das Konzept der Europäisierung führt in eine große Vielfalt von Begriffs- und Konzeptvorschlägen ein, wie staatlicher Wandel durch die EU zu messen und zu beschreiben ist. Herausfordernd ist hier, die verschiedenen Meinungen aus Einzelstudien zur Konzeption von Europäisierung zu sichten und herrschende Meinungen herauszufinden. Diese Masterarbeit beschreibt damit keinen festen Theorie- und Methodenrahmen, sondern den Zwischenstand einer komplexen Debatte, in der der Weg zu einem akzeptierten Europäisierungskonzept noch weit zu sein scheint (Graziano, Vink 2007:8). Neben dem Theorievergleich zwischen Europäisierung und europäischer Integration, wird die Bedeutung der zweiten Fragestellung durch die interne (rechtliche, politische, wirtschaftliche und soziologische) Ausdifferenzierung der Europäisierungsforschung deutlich. Ziel ist es, spezifisch politikwissenschaftliche Ansätze in der Europäisierungsforschung und die konzeptionelle Rolle für die politikwissenschaftliche Integrationsforschung zu identifizieren. Grundlage ist die Überschneidung politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Europäisierungsprozesse. Der nationalstaatliche Wandel durch Europäisierung entsteht damit nicht nur durch politische Gremien, sondern wird durch europarechtliche Entscheidungen des EuGH und wirtschaftliches Handeln privater Akteure im EU-Binnenmarkt massiv mitbestimmt. Damit stellt sich politikwissenschaftlich die Frage, wie sich ihre Rolle in einem offenen,

¹⁰ Diese Rechtshandlungen sind: Verordnung als „EU-Gesetz“ mit unmittelbarer Anwendbarkeit, Direktive/Richtlinie mit unmittelbarer Wirkung sowie Entscheidung, Empfehlung und Stellungnahmen als nicht direkt umzusetzende Vorgaben der EU an die Mitgliedsstaaten.

interdisziplinären Europäisierungskonzept gestaltet. Wie stark ist die Politikwissenschaft in der Integrationsdebatte zu erkennen?

Meine Motivation über Europäisierung zu forschen beruht auf drei Quellen. Die erste liegt in der Perspektive auf staatlichem Wandel durch Europäisierung. Eindrücke dieser Transformation wurden mir im staatswissenschaftlichen Bachelorstudium der Universität Erfurt vermittelt. Die Interdisziplinarität von Recht, Politik und Wirtschaft prägt meine Perspektive auf Staatlichkeit im Kontext eines sich scheinbar immer stärker vereinigenden Europas. Die zweite Quelle liegt in meinem Studienaufenthalt 2008/09 an der Sciences Po Paris im Master „Affaires européennes.“ Dort bin ich das erste Mal mit dem Konzept der Europäisierung in Kontakt gekommen und war wegen dessen Fokussierung auf die nationalstaatliche Ebene sehr daran interessiert. Hinzukommen die interdisziplinäre Offenheit und die Anknüpfungspunkte an den Multi-Level-Governance-Ansatz und Governance-Theorien, wie sie im Master „Politische Kommunikation“ der Universität Bielefeld gelehrt werden. Diese Quellen sollten zudem zu einer Fragestellung in Richtung politischer Kommunikation verengt werden. Diese Fragestellung zeigt sich meiner Ansicht nach, in der Untersuchung der „Konkurrenz“ politikwissenschaftlicher Forschung zu den weiteren Dimensionen der Europäisierungsforschung. Die Bedeutung der Selbstbeschreibung als PolitikwissenschaftlerIn in der Europäisierungsforschung soll innerhalb der zweiten Fragestellung untersucht werden.

Nachfolgend ein Bericht zum aktuellen Stand der Literatur. Europäisierung wird in zahlreichen Aufsätzen und Studien thematisiert. Viele dieser wissenschaftlichen Arbeiten sind über Datenbanken im Internet zugänglich. 90 % der genutzten 173 Literaturquellen dieser Arbeit sind über das Internet zugänglich. Dies spricht einerseits für Onlinejournals und Datenbanken zum Thema Europäisierung, andererseits gegen das unzureichende Angebot der Universitätsbibliothek Bielefeld zum Themas Europäisierung. Die für diese Arbeit genutzten Quellen sind zu über 75 % nach dem Jahr 2005 erschienen. Die Breite der Veröffentlichungen zeigt die Aktualität der Europäisierungsdebatte. Das Forschungsportal zur EU-

Integrationsforschung EIOP¹¹ stellt wichtige Aufsätze bereit. Hinzukommen Veröffentlichungen aus dem *Journals of Common Market Studies*¹² sowie dem *Living Reviews in European Governance*¹³. Die Datenbank der Universität Oxford bietet Zugriff auf wichtige Quellen von Featherstone und Radaelli.¹⁴ Die genannten Quellen stellen meist verlinkte Literaturverzeichnisse der eingestellten Artikel bereit. Eine wichtige Hilfe, um das breite Artikelangebot der Europäisierungsforschung besser zu überblicken und häufiger zitierte Autoren zu identifizieren. Schwierigkeiten ergeben sich in der Literaturrecherche aus der Unübersichtlichkeit der EU-Integrationsforschung sowie der breiten Nutzung des Europäisierungsbegriffs. Eine Abgrenzung der Europäisierungsliteratur z.B. von EU-Governance-Studien sowie inhaltlich ähnlicher Integrationsstudien (die aber nicht den Begriff Europäisierung nutzen) ist in der Literaturrecherche schwierig.

Entscheidend ist für diesen Literaturbericht, die wichtigen Autoren in der Europäisierungsdebatte zu identifizieren. Diese sind Börzel, Radaelli, Rosamond, Töller sowie Graziano und Vink. Börzels Arbeiten sind von der Beschreibung des institutionellen Wandels sowie von Methoden wie dem Goodness-of-Fit-Ansatz geprägt (siehe Unterpunkt 3.3.4). Radaelli bemüht sich nachhaltig um die Konzeptionalisierung von Europäisierung und ist durch seine Metastudien (zusammen mit Exadaktylos 2009 und 2010) einer der wenigen Autoren, die versuchen, empirisch das Feld der Europäisierungsstudien zu analysieren. In der Europäisierungsdebatte gehört Radaelli zu den meistzitierten Autoren. Rosamond legte mit seinem Buch „Theories of European Integration“ ein breit rezipiertes Buch vor, das, obwohl es schon im Jahr 2000 erschienen ist, immer noch relevant für Problematiken der Europäisierungsforschung ist (z. B. im Bezug auf Globalisierungs- und Europäisierungsphänomene, siehe Unterpunkt 3.3.6). Töller sticht mit ihrem quantitativen Forschungsansatz für Europäisierung heraus (siehe Unterpunkt 3.3.8). Graziano und Vink gaben im Jahr 2007 mit „Europeanization - New Research Agendas“ den ersten „systematischen Vergleich von Forschungsergebnissen der Europäisierungsforschung“ heraus (2008:5). Konkret

¹¹ Online verfügbar unter <http://eiop.or.at> .

¹² Online verfügbar unter <http://www.blackwellpublishing.com/jcms> .

¹³ Online verfügbar unter <http://europeangovernance.livingreviews.org> .

¹⁴ Online verfügbar unter <http://www.oxfordscholarship.com> .

bedeutet dies eine Übersicht zu Forschungsständen der Europäisierung, getrennt nach einzelnen Politikfeldern. Damit ist das Buch (neben Featherstones und Radaellis: „The Politics of Europeanization“ aus dem Jahr 2003) eine wichtige Orientierung in der Konzeptvielfalt der Europäisierungsforschung. Diese Überblicksliteratur ist von hoher Bedeutung, da es der Europäisierungsforschung an breiten Vergleichen zu Politikfeldern aller EU-Mitgliedsstaaten mangelt. Die fehlende Anschlussfähigkeit der qualitativen Studien untereinander erschwert es zusätzlich, Einzelstudien zu einem Gesamtüberblick über Europäisierungsprozesse zusammenzufügen. Damit findet die Konzeptdebatte um Europäisierung auf der Grundlage einer unausgewogenen Studienverteilung, bezogen auf untersuchte Staaten und Politikfelder, statt. Das Ergebnis ist ein, durch die Literatur umrissenes ungenaues Forschungsfeld, in dem viele Aufsätze und Studien Teilaspekte der Europäisierung beschreiben, ohne dies in den Gesamtzusammenhang der Europäisierungsforschung einzubetten. Diese Arbeit muss daher für die Beschreibung der Schwerpunkte von Europäisierungsforschung eine Europäisierungsdefinition wählen. Da auch die Forschungsschwerpunkte in der Europäisierungsforschung umstritten sind (siehe Unterpunkt 3.4). Die Definition von Olsen wurde ausgewählt, da sie den breitesten „Wirkbereich“ von Europäisierung abdeckt (siehe Unterpunkt 3.1). Hier werden Europäisierungsprozesse außerhalb der EU in die Darstellung einbezogen. Diese Schwerpunktübersicht nach Olsen bedeutet aber nicht, dass dieses Konzept in der Europäisierungsdiskussion maßgeblich wäre.

Diese Masterarbeit hält als Ergebnisse zur ersten Fragestellung fest, dass Europäisierung durch ihre „umgekehrte“, weil staatszentrierte, Beobachtungsperspektive eine Sonderrolle in der EU-Integrationsdebatte einnimmt. Die Beobachtung von EU-Impulsen auf Nationalstaaten setzt Integration als „Grundlage“ für Europäisierung voraus. Europäisierung beinhaltet damit ein offenes Konzept zur Analyse staatlichen Wandels. Die politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung greift auf bestehende Ansätze zurück und setzt diese im Sinne ihrer Forschungsperspektive ein. Das stark debattierte interdisziplinäre Europäisierungskonzept zeigt in der wissenschaftlichen EU-Integrationsdebatte auf, dass (politikwissenschaftliche) EU-Integrationsprozesse nur als Bottom-up-Prozesse beschrieben werden können. Durch die Anknüpfung der Europäisierungsperspektive an die EU-Integration steht das EU-Integrationskonzept unter

Konkretisierungsdruck, um im weiteren Schritt genauer von Europäisierung abgegrenzt werden zu können. Es kommt damit zur Doppelbedeutung von EU-Integration, erstens als allgemeinem Begriff zur Beschreibung der Debatte um Vereinigungsprozesse in der EU und zweitens als Bottom-up-Prozess, der sich gegenläufig zu Europäisierung vollzieht.

Die Ergebnisse zur zweiten Fragestellung beschreiben erst die Ergebnisse zum interdisziplinären Konzept der Europäisierungsforschung und in der Folge die Rolle der politikwissenschaftlichen Europäisierungsforschung.

Europäisierung ist als analytisches Forschungsgebiet in der wissenschaftlichen EU-Integrationsforschung etabliert. Trotz Bezügen zum Neo-Funktionalismus steht Europäisierung für einen neuen Blick auf die EU-Integrationsforschung. Konzeptionelle und definatorische Ungenauigkeiten in der Beschreibung von Europäisierung führen aufgrund der eindeutigen Fokussierung des Forschungsziels Nationalstaat nicht zu einer Schwächung des jungen Konzepts in der EU-Integrationsdebatte. Der Methodendiskurs innerhalb des breiten Forschungsgebiets lebt bisher vom Rückgriff auf etablierte Forschungsmethoden. Eigene methodische Ansätze, wie der Goodness-of-fit-Ansatz, sind stark umstritten.

Die Untersuchung von Europäisierungsprozessen schafft neue Herausforderungen für die politikwissenschaftliche Forschung. Bisher wird die interne Abgrenzung verschiedener Europäisierungsprozessen in der Forschung wenig thematisiert. Es ist aber erkennbar, dass die politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung eigene horizontale und vertikale Analyseperspektiven entwickeln muss. Insbesondere gegenüber der rechtlichen Europäisierungsforschung wären klare Abgrenzungen nötig. Im Gegensatz zum „politischen“ Bottom-up-Prozess, der die Legitimationsübertragung von Nationalstaaten auf die supranationale EU umfasst, ist der Top-down-Europäisierungsprozess durch die Überlagerung rechtlicher und politischer Prozesse gekennzeichnet. Recht scheint die Rolle der Politik (etwa durch direkt wirkende Entscheidungen des EuGH) zu überlagern¹⁵. Im Prozess der

¹⁵Als Beleg der These kann das Rechtskonzept der „judicialization of politics“ gelten (Conant 2009:156).

horizontalen (zwischenstaatlichen) Europäisierung sind zudem weitere Anstrengungen zur Determinierung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandlungsprozesse (durch den Einfluss privater Akteure) nötig. Für die politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung heißt dies, neben der Fokussierung auf die institutionelle Adaptionforschung, Europäisierungsprozesse mit Bezug zu Entscheidungen und Prozessen (politischer) Akteure zu erforschen.¹⁶ Über die Nutzung von Methoden der MLG-Forschung und der vergleichenden Politikwissenschaft macht politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung zusätzlich globalen Einfluss auf nationalstaatlichen Wandel sichtbar. Diese Einflüsse von Globalisierung und Regionalisierung können bisher nicht ausreichend von Europäisierungsprozessen abgegrenzt werden. Die zu erarbeitenden Forschungsdesigns sind in der Europäisierungs- und der „benachbarten“ Governance-Forschung nicht stark genug ausgearbeitet.

¹⁶ Siehe das Beispiel Börzels nationaler Regierungen als takers und shapers (2003:3).

2 Politikwissenschaftliche Theorien europäischer Integration

Die im Folgenden vorgestellten Theorien europäischer Integration führen in die wissenschaftliche Diskussion ein und werden im vierten Kapitel dem Konzept der Europäisierung entgegengestellt. Dieser Theorievergleich zur Einordnung der Europäisierungsforschung in die wissenschaftliche EU-Integrationsdebatte wird u. a. von Bulmer (2007:48) vorgeschlagen.

Bevor im ersten Unterpunkt der Föderalismus als Integrationstheorie vorgestellt wird, sind noch einige Bemerkungen zur Funktion der Begriffe Theorie und Integration zu machen. Eine Theorie zur europäischen Integration stellt immer ein vereinfachtes Bild der Realität dar, um damit beschreibende und erklärende Aussagen über Integrationsprozesse machen zu können. Karl Popper beschreibt Theorien als „Netze“, mit denen der Versuch unternommen wird, die Welt einzufangen. Die verschiedenen verfügbaren „Netze“ der europäischen Integrationstheorie führen meist auch zu unterschiedlichen Ergebnissen (Brückner 2005:19). Theorien strukturieren wissenschaftliche Beobachtung, dienen als Beschreibungsmittel für den untersuchten Gegenstand und helfen wichtige Merkmale zu identifizieren.

Theorien erfüllen folgende allgemeine Aufgaben:

1. Theorien haben eine Selektionsfunktion, das heißt, sie wählen aus dem breiten empirischen Datenmaterial die relevanten Daten und Fakten aus.
 2. Theorien besitzen eine Ordnungsfunktion, der zufolge sie die empirischen Beobachtungen strukturieren und ordnen sollen, um Faktoren und Variablen gewichten und in ihrer Bedeutung unterscheiden zu können.
 3. Theorien haben eine Erklärungsfunktion, d. h. sie sollen mit Hilfe der beiden erst genannten Funktionen dazu beitragen, Zusammenhänge und Ursachen erkennen und darstellen, also erklären zu können; und
 4. Theorien besitzen eine operative Funktion, der zufolge das theoretische Wissen in der politischen Praxis angewandt werden kann (nach Bieling, Lerch 2006:15-16).
- Insbesondere der letzte Punkt zeigt, dass Theorie nicht um ihrer Theorie Willen verfolgt werden sollte. Ein empirischer Bezug müsse erkennbar bleiben.

Diese vier Kategorien werden im Theorievergleich des dritten Kapitels wieder aufgegriffen.

Theorien europäischer Integration befassen sich mit dem Prozess der Herstellung eines Ganzen, so die lateinische Bedeutung von Integration. Diese Begrifflichkeit zeigt allein noch nicht auf, ob es sich um einen Prozess oder einen Zustand der Integration handelt, der wissenschaftlich beobachtet wird. Es handelt sich beim Begriff der Integration immer um die Beschreibung einer Relation zweier Zustände. Damit wird normativ noch keine Aussage darüber gemacht, was unter dem Endpunkt des Integrationsprozesses zu verstehen ist.¹⁷ Somit wird die Integrationsforschung immer von verschiedenen Konzepten zur Finalität und zur Beschreibung des Prozesses von Integration begleitet (Rosamond 2000:12).

Je nach Blickwinkel wird so entweder das Entstehen von Kooperationen und Integration zu beobachten sein, etwa in der Angleichung von Grenzregionen, oder die Betrachtung eines Zustands von Integration, z. B. die des gemeinsamen Binnenmarktes wird beschrieben. Auch wenn die abhängigen Variablen innerhalb der Theorien der europäischen Integration immer wieder variieren. Es ist wichtig vorzuschicken, dass die Europäische Integration in der Europäisierungsforschung als Bottom-up-Prozess verstanden wird (u. a. Börzel 2003:3). Dies bedeutet, dass theoretisch erklärt werden soll, wie Nationalstaaten Teile ihrer Kompetenzen auf die europäische, supranationale Ebene verlagern. Daher sind die Hauptthemen politischer EU-Integrationstheorien auch immer das Verhältnis von Politik, Wirtschaft und Recht sowie die Zukunft des Nationalstaats im Kontext der Europäischen Gemeinschaften (Rosamond 2000:2). Das Untersuchungsobjekt selbst, die EU und ihr ständiger Erweiterungsprozess haben zur Beschreibung als „moving target“ (Bieling, Lerch 2006:9) geführt, das es zu erforschen gilt.

Ein wichtiger Aspekt der folgenden Theorien ist, dass sie sich nicht nur auf Europa als zu erklärenden Gegenstand beschränken, sondern Teil der Forschung der Internationalen Beziehungen sein können. Diese Theorien durchliefen in ihrer Auseinandersetzung mit dem europäischen Integrationsphänomen einen Prozess der Ausdifferenzierung (Bieling, Lerch 2006:12).

¹⁷Haas beschreibt dies wie folgt: „The task of selecting and justifying variables and explaining their hypothesized interdependence cannot be accomplished without an agreement as to possible conditions to which the process is expected to lead. In short, we need a dependent variable“ (Haas 1970:622).

Angemerkt werden muss, dass viele Theorien zur europäischen Integration selbst nicht den Anspruch haben, die EU oder Europa als Ganzes zu erklären. Diese Teiltheorien oder „Theorien mittlerer Reichweite“ ergänzen sich häufig gegenseitig. Sie gehen meist vom sozialen Mechanismus aus, der einen „erklärenden Zugriff“ auf das Objekt erlaubt (Mackert 2006:83). Eine weitere Theoriebildung bleibt aber aus. Ziel von „Theorien mittlerer Reichweite“ ist es, sozialen Wandel erklärbar zu machen (Mackert 2006:167). Damit kann in der EU-Integrationsforschung nicht von einer festen Theorielandschaft gesprochen werden (Bieling, Lerch 2006:21), so dass sich die EU-Integrationsforschung als pluralistisch beschreiben lässt.

2.1 Föderalismus

Zu Beginn der Theoriedebatte steht mit dem Föderalismus eine ambivalente Integrationstheorie. Trotz der langen Tradition seit Montesquieu (Fischer, Hüttmann 2006:47) und dem Einfluss föderalistischer Ideen etwa auf die Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1787 („Federalist Papers“) wird der Föderalismus eher „als politisches Projekt“¹⁸ denn als Integrationstheorie beschrieben (Rosamond 2000:23). Grund dafür ist die noch zu beschreibende Normativität der Theorie, die viele Wissenschaftler mit dem Föderalismus verbinden.¹⁹

Die Komplexität des Föderalismus besteht darin, dass unter der Regierung föderalistischer Systeme immer auch Kompetenzen an regionale Akteure vergeben werden. Am Beispiel der EU als stark dezentralisiertem System zeigt sich, dass die Teilung von Kompetenzen auf verschiedenen Ebenen ähnlich wie im Föderalismus angelegt ist. Daher kann die EU auf den ersten Blick als föderaler Staat gelten (Rozenberg 2007:9). Diese These wird durch die „Konkurrenz“ des Multi-Level-Governance-Konzepts aber wieder relativiert (Rosamond 2000:24 siehe Unterpunkt 2.5). Insbesondere in der MLG-Forschung wird die Föderalismusforschung als

¹⁸ Richard Coudenhove-Kalergi beschreibt mit dem Buch „Pan Europa“ im Jahr 1926 als erster Autor die Version eines föderalistisch vereinten Europas (Rosamond 2000:21).

¹⁹ Die Kritik des Neo-Funktionalismus „[...] it is not always clear whether the assertions are normative or descriptive, they are certainly not explanatory (...) The main building blocks are normative assertions based on the faith of the asserters. The remainder is illustrative material chosen from the historical experience of federal nations“ (Haas, zitiert nach Giering 1997:78).

Grundlage der jetzigen EU-Forschung verstanden, auch wenn die MLG-Forschung wichtige Erweiterungen gebracht habe (Brunnengräber et al. 2008:22; Schuppert 2006:14).

Föderalistisches Denken ist geprägt von der Verhinderung totaler Herrschaft durch deren Teilung. Die politische Struktur ihrer föderalistischen Gemeinschaft ist durch gemeinsame Werte und Ziele verbunden, die in der Verfassung niedergeschrieben sind (Rosamond 2000:26). Dieses Modell kommt dem des Verfassungspatriotismus von Jürgen Habermas nahe (Foley 2006:75). Einige dieser gemeinsamen Werte wurden durch den italienischen Politiker Altiero Spinelli definiert. Nach seiner Überzeugung haben Nationalstaaten ihre Berechtigung verloren, da sie die politische und ökonomische Sicherheit ihrer Bürger nicht garantieren können. Es müssten Direktwahlen angestrebt werden, so dass keine Diplomaten mehr nötig seien, um eine europäische Verfassung aller Bürger umzusetzen (1972:68, zitiert nach Rosamond 2000:23). Allerdings bestehen in Föderalismus nur ungenaue Vorstellungen über diese Gewaltenteilung zwischen den einzelnen Ebenen (Rosamond 2000:25). Die föderalistischen Ausgestaltung Deutschlands und der USA zeigt die möglichen Unterschiede. Während der bundesdeutsche „verkappte Einheitsstaat“ (Abromeit 1992, zitiert nach Mann 2009:339) eine Ausgestaltung widerspiegelt, ist die föderalistische Entwicklung der USA ein Beispiel für die stärker subsidiär geprägte Form des Föderalismus.²⁰

Der Föderalismus fordert, dass politische Lösungen für Konflikte durch die Einbeziehung der lokalen Ebenen zu lösen seien. Veranschaulicht wird dies am Subsidiaritätsprinzip. Dies besagt, dass politische Aufgaben am Effizientesten auf der lokalen Ebene gelöst werden können²¹, als im (entfernten) politischen Zentrum. Die entstehende Autonomie und getrennte Souveränität verhindern, dass ein Akteur

²⁰ Wie Mann 2009.338-9 zeigt, kann die Betrachtung der föderalistischen Geschichte der USA, dazu führen die Idee der EU als *sui generis* (Gestalt eigener Art) zu relativieren. Dieses Ergebnis des Vergleichs mit der “Nature of the Union” Debatte im 19. Jahrhundert schärft so den Blick für den “Schwebezustand” der EU heute und bewahrt davor, durch das Ausweichen auf die *sui generis* Formel davor der EU wissenschaftliche Unvergleichbarkeit zu attestieren.

²¹ Das Subsidiaritätsprinzip wurde mit dem Vertrag von Maastricht im Jahr 1993 in das EU-Recht eingeführt und gibt Leitlinien zur Verteilung von Problemen auf EU und Mitgliedsstaatsebene vor.

das „letzte Wort“ sprechen könnte (1968:7, zitiert nach Fischer, Große Hüttmann 2006:49).

Die Staatszentriertheit in der föderalistischen Theorie ist ambivalent, da einerseits der Nationalstaat überwunden werden soll, andererseits aber z. B. die EU im Föderalismus nur als (Bundes-)Staat gedacht werden kann. Verglichen zur Europäisierungsforschung, die den Wandlungsprozess von Staaten inhärent beschreibt (siehe Kapitel 3), bleibt die Rolle des Staates in der Föderalismustheorie unbestimmt. In dieser Fixierung der gemeinsamen Werte, liegt die Schwierigkeit in der Umsetzung föderalistischer Integration Europas. Damit werden meist verschiedene Einzelziele verfolgt. Zu diesen Zielen zählen das „optimale Verhältnis“ von Einheit und Diversität. Maximale Effektivität des politischen Regierens sowie maximale Dezentralisierung und Autonomie (Rosamond 2000:24). Es handelt sich um Idealvorstellungen, deren Umsetzung offen bleibt. Eine analytische Definition als Integrationstheorie ist folglich schwierig. Gegensätzliche Positionen innerhalb der Föderalismusdebatte reichen von „Euroföderalisten“ mit dem Ziel des Ausbaus der EU (Bundesstaat) bis zu „Euroskeptikern“, die mit Betonung der nationalen Ebene eine Konföderation von Nationalstaaten favorisieren (Staatenbund). Föderalismus ist so nicht immer prointegrativ zu verstehen (Münch 2008:244). Rosamond bezeichnet dies als „Elastizität“ des Föderalismuskonzepts (2000:26). Die modernste Konzeption des Föderalismus liefert Wessels mit der Vorstellung eines fusionierten Föderalstaats. Dies bedeutet, dass der Trend zur Verschmelzung von Regierungen und Verwaltungen zwischen Nationalstaaten und EU „in wachsendem Maße anhält“ (Wessels 1992:40). Trotz dieser Schwierigkeiten der Präzisierung des Föderalismuskonzepts spielt es, durch „Erfolgsbeispiele“, wie die USA und Deutschland im politischen EU-Diskurs immer wieder eine Rolle. Verhandlungen um die Nutzung des Wortes „föderal“ in EU-Verträgen stießen in Großbritannien und Schweden auf massive Vorbehalte (Fischer, Große Hüttmann 2006:41). Im EU-Vertrag wird infolgedessen von einer „immer enger werdenden Union der Völker Europas“²² gesprochen.

2.2 Neo-Funktionalismus

²² Siehe Gesetzesverzeichnis oder online verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0001:01:DE:HTML>.

Der Neo-Funktionalismus stellt die erste „Großtheorie“ (Faber 2005:26) zur Beschreibung der europäischen Integration dar. Der Hauptvertreter Haas beschäftigte sich mit der Leitfrage, wie ökonomische Integration politische Integration ermöglichen könne, bzw. dieser vorausgeht. Dazu steht im Neo-Funktionalismus die Frage im Raum, unter welchen Bedingungen supranationale Institutionen diesen Prozess der Integration beschleunigen (Rosamond 2000:2). Haas' Ziel war die Entwicklung eines empirisch-analytischen Konzepts, um Integrationsprozesse beschreibbar zu machen. Er verwarf sowohl die zeitgenössischen Föderalismus- als auch die bis dahin ausbuchstabierte „Funktionalismus-Ansätze“ als ausschließlich normativ. Hinzu kam die neue Rolle des Nationalstaats. Der Neofunktionalismus betont hier den Fokus auf die regionale Vernetzung, die über staatliche Grenzen hinausgeht und die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten einschränkt (Wolf 2006:74).

Dem Neo-Funktionalismus liegt ein schwach ausgearbeitetes Theoriekonzept zu Grunde (Rosamond 2000:41). Das bedeutendste Konzept ist dabei die Vorstellung des „Spill-overs“. Darunter ist das „Überschwappen“ erfolgreicher Integrationsprozesse in weitere Funktionsbereiche oder die regionale Übernahme von Konzepten zu verstehen (Rosamond 2000:59). Anschaulich wird dies an der Vergemeinschaftung von Politikfeldern etwa der Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes mit den weiteren Schritten der EWWU, die das Ausgreifen dieser Marktdynamik belegen. Diese Idee „funktionale Effizienz“ (Bieling, Lerch 2006:26) zeigt sich im Agieren von Interessengruppen, Experten und supranationalen Institutionen der Europäischen Gemeinschaften. Über die EU hinausgehend wurde der Neo-Funktionalismus auch für die Erforschung von globalen Integrationsprozessen (z. B. der Vereinten Nationen) genutzt. Der Neofunktionalismus ist daher nicht an die Analyse der europäischen Gemeinschaften gebunden. So lassen sich Spill-over-Prozesse nicht nur in Staaten, sondern auch bei privaten Akteuren beobachten. Generell lassen sich funktionale, politische und „cultivated“ (Wolf 2006:73) Spill-over identifizieren. „Cultivated“ bedeutet in diesem Sinne gemeinsame Institutionen zu errichten, die die Vergemeinschaftung supranational vorantreiben. Integration beinhaltet damit mehr, als politische Prozesse. Aufgrund der Anschaulichkeit des Spill-over Konzepts bietet der Neo-Funktionalismus nach Rosamond (2000:39) das beste Handwerkszeug, um die

„technische Natur“ der EU zu verstehen. Neben der EU internen Integration über Spill-over wird der Erweiterungsprozess der EU als Beispiel für das Erklärungspotenzial des Neo-Funktionalismus herangezogen.

Allerdings bestehe die Gefahr, die eigene Logik der Funktionalität zu überschätzen, insbesondere in dem Aspekt, dass der politische Anteil an Integration durch die beschriebenen funktionalen und technokratischen Logiken überlagert wird (Pentland 1981:551, zitiert nach Rosamond 2000:40). Somit steht dem rationalistischen Konzept des Neofunktionalismus der Zwang gegenüber das Politische in der Integration neu zu definieren, da das Politische hier häufig nur als nachfolgender Funktionsbereich integriert werde. Kritiker des Neo-Funktionalismus unterscheiden hier in „high“ und „low politics“ Bereiche (Hoffmann 1966:882, zitiert nach Rosamond 2000:77) und sehen Spill-over Effekte nur in Politikfeldern, die für die Mitgliedsstaaten von untergeordneter Bedeutung sind.

Insbesondere die wirtschaftliche Integration (die durch Deregulierung erreicht werde) treibe nach der Spill-over Vorstellung des Neo-Funktionalismus die europäische Integration an. Die Entwicklung des gemeinsamen Binnenmarkts und der ökonomischen Einigung der EU mit ihrem vorläufigen Abschluss durch die im Jahr 1991 beschlossene Währungsunion und dem Ausgreifen der Einigung in die Innen- und Justiz- sowie die Außenpolitik zeige, wie erklärungskräftig der Neo-Funktionalismus sei. Zudem werde deutlich, wie wirtschaftliche Ideen der politischen Integration vorangehen würden. Diese wirtschaftliche Integration der Liberalisierung von Märkten wird in der Politikwissenschaft als negative Integration bezeichnet (u. a. Bulmer-Radaelli 2004:5-6). Gleichzeitig kann auch die rechtliche Vergemeinschaftung durch die Funktion des Europäischen Gerichtshofs als funktionaler Spill-over verstanden werden. Aspekte der rechtlichen und wirtschaftlichen Spill-over werden in den Unterpunkten 5.1 und 5.2 vertieft besprochen.

Methodisch baut der Neofunktionalismus auf qualitativen Studien auf. Kritisiert wird am Neo-Funktionalismus immer wieder die Definition der abhängigen Variablen. Erklärt werden soll die regionale Integration. Dies wird teilweise als nicht messbar kritisiert, da in der regionalen (europäische) Integration immer um die Definition

eines beweglichen Ziels gehe. So sei der Integrationsprozess in seinem Zustand schwer zu determinieren, da klare methodische Kriterien fehlen (Wolf 2006:77). Eine weitere Kritik ist die Fixierung des Neo-Funktionalismus auf Integrationsprozesse und –strukturen durch die Akteure im Integrationsprozess (Politiker und Staaten) zu wenig thematisiert werden.

Gleichzeitig sieht Haas aber auch die Schwierigkeiten seiner Theorie, Phasen der langsamen Integration zu erklären.²³ Eine Erklärung wird im dialektischen Funktionalismus gesucht und sieht vor, dass die Vergemeinschaftung eines Politikfeldes nationale Gegenreaktion hervorbringen kann. So sichern sich Nationalstaaten durch neue Regulierungen Einflussmöglichkeiten auf EU-Politik. Diese Argumentation ist für den Neo-Funktionalismus ungewöhnlich und lässt sich dem Intergouvernementalismus zurechnen, da der Staat in diesem Fall die entscheidende Rolle bei der Integration spielt (Wolf 2006:82).

2.3 Intergouvernementalismus

Die zweite „Großtheorie“ neben dem Neo-Funktionalismus stellt der Intergouvernementalismus dar. Der intergouvernementale Theorieansatz hat in den Theorien der Internationalen Beziehungen großen Einfluss (Rosamond 2000:14). Für den Hauptvertreter Hoffmann steht der Staat als souveräner und autonom handelnder Akteur im Mittelpunkt aller Integrationsprozesse (Rosamond 2000:154).

Der wichtigste Unterschied zum Neo-Funktionalismus besteht in der Rolle des Staates in beiden Integrationstheorien. So kann der Intergouvernementalismus besser erklären, warum Konflikte zwischen den Nationalstaaten trotz Fortschritten bei der Integration in die EU nicht abnehmen. Integrationsergebnisse werden dem zwischenstaatlichen Zusammenspiel von Staaten zugerechnet und die Institutionen der EU als unterstützendes Beiwerk angesehen (Rosamond 2000:151). Weitere Unterscheidungsmerkmale gegenüber dem Neo-Funktionalismus bestehen in der Einbeziehung globaler Einflüsse im Intergouvernementalismus auf die Europäische

²³ „Regional integration in Western Europe has disappointed everybody: there is no federation, the nation-state behaves as if it were both obstinate and obsolete, and what once appeared to be a distinctive ‚supranational‘ style now looks more like a huge regional bureaucratic appendage to an intergovernmental conference in permanent session“ (1975:6, zitiert nach Wolf 2006:80).

Integration (also außerhalb der supranational gebildeten Institutionen, auf die der Neo-Funktionalismus fixiert ist). Dazu kommt im Neo-Funktionalismus die fehlende Unterscheidung der politischen Unterschiede zwischen Mitgliedsstaaten. Der letzte Kritikpunkt wurde bereits in Unterpunkt 2.3.2 genannt und unterstellt, dass Spillover Effekte nur „low politics“ betreffen würden (Bieling 2006:93). Allerdings ist anzumerken, dass Bewertungen als „high“ oder „low politics“ sehr vage bleiben und sich der Integrationsprozess durch diese Ungenauigkeiten auch mit dem Intergouvernementalismus nicht genau bestimmen lässt.

Der Intergouvernementalismus baut auf qualitativen Studien auf. Laut Hoffmann wäre die Verwendung quantitativer Studien eine zu weite Entfernung von der Empirie. Grundlage für diese Annahme ist die analytische Grundhaltung des Intergouvernementalismus, der die europäische Integration als offenen Prozess beschreibt (Bieling 2006:94).²⁴

Kritisiert wird der Intergouvernementalismus für die Vielzahl privater Akteure auf unterschiedlichen Ebenen, die von der Theorie nicht gesehen würden (Rosamond 2000:144). Zudem wird hinterfragt, ob die Unterscheidung staatlicher Innen- und Außenpolitik im Intergouvernementalismus für eine Theorie der EU-Integration sinnvoll erscheint. Diese Kritik wird durch die Beobachtung verstärkt, dass nationale Regierungen meist nicht in der Lage sind ihre nationalstaatlichen Ziele voll umzusetzen. Dies ist in dem komplexen EU-Gesetzgebungsverfahren aber zu bezweifeln (Rosamond 2000:137). Der Intergouvernementalismus geht auf diese Verhandlungsverfahren nicht ein, unterstellt den verhandelnden nationalen Regierungen aber rationalistisches Handeln.

Neben dem Intergouvernementalismus stellt der liberale Intergouvernementalismus eine Spezialisierung dar. Dieser unterstellt den Nationalstaaten marktrationales Verhalten. Aus dieser Perspektive schließen sich Staaten zusammen, um global oder regional erfolgreicher Handel betreiben zu können und schränken aus diesem Grund ihre Autonomie ein. Die wirtschaftliche Vergemeinschaftung nach dem zweiten

²⁴ „International relations should be the science of uncertainty, of the limits of action, of the ways in which states try to manage but never quite succeed in eliminating their insecurity.“ (Hoffmann 1977: 57, *American Social Science: International Relations*. In: *Daedalus* 106:3, 41-60, zitiert nach Bieling 2006:97).

Weltkrieg wird damit als treibende Kraft der politischen Einigungen gesehen, die Europa weltpolitisch wieder stärker auftreten ließ (Bieling 2006:104). Der liberale Intergouvernementalismus sieht also keine allgemeine politische Integrationsbewegung in der europäischen Integration, sondern bindet die Integration an gemeinsame Wirtschaftsinteressen. Der Intergouvernementalismus versteht die Vergemeinschaftung innerhalb der EU als elitären Prozess. Nationalen Gesellschaften fehle durch die staatlichen Entscheidungen der Bezug zu diesem Einigungsprozess (Bieling 2006:106).

Neben der Beschreibung des Integrationsprozesses, wird diese genutzt, um einzelne Institutionen und Strukturen der EU zu charakterisieren, in denen Mitgliedsstaaten zwischenstaatlich zusammenarbeiten. Dazu gehören unter anderem der Rat der Europäischen Union und der Europäische Rat in dem die Nationalstaaten auf der Ebene der Fachminister- und die Regierungschefs miteinander verhandeln. Nach Hoffmann ist intergouvernementale Zusammenarbeit immer noch das generelle Prinzip innerhalb der EU. Eingeschränkt werde dies durch die supranationale Kommission, das Abstimmungsprinzip der qualifizierten Mehrheit²⁵ im Rat, mit dem die Stimmen der Nationalstaaten nicht gleich stark sind sowie dem EuGH, dessen Entscheidungen über nationalem Recht stehen (Hoffmann, Keohane 1993:385, zitiert nach Bieling 2006:112).

Bezogen auf die, im dritten Kapitel noch folgende, Europäisierungsdebatte lässt sich vorgehend festhalten, dass der Intergouvernementalismus als analytische Konzeption mit dem Fokus auf dem Nationalstaat eine frühe Variante der Beobachtung von Inlandspolitik in den Theorien der europäischen Integration darstellt (Rosamond 2000:76). Daraus wird, wie auch aus der Europäisierungsperspektive deutlich, dass sich staatliche Entscheidungen nicht allein durch internationale Prozesse bestimmen lassen, sondern sich an innenpolitischen Prozessen orientieren, d. h. indirekt auch durch Interessengruppen und politische Parteien, die ihrerseits zwischen Staat und Gesellschaft vermitteln (Hoffmann 1982:27, zitiert nach Bieling 2006:114).

²⁵ Zum Erreichen einer qualifizierten Mehrheit sind Zustimmungen von Nationalstaaten nötig, die 55 % der Staaten und 65 % der Gesamtbevölkerung der EU repräsentieren.

2.4 Supranationalismus

In der Theorieentwicklung zur europäischen Integration ergab sich in den 1960er bis 70er Jahren eine neue Ausrichtung hin zur Forschung der Internationalen Beziehungen. Damit blieben die Integrationstheorien nicht nur auf Europa beschränkt, sondern wurden erweitert (Rosamond 2000:96). Gleichzeitig ergab sich ein Wechsel zu Theorien mittlerer Reichweite in den IR und Politikwissenschaft. Damit ist gemeint, dass Theorien nicht mehr beanspruchen ein Phänomen allein erklären zu können.²⁶

Im Rahmen dieser wissenschaftlichen Entwicklungen wurde Ende der 1980er Jahre der Supranationalismus entwickelt. Ziel war es die EU als schnellintegrierende supranationale Instanz zu beschreiben. Damit war ein klarer Abgrenzungswillen zum liberalen Intergouvernementalismus verbunden. Insbesondere zur Erklärung von Spill-over Effekten wurde die Theorie des Supranationalismus konzipiert, die explizit auf die Arbeiten des Neo-Funktionalismus zurückgreift (Kohler-Koch 1989:409). Allerdings sieht der Supranationalismus das Ziel der europäischen Integration nicht in der Überwindung des Nationalstaats, wie es noch der Neo-Funktionalismus annahm (Nölke 2006:147). Der Supranationalismus stellt ein rechtspolitisches Integrationskonzept dar, in dem von supranationalen Institutionen ausgehend nationalstaatlicher Anpassungsdruck entfaltet wird (Neyer 2007:384). Ein Beispiel bildet der EuGH, der in die nationalen Gerichtswege mit eingebunden ist.

Kern der Theorie ist der Vergleich einzelner Politikfelder auf nationaler und supranationaler Ebene, in der die EU-Institutionen teilweise starke Kompetenzen besitzen. Dazu unterstellt der Supranationalismus, dass mit der zunehmenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verflechtung auch die Supranationalisierung von Politikfeldern vorangetrieben werde. Der Supranationalismus weist den Nationalstaaten hinsichtlich der Fokussierung auf die Vergemeinschaftung von Politikfeldern eine wesentliche schwächere Rolle zu, als der Intergouvernementalismus (Nölke 2006:144). Die Motivation weitere Kompetenzen auf die supranationalen Institutionen zu verlagern, entstehen durch vertiefte

²⁶Als Beispiel gilt die IPE, die sich speziell mit den Besonderheiten von transnationalen Wirtschaftsbeziehungen befasst.

wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie der Perspektive, wirtschaftlich in weiteren Bereichen profitieren zu können (Nölke 2006:146). Der Supranationalismus untersucht die Verstärkung von horizontalen (Ebene der Mitgliedsstaaten) und vertikalen (EU und Mitgliedsstaaten) Integrationsprozessen. Aus diesem Prozess resultieren neue Regierungsformen und Entscheidungsprozesse (Nölke 2006:150).

Abgrenzungen gegenüber dem Föderalismus ergeben sich durch das supranationalistische Verständnis der EU als internationaler Organisation. Dazu werden normative Vorstellungen über das supranationalistische Endziel der EU vermieden. Mit dieser Prozessvorstellung eines permanenten Integrationsprozesses grenzt sich der Supranationalismus vom Intergouvernementalismus ab, für den nur in zwischenstaatlichen Verhandlungen Integrationsergebnisse entstehen können. Die neuen Regierungsformen sowie die Veränderungen in verschiedenen Politikfeldern werden gemessen. Stone Sweet und Sandholz unterscheiden hier drei Formen von Politikfeldern: die Normen auf EU-Ebene, die Institutionen auf EU-Ebene (wie der EuGH als „Rechtsfortbilder“) sowie die nationalen Akteure, die nicht nur Staaten, sondern auch private Akteure umfassen können (Nölke 2006:152). Die rechtlichen Aspekte der Integration werden vom Supranationalismus als wichtiger Integrationsmechanismus eingeschätzt. Allerdings spielen auch private Akteure in der supranationalistischen Theorie eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von (nicht-rechtlicher) Integrationsdynamik. Das rationale Argument der Transaktionskostensenkung motiviere viele Akteure, auf supranationaler Ebene für die Abschaffung wirtschaftlicher Grenzen in einzelnen Politikfeldern zu kämpfen (Nölke 2006:154). Aufgrund dieser Unterstellung kostenminimierender Handlungsintentionen ist der Supranationalismus als rationalistisches Konzept einzuschätzen. Die Politikfeldforschung spielt auch in der MLG sowie der Europäisierungsforschung eine wichtige Rolle und wird in Unterpunkt 3.5 ausführlich vorgestellt.

Eine Kritik am Supranationalismus bezieht sich auf die Auswahl der Politikfelder, die weiter integrierte Felder, wie den Binnenmarkt, bevorzugen würde. Zudem bleibt die Frage offen, ob nun Regierungen oder supranationale Institutionen wie die Kommission oder das EP die europäische Integration dominieren (Nölke 2006:161). In der wissenschaftlichen Debatte wird der Supranationalismus häufig als Nachfolger

des Neo-Funktionalismus beschrieben. Trotz seines „sparsamen“ Konzepts ist seine Aussagekraft weitreichend. So ist in der Beschreibung der EU häufig von ihren supranationalen Organen die Rede (Nölke 2006:164).

2.5 Multi-Level-Governance

Wie schon im Supranationalismus beschrieben, ist auch der MLG-Ansatz keine Theorie im Sinne des Intergouvernementalismus. Kern des MLG-Ansatzes ist die Machtverteilung auf verschiedenen Ebenen innerhalb europäischer oder globaler Integrationsprozesse aufzuzeigen und damit ein Gegenstück zu staatsbezogenen Theorien bzw. der vergleichenden Regierungslehre zu liefern (Rosamond 2000:110, 131). Es handelt sich bei dem MLG-Ansatz primär um eine analytische Beobachtungsperspektive. Diese ist insbesondere für Policy-Forschung (auch Politikfeldforschung genannt) sowie Netzwerkanalysen sehr anschlussfähig, da sich die thematisierten Akteure durch MLG zusätzlich noch auf ihre Ebene zurechnen lassen, von der aus sie agiert haben bzw. agieren.

Der Bezug zum Supranationalismus bildet die Grundlage für die Beobachtung von Governance-Modes. Damit sind Steuerungsmechanismen gemeint, die auf EU-Ebene identifiziert werden können und innerhalb privater, öffentlicher oder öffentlich-privater Netzwerken, zur Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen führen (Mayntz 2002:21). Die MGL-Forschung untersucht die Zurechnung von Akteuren auf eine oder mehrere Ebenen und beobachtet die Machtstrukturen innerhalb der relevanten Netzwerke (Brunnengräber et al. 2008:27). Damit wird deutlich, dass im MLG-Ansatz unklare Grenzverläufe zwischen einzelnen Ebenen angenommen werden (Botzem 2009, 15). Die MLG-Forschung ist ein global eingesetzter Analyserahmen, der insbesondere wenig regulierte Funktionssysteme untersucht. Als Schlagwort wird immer wieder „government without governance“²⁷ genannt. Darunter sind zum Beispiel Netzwerke privater Akteure zu verstehen, die globale Normierungen aufstellen (etwa die Festlegung von ISO Standards).

²⁷ Bekannt wurde diese Bezeichnung durch das Buch „Governance without Government“ von Rosenau und Czempiel im Jahr 1992.

Bezogen auf die EU, als regionales Regime mit besonderen Governance-Formen werden unter anderem Formen von EU-Governance thematisiert, die sich inhaltlich an den Werten „Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Wirksamkeit und Kohärenz“ orientieren (2001:10). Gleichzeitig muss deutlich gemacht werden, dass neben den Governance-Vorstellungen der Kommission viele private Akteure auf den verschiedenen Ebenen eigene Formen von Governance entwickeln, bzw. wie diese neue Kombination aus rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen „neue Formen grenzüberschreitenden Regierens“ (Brunnengräber et al. 2008:19) nötig macht. Im Gegensatz zum Intergouvernementalismus sieht die MLG-Forschung für die EU den Rang eines eigenen Netzwerkes vor und ist nicht abhängig von seinen Mitgliedsstaaten (Große Hüttmann, Knodt 2006:225).

Um den wissenschaftlichen Diskurs zur Rolle der Europäisierung in der wissenschaftlichen Debatte innerhalb des vorgegebenen Rahmens thematisieren zu können, wird hier das Verhältnis zwischen privaten Akteuren zu der EU und den Nationalstaaten nur ausschnittartig betrachtet.²⁸ Insbesondere innerhalb der Governance-Debatte spielen private Akteure eine wichtige Rolle zur Beschreibung des Wandels von Staatlichkeit. Diese spielen nach Börzel innerhalb auf EU-Ebene aber eine schwächere Rolle als auf staatlicher Ebene (2008:87).

Neben der Erarbeitung von Governance-Formen ist auch die exakte Beschreibung der Ebenenbildung eines Netzwerkes innerhalb der EU „von Unsicherheit und Offenheit gekennzeichnet“ (Brunnengräber et al. 2008:20). Entgegen föderalistischer Vorstellungen handelt es sich nicht um ein hierarchisches Konstrukt von Ebenen, sondern um ein „dynamisches Beziehungsgeflecht“ (Brunnengräber et al. 2008:20; Botzem 2009:14), in das sich „Akteure, Staaten und Strukturen einordnen“ (Hooghe, Marks 2001:4). Neben der offenen Anordnung von Ebenen in einem Mehrebenensystem beobachtet die Forschung, dass Akteure versuchen auf mehreren Ebenen Einfluss auf Entscheidungsprozesse zu nehmen (etwa Lobbying-Gruppen). Eine feste Zurechnung von Akteuren auf Ebenen ist nicht gegeben. Deutlich wird aber, dass Einfluss innerhalb eines Mehrebenensystems stark von den Ressourcen der

²⁸ Zu den Entgrenzungsphänomenen betreffend private Akteure siehe einleitend u. a. Schuppert (2006:12-13).

beteiligten Akteure und ihrer Präsenz auf relevanten Ebenen abhängt (Sack, Burchardt 2008:42,51).

Der MLG-Ansatz baut auf qualitativen Studien auf, die zum großen Teil einzelne Politikbereiche oder Netzwerke umfassen. Konzeptionell besteht daher die Herausforderung, die vorhandenen Forschungsergebnisse einander anschlussfähig zu machen und damit eine Theorie zu entwickeln, die übergreifend die Mechanismen und Wirkungen charakterisieren könnte (Hooghe, Marks, 2004:6).

Eine Leitfrage der MLG-Forschung ist das Verhältnis zwischen horizontaler und vertikaler Verteilung von Macht in Mehrebenensystemen. Hier stehen hierarchische Steuerungsmodelle vertikalen Integrationsverfahren gegenüber. Dieses „Koordinatensystem“ wird in der Europäisierungsforschung an anderer Stelle nochmals aufgegriffen (Unterpunkt 3.3.2).

Innerhalb der MLG-Forschung werden grob zwei Typen von Governance-Strukturen unterschieden. Diese Formen sind für die europäische Integrationsforschung interessant, da die EU selbst nicht eindeutig zu einer dieser Formen zuzuordnen ist. Der erste MLG-Typ beschreibt Netzwerke in denen eine staatliche Hierarchie (über festes Territorium, Hierarchie, Überwachung der Einhaltung von Gesetzen, klare Zuweisung von Kompetenzen auf einzelne Ebenen) föderalistisch strukturiert ist. Dieser Typ erinnert dabei stark an staatliche Regierungsstrukturen und ist für die EU, durch ihre dynamischen Veränderungen des Territoriums sowie die Angewiesenheit auf die Mitgliedsstaaten bei der Durchsetzung von Gesetzen, nur schwer anwendbar. Der zweite MLG-Typ konkretisiert hingegen „polyzentrische“ Netzwerkformen (Black 2008:4), in denen private Akteure innerhalb von selbst geschaffenen Gremien zu Selbstregulierungen kommen (bspw. die World Commission on Dams). Die EU passt aufgrund ihrer klaren internen Entscheidungsstrukturen eindeutig nicht zu diesem Governance-Typ (Hooghe, Marks 2004:7; Sack, Burchardt 2008:47).

Trotz dieser großen Typisierung von MLG ist die wissenschaftliche Debatte stark von dem Diskurs um den Begriff Governance geprägt. Da dieser Begriff für das Verständnis des MLG-Ansatzes eine wichtige Rolle spielt und die Funktion von Ebenen bereits geklärt wurde, im Folgenden noch einige Positionen zu diesem Begriff. Nach Straßheim beginnt Governance im Gegensatz zur Vorstellung von

„Regieren“ mit der Aushandlung von Möglichkeiten einer Koordination von Koordination (2009:468). Damit schließen Governance-Prozesse, Aspekte wie Agenda Setting und Gremienbesetzungen durch private Akteure mit ein. Governance stellt somit einen breit einsetzbaren Begriff von Koordination dar, der auch reflexive Formen von Steuerung berücksichtigt.

Das Governance-Konzept ist durch seine Offenheit gegenüber anderen Ansätzen charakterisierbar. Gleichzeitig kritisieren Brunnengräber et al., dass eine reine Analysemethode keine Problemlösungen für Ungerechtigkeiten in Mehrebenensystemen bringen könne (2008:35). Governance stehe wie Globalisierung für die Beschreibung „subjektlose[r] Prozesse, die sich bestimmten Akteuren nicht zuordnen lassen“ (Offe 2008:61). So erscheint es, als hätten diese Prozesse keine Verantwortlichen. Gleichzeitig scheint nach Offe der MLG-Ansatz nur dort zum Einsatz zu kommen, wo staatliche und marktwirtschaftliche Konzepte nicht mehr ausreichen (2008:68). Willke verteidigt hingegen das Governance-Konzept mit dem Hinweis auf die „gewandelten politischen Herausforderungen einer globalisierten und vernetzten Welt“ (1983, zitiert nach Große Hüttmann, Knodt 2006:224). Kern der nicht zu lösenden Gegensätze über Governance scheint die veränderte Rolle von Staatlichkeit zu sein, sowie die normativen Rollen, die diese zu erfüllen habe. Die „Entzauberung des Staates“ (Willke 1983, zitiert nach Große Hüttmann, Knodt 2006:224) ist mit der Globalisierung von Funktionssystemen verknüpft, die nach ihren Eigenlogiken lateral nebeneinander stehen (wie Recht, Geld, Politik). Entscheidend für Governance ist, dass Politik neben und nicht über anderen globalisierten Funktionssystemen steht. So wird verständlich, wie Formen von Governance neben staatlichen und marktförmigen Regulierungen entstehen können (bspw. öffentlich-private Partnerschaften).

Governance lässt sich als Struktur- und Prozessbegriff unterscheiden. Schuppert (2006:14) hebt die Prozessanalyse der MLG-Forschung für die Fähigkeit hervor, die Wandlungsprozesse im Kompetenz- und Institutionsgefüge der EU innerhalb eines Systems nachvollziehbar zu machen. Jachtenfuchs (2001, zitiert nach Schuppert 2006:18) betont die Unterschiede in dem Erkenntniszweck zwischen klassischer Integrationsforschung und dem MLG-Ansatz: während klassische Ursachen und Ergebnisse der Entwicklung von EU-Politikfeldern untersucht wurden, liege nun der

Fokus auf Problemen und Entwicklungslinien von Regierungsformen im EU-Institutionengefüge.

2.6 Sozialkonstruktivistische Ansätze

Als letzter Theoriekomplex der europäischen Integration ist mit den sozialkonstruktivistischen Ansätzen ein stark ausdifferenziertes Gebiet vorzustellen. Im Gegensatz zu den zuvor vorgestellten rationalistischen Ansätzen handelt es sich um institutionalistisch-soziologisch geprägte Modelle zur Erklärung der europäischen Integration. Entsprechend müssen zuerst einige Grundannahmen der zuvor behandelten Theorien relativiert werden. Sozialkonstruktivistische Ansätze gehen nicht davon aus, dass ökonomische oder militärische Überlegenheit maßgeblich für das Handeln von Akteuren ist (Scholl 2006:63). Entscheidend ist, dass menschliche Zuschreibung Objekten eine Bedeutung gibt und diese nicht objektiv (über rationalistische Konstrukte determiniert) gelte. Sie gehen von der Dominanz persönlicher Normen und Werte aus, die „ideelle Faktoren“ darstellen und für das Funktionieren von Institutionen eine bedeutende Rolle einnehmen (Bieling 2006:166). Hinzu kommt, dass menschliche Werte veränderbar sind und innerhalb von sozialen Kontexten variieren können. Institutionen spielen für die Übernahme von Werten eine wichtige Rolle, haben aber selbst Grenzen der institutionellen Leistungsfähigkeit (Berger, Luckmann et al. 2009:92). So entwickelte der Sozialkonstruktivismus eigene organisationssoziologisch geprägte Kategorien zur Analyse von Wirkung und Wandel von Identitäten und Normen bei Akteuren sowie zur Recherche der normativen Fundamente der EU und der Legitimität supranationalen Regierens (Diez, Wiener 2004:9).

Methodisch dominieren bei Sozialkonstruktivisten qualitative Forschungsmethoden (z. B. Inhaltsanalysen) zur Erforschung von Wertvorstellungen in der EU (Schwellnus 2006:325). Die Unterschiede zwischen rationalistischen und konstruktiven Integrationstheorien gehen aber nicht so weit, dass Konstruktivisten quantitative Studien ablehnen würden (Schwellnus 2006:327). Innerhalb der konstruktivistischen Ansätze sind strukturelle und akteurszentrierte Ansätze zu unterscheiden. Interessenkonflikte und gemeinsame Überzeugungen können so untersucht werden und Hinweise analysiert werden, warum Akteure von der EU gesetzte Regeln einhalten. So können auch Verhandlungsverläufe zwischen Akteuren

nachvollzogen werden (Schwellnus 2006:328). Börzel weist darauf hin, dass „politische Entscheidungen und Politikereignisse nur unter Einbeziehung ideeller Faktoren zu erklären sind“ (1997:131), so dass der Konstruktivismus als Bereicherung der wissenschaftlichen Debatte angesehen wird. Dieser wird, wie auch der MLG-Ansatz, als „offener“ Analyserahmen bezeichnet. Diese Ansätze, zu denen auch die Europäisierungsforschung zählt, werden innerhalb der europawissenschaftlichen Forschung oft miteinander verbunden. Eine Spezialisierung des Konstruktivismus stellt das Konzept des Neo-Institutionalismus²⁹ dar, das auch in der Europäisierungsforschung genutzt wird und daher später in Abgrenzung zum rationalistischen Institutionalismus vorgestellt wird. Dieser Ansatz geht davon aus, dass das Handeln von Institutionen der „Logik der Angemessenheit“ (Scholl 2006:65) folgt und damit nicht rationalen Erwägungen auf Grundlage möglichst geringer (Transaktions-) Kosten folgt.

3 Politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung

Nachdem wichtige Theorien der europäischen Integration vorgestellt und ins Verhältnis gesetzt wurden, geht es nun darum, das Konzept der politikwissenschaftlichen Europäisierungsforschung vorzustellen. In diesem Kapitel werden zuerst verschiedene Definitionen von Europäisierung vorgestellt. Danach werden die Methoden der Europäisierungsforschung sowie wichtige Anwendungsgebiete definiert. Dabei wird nur auf politikwissenschaftliche Europäisierungsprozesse eingegangen. Die weiteren Dimensionen von Europäisierung werden im fünften Kapitel vorgestellt.

3.1 Die Begriffsdebatte um Europäisierung

Begriffe und Konzepte bilden das Grundgerüst politikwissenschaftlicher Analyse. Die Beschreibung von Begriffen³⁰ muss eindeutig sein, um diese eindeutig verknüpfen zu können. In der wissenschaftlichen EU-Integrationsdebatte sind aber Begriffe wie „Europa“, „Integration“, „Theorie“ und „Europäisierung“ hart umkämpft

²⁹ Grundlegend zum „New Institutionalismus“ der Artikel von March und Olsen (2005).

³⁰ Ein Begriff ist „ein Ausdruck, der sich nicht nur auf einen Gegenstand, sondern auf mehrere Gegenstände bezieht, denen bestimmte Eigenschaften zugesprochen werden, die man anderen Gegenständen abspricht, wodurch sie von ihnen unterschieden und unter einen anderen Begriff subsumiert werden. Begriffe liefern also Unterscheidungen, die das Universum der untersuchten Gegenstände sachlich gliedern“ (Noblen, Schulze (2002): Lexikon der Politikwissenschaft. S.67).

(Bieling, Lerch 2006:12). Der Begriff „Europäisierung“ ist aus den Massenmedien bekannt. Trotzdem sind die damit verknüpften Vorstellungen, ähnlich wie bei dem Begriff „Globalisierung“, sehr unterschiedlich. Unter Wissenschaftlern wird seit den 1990er Jahren mit diesem „newly fashionable term“ (Featherstone 2003:3) operiert. Es folgte die sprunghafte Verbreitung des Begriffs Europäisierung in Publikationen (Sittermann 2006:2). Mair kommentiert diesen Trend wie folgt: „...by now almost every book or paper on the topic - including this one, of course - begins with a reference to how fashionable it has become to discuss Europeanization.“ (2004:337, zitiert nach Sittermann 2006:2). Ähnlich auch Radaelli: "If everything is Europeanized to a certain degree, what is not Europeanized?" (2003:32). Der Begriff gilt seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts als wissenschaftlich etabliert (Lodge 2006:59). Eine allgemeine wissenschaftliche Definition von Europäisierung gibt es nicht³¹, so dass Beschreibungen meist nur Relevanz für einzelne Studien haben (Börzel 1999:574). Dies wird in der wissenschaftlichen Debatte immer wieder kritisiert (Töller 2010:421), hält die rege Diskussion, um die einzunehmenden Perspektiven und zu beschreibenden Prozesse, aber in Gang. Radaelli zieht daraus sogar den Schluss, dass eine allgemeine Definition nicht nötig ist, um die wissenschaftliche Diskussion zum Konzept der Europäisierungsforschung weiterzuführen (2004:4).

Neben der Definitionenvielfalt zur Begrifflichkeit von Europäisierung sind dazu noch Bezeichnungen wie EU-isierung, Unionisierung und Domestizierung in der wissenschaftlichen Diskussion (Lehmkuhl 2007:339) relevant. In den meisten Studien, die Europäisierung beschreiben, wäre EU-isierung ein konkreterer Term, da Organisationen außerhalb der EU oft nicht behandelt werden. Der wissenschaftliche Diskurs zeigt aber, dass diese Ungenauigkeit wenig Beachtung erfährt. Der Begriff der Europäisierung beschreibt damit einen großen Teil von politischen Prozessen, die innerhalb und außerhalb der EU stattfinden.

Diese Einführung beginnt mit einigen Definitionen zu Europäisierung. Vinks Europäisierungsbegriff ist anerkannt, aber auch ungenau „[...] Europeanisation is

³¹ Dazu harte Kritik von Kassim “Because ‘Europeanization’ has no single precise or stable meaning, it has been argued that the term is so unwieldy, that it is futile to use it as an organizing concept.” (2000:238, zitiert nach Olsen 2002:921).

always (to a certain extent) a process of domestic political change caused (somehow) by processes of European integration“ (2003:72, zitiert nach Axt et al. 2007:137). Damit handelt es sich bei Europäisierung (meist) um eine Prozessbeschreibung von innerstaatlichem Wandel, der durch Integrationsphänomene initiiert wurde. Auf das Verhältnis zu europäischer Integration wird im vierten Kapitel noch vertieft eingegangen. Wichtig ist für den Moment nur die Feststellung, dass in dieser Masterarbeit davon ausgegangen wird, dass Europäisierung nicht synonym mit europäischer Integration verwendet werden kann. Die Mehrheit der Autoren nehme diese Position ein (Töller 2010:421).

Ladrech definierte schon im Jahr 1994 „Europeanization refers to as the incremental process re-orienting the direction and shape of politics to the degree that EC [now EU] political and economic dynamics become part of the organizational logic of national politics and policy-making“ (1994:69, zitiert nach Zahariadis 2004:51). Neben der einseitigen Hervorhebung politischer und ökonomischer Prozesse wird hier der Nationalstaat als Ziel von Europäisierung verstanden. Offensichtlich wird, dass (bis heute) keine Klarheit darüber herrscht, ob „Europeanisation“ nun mit „s“ oder „z“ zu schreiben ist. Dies spielt im weiteren Kontext dieser Arbeit keine Rolle mehr, kann aber als Indiz für „Offenheit“ des Diskurses um Europäisierung gewertet werden.

Risse stellt dagegen folgende Definition auf: “The emergence and development at the European level of distinct structures of governance, that is, of political, legal, and social institutions associated with political problem solving that formalize interactions among actors and of policy networks specializing in the creation of authoritative European rules.” (Risse, et al. 2001:3, zitiert nach Sittermann 2006:5). Diese Definition geht stärker auf supranationale Prozesse der Europäisierung ein, lässt dabei aber den Nationalstaat als Untersuchungsobjekt der Europäisierungsforschung außer Acht.

Etwas präziser wurde Radaelli (2004:4) in seiner Definition: „Europeanisation consists of processes of a) construction, b) diffusion and c) institutionalization of formal and informal rules, procedures, policy paradigms, styles, ‘ways of doing things’, and shared beliefs and norms which are first defined and consolidated in the

EU policy process and then incorporated in the logic of domestic (national and sub national) discourse, political structures and public policies“. Diese Definition zeigt, dass es sich bei Europäisierung um eine unbestimmte Menge an ergebnisoffenen Prozessen handelt, die initiiert durch EU-Politiken auf nationaler Ebene für Veränderungsprozesse sorgen. Durch diese Definition wird deutlich, dass Europäisierung einen „methodologischen Nationalismus“ (Goetz, Meyer-Sahling 2008:2) enthält. Veränderungen auf der staatlichen Ebene gewinnen so an Aufmerksamkeit in der wissenschaftlichen EU-Debatte, die traditionell Integrationsprozesse auf der supranationalen Ebene untersucht. Diese unterschiedlichen Perspektiven werden in der Methodendebatte um Europäisierung noch weiter erläutert (siehe Unterpunkte 3.3.3 bis 3.3.9). Sozialkonstruktivistisch geprägte Autoren, wie Olsen beschreiben weitere Prozesse als Europäisierung, so z. B. den „Export politischer Institutionen, Praktiken und des „way of life“ außerhalb des europäischen Kontinents über Kolonialisierung und Zwangsmittel“ (Olsen 2003:339, zitiert nach Featherstone 2003:6). Dazu nennt Olsen die Erweiterung der EU-Außengrenzen, die Entwicklung supranationaler Institutionen in der EU, die Adaption von supranationaler Politik auf nationaler Ebene (in diesem Punkt stimmt Olsen mit den vorherigen Definitionen überein) sowie die politische Integration Europas als Europäisierungsprozesse (2002:924).

So bleibt die Zwischenbilanz, dass ein solch offener Forschungsbegriff seine Qualität durch die sinnvolle Kombination von Theorieansätzen erhalten muss (Olsen 2002:944). Nach Wessels bestehe die Aufgabe der Europäisierungsforschung darin, „integrationsrelevante Phänomene auf unterschiedlichen Analyseebenen anzugehen und auf diese Weise vorhandenes Erklärungspotential optimal auszunutzen“ (2006:438).

3.2 Europäisierung als integrativer Forschungsansatz

Die politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung wird als “wichtiger Teil” der European Studies verstanden (Rosamond 2000b:26). Trotz der erwähnten Offenheit des Europäisierungsansatzes kann sie als Untergliederung von International Relations und vergleichender Politikwissenschaft verstanden werden und baut auf deren Methoden auf (Rosamond 2000:16).

Die politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung versucht nach Radaelli nationalstaatlichen Wandel durch den Einfluss der EU zu erklären (2004:8). Dieses Forschungsfeld stellte für die Politikwissenschaft ein neues Forschungsgebiet dar (Knill, Lehmkuhl 1999:14), in dem trotz vieler neuer Studien und Ansätze bis heute unklar ist, welche Übereinstimmung zwischen EU-Integration und nationalstaatlichem Wandel zu erwarten ist (Andersen 2004:27). Diese Schwierigkeit besteht auch, da in den beobachteten Prozessen andere Einflüsse, wie Globalisierungsprozesse und regionaler Wandel, von dem der Europäisierung unterschieden werden müssen (Radaelli 2004:9). Es besteht in diesem Forschungsfeld die Gefahr, den Einfluss von Europäisierung tendenziell zu überschätzen, da entsprechende Forschungsmethoden fehlen (Buller, Gamble 2002:11).

Neben der Beobachtung von Top-down-Prozessen der EU auf die Nationalstaaten werden auch horizontale Prozesse zwischen den Nationalstaaten (und deren regionalen Ebenen) von der Europäisierungsforschung untersucht. Daher müssen Studien, die beide Prozesse berücksichtigen, diese miteinander in Beziehung setzen (Rosamond 2000b:261). Auf diese Problematik wird in Unterpunkt 3.3.2 näher eingegangen. Um diese Schwierigkeiten verarbeiten zu können, übernimmt die Europäisierungsforschung die Vorstellung der EU als Mehrebenensystem. Zur Analyse nutzt sie neben eigenen Instrumenten die Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft sowie des MLG-Ansatzes, die im Weiteren thematisiert werden.

3.2.1 Europäisierung und die Perspektive des Mehrebenenregierens

Die EU-Integrationsforschung beschreibt die stärkere Rezeption des MLG-Ansatzes als „governance turn“ (Rosamond 2000:126). Diese Veränderung der Perspektive hat auch zur Stärkung „Theorien mittlerer Reichweite“ geführt, zu denen der MLG-Ansatz und mit Abstrichen auch die Europäisierungsforschung zu zählen sind.

Die politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung nutzt ebenso wie der MLG-Ansatz die Perspektive des Mehrebenensystems „heuristisch“, um „ein zunehmend komplexes Gefüge von Politikformulierung, Entscheidung und Realisierung [innerhalb der EU] zu erfassen“ (Sack 2007:191). Somit ergibt sich eine Perspektive von Politikfeldern, die durch Top-down, Bottom-up sowie vertikale und horizontale Austauschbeziehungen zwischen Akteuren gekennzeichnet ist (Bache 2003:16 und

Mayntz 2000:14). Innerhalb dieser Strukturen sind für die Europäisierungsforschung die Top-down-Prozesse am Relevantesten, durch welche die EU Wandel in den Nationalstaaten hervorruft. Die in der MLG-Forschung zur Verfügung stehenden Typen von Governance können von der Europäisierungsforschung nur eingeschränkt genutzt werden. Die Europäisierungsforschung diskutiert daher eigene Governance-Formen. Kohler-Koch und Eising gehen dabei soweit, dass die Europäisierung den vorhandenen Formen von Governance neue Bedeutungen zuschreibt (1999, zitiert nach Radaelli 2004:6). Damit seien etwa Formen von öffentlich-privaten Partnerschaften gemeint, die regional neue Formen von Governance ausbilden. Buller und Gamble leiten daraus für die Europäisierungsforschung die Konsequenz ab, dass diese in der Lage sein müsse, Governance-Formen auf nationaler Ebene zu beschreiben, die von denen auf supranationalem Level sehr stark abweichen können (2002:13). Allerdings wird in der MLG-Forschung selbst die Ungenauigkeit der eigenen Governance-Definitionen kritisiert³². So geht Treib davon aus, dass diese klar nach Polity-, Policy- und Politics zu trennen seien, um sinnvolle Vergleiche zwischen verschiedenen Politikfeldern schaffen zu können. Bisher seien diese allgemeinen Vergleiche aufgrund der unsauberen Nutzung von Begriffen in der Governance-Forschung nicht möglich (Treib et al. 2005:15). Ähnliche Problematiken liegen auch in der Europäisierungsforschung vor (siehe Unterpunkt 6.2). Der Ansatz von Börzel³³ sieht vor "European Governance" als Governance-Mix zu beschreiben, löst die genannten Definitionsprobleme nicht (Schuppert 2006:36). Börzel möchte mit "Mix" zum Ausdruck bringen, dass innerhalb der EU private und öffentliche Akteure regelsetzend agieren und diese, abhängig vom beschriebenen Politikbereich, unterschiedlich zusammengesetzt seien (Schuppert 2006:39). Ein weiteres Charakteristikum ist, dass diese Governance-Formen häufig nicht auf "hierarchische Koordinationsformen" angewiesen seien (Börzel 2006:79).

Es bleibt festzuhalten, dass die Europäisierungsforschung sehr weitreichend auf den MLG-Ansatz zurückgreift. Die Übergänge zwischen beiden Ansätzen erscheinen

³² Eine Auswahl Begriffe zur Beschreibung der EU gibt Wessels (2006:437): „network governance“ (Kohler-Koch 1999:15), „polycratic governance“ (Landfried 1999: 173), „committee governance“ (Christiansen/ Kirchner 2000:15), „collective governance“ (Wallace 2000) und „multi-level governance“ (Jachtenfuchs, Kohler-Koch 2003a; Hooghe, Marks 2001:2).

³³ Die aufgrund ihrer vielen Veröffentlichungen zur Europäisierung als Europäisierungswissenschaftlerin beschrieben werden kann.

teilweise fließend. Die Definition von Börzel zeigt, dass auch Europäisierungsforscher eigene Beiträge für die Governance-Debatte einbringen. Um aber das Konzept der Europäisierungsforschung besser verstehen zu können, wird mit der Vergleichenden Politikfeldforschung im nächsten Abschnitt eine weitere Grundlage gelegt, die über das vom MGL-Ansatz bereitgestellte „Koordinatensystem“ hinausgeht.

3.2.2 Europäisierungsforschung und die vergleichende Politikfeldforschung

Meist nutzt die Europäisierungsforschung die drei Dimensionen der Politikfeldanalyse, um ihre Forschung einzugrenzen und Wechselwirkungen zwischen supranationaler und nationaler Ebene zu beschreiben. In der Policyforschung wird beobachtet, inwiefern politische Inhalte und Handlungen (z. B. in Politikbereichen der EU wie Agrar- oder Wettbewerbspolitik) im nationalstaatlichen Bereich Wandel hervorrufen. Der Policyforschung kommt in der Europäisierungsforschung eine starke Bedeutung zu³⁴. Die verschiedenen Politikprozesse innerhalb der Politikfelder der EU machen diesen Forschungsbereich sehr umfangreich und komplex (Bomberg, Peterson 2000:31). Die Polityforschung untersucht den nationalstaatlichen Wandel institutionelle Strukturen sowie die Politics-Dimension, in der der Wandel politischer Prozesse abgebildet wird (z. B. die Europäisierung von Interessengruppen oder Parteien).

Neben dem oben vorgestellten MGL-Ansatz greift die Europäisierungsforschung in der vergleichenden Politikfeldforschung häufig auf das Modell des Policy-Transfers zurück. Dieser ist nach Dolowitz und Marsh als ein “process in which knowledge about policies, administrative arrangements, institutions etc. in one time and /or place is used in the development of policies, administrative arrangements and institutions in another time and/or place” definiert. Damit sind auch hier weitere Konkretisierungen nötig, um die beobachteten Prozesse innerhalb der EU verstehen zu können. Im Fall der Europäisierungsforschung handelt es sich um vertikale Transfers der EU zu den Nationalstaaten oder um horizontale Transfers zwischen den

³⁴ So zeigt die Studie von Knill, Lehmkuhl in besonderer Deutlichkeit, wie die EU durch regulative Politik Politikfelder in den Nationalstaaten europäisiert. Knill und Lehmkuhl bauen dabei auf drei Europäisierungsmechanismen auf: institutional compliance, changing domestic opportunity structures, and framing domestic beliefs and expectations (2002:256). Die weitere Forschung hat auf diese Unterteilungen aber kaum Bezug genommen.

Nationalstaaten in einem Policyfeld (wie Agrarpolitik). Mit Policy-Transfers ist gegenseitiges Lernen verbunden (Howell 2004:5). Neben direkt geltenden Verordnungen sind Richtlinien ein Mittel der EU, mitgliedstaatlichen Wandel herbei zu führen. Bomberg und Peterson sehen die sprachlich meist ungenauen und mehrdeutigen Formulierungen in Richtlinien der EU als problematisch an (2000:32), um die Angleichung zwischen den Mitgliedsstaaten zu erreichen. Es handele sich in der Umsetzung meist um den kleinsten gemeinsamen Nenner (2000:33). Rosamond gibt zu bedenken, dass häufig zu wenig Konstanz in Policyfeldern der EU vorhanden ist, so dass die Policy-Stabilität als Grundbedingung für die Forschung immer mit reflektiert werden müsse (Rosamond 2000:124).

Es präsentiert sich ein Umfeld in dem divergente Policy-Transfer Resultate wahrscheinlich werden (Risse et al. 2000:34, zitiert nach Bomberg, Peterson 2000:34). Radaelli spricht sich daher dafür aus den Output von Europäisierung nicht nach Homogenitätskriterien zu messen (2000:4). Damit ergibt sich für die Europäisierungsforschung ein zweistufiger Prozess, in dem erstens supranational Beschlüsse ausgehandelt werden, deren Umsetzung in nationales Recht vorgesehen ist sowie zweitens, der Versuch nationaler Akteure, Einfluss auf die nationale Umsetzung zu nehmen. Hier sehen Bulmer und Radaelli (2004:3) den Unterschied zum vertikalen Policy-Transfer, der aus ihrer Sicht nur die supranationale Rechtssetzung beobachtet, die dann durch "command and control" Mechanismen (Radaelli 2000:5) um zu setzen seien. In der Beschreibung dieser Wandlungsprozesse der Nationalstaaten durch die Europäisierungsforschung wird unter anderem von Radaelli die Typologie der positiven und negativen Integration unterschieden.

Positive Integration bedeutet im Kontext des Policy-Transfers, die Aushandlung neuer gemeinsamer Entschlüsse auf der EU-Ebene. Dies beinhaltet wirtschaftliche Binnenmarktregulierungen, wie in der gemeinsamen Agrarpolitik, in der die EU auf die Unterstützung der Mitgliedsstaaten angewiesen ist (Radaelli 2004:5). Durch die Kommission und dem EuGH stehen der EU hierarchische Druckmittel (wie Strafen bei Wettbewerbsverstößen) zur Verfügung, um die Umsetzung dieser Entscheidungen sicher zu stellen. Negative Integration betrifft meist Deregulierungen des Binnenmarktes. Ziel ist es, Wettbewerbsgleichheit zu schaffen und Politikfelder

zu vereinheitlichen. Häufig kommen nach Radaelli Prozesse negativer Integration ohne nationale und europäische Gesetzgebung aus (2003:42; 2004:6). Die in den EU-Verträgen garantierten Marktfreiheiten werden, von den Nationalstaaten in einigen Fällen über die Vorgaben der EU hinaus liberalisiert. Die EU bietet hier eine Plattform auf der sich die Nationalstaaten und auch private Akteure austauschen und voneinander lernen können (Grotz 2007,357). Bulmer und Radaelli (2004:8) unterscheiden in der negativen Integration nochmals zwischen dem Einfluss der EU auf den Policy Transfer. Während in der negativen Integration die EU als deregulierende Instanz auftritt, ist sie in der Rolle als Koordinator mitgliedstaatlicher Policy-Transfers (durch Methoden der offenen Koordinierung³⁵ oder Absichtserklärungen) den Mitgliedsstaaten gleichgestellt.³⁶ Bomberg und Peterson erwarten, dass horizontale Policy-Transfers in der EU insbesondere durch negative Integration erfolgreich sind. Durch die Offenheit dieses horizontalen Wissenstransfers zeigt sich, dass der Policy Transfer ein wichtiger Ansatz für die Europäisierungsforschung ist (Bomberg, Peterson 2000:13). Die Mechanismen der positiven und negativen Integration werden in der Beschreibung der rechtlichen und wirtschaftlichen Europäisierung (Unterpunkte 5.1 und 5.2.) nochmals thematisiert. Da die Europäisierungsforschung in der Polity- und Politics- Forschung auf eigene Ansätze zurückgreift, werden diese im nächsten Unterpunkt vorgestellt.

Die Europäisierungsforschung macht stark von den präsentierten Ansätzen Gebrauch, bringt diese aber durch ihren spezifischen Fokus auf nationalstaatlichen Wandel in neue Kontexte (etwa die EU-Governance Definition von Börzel). So hat die Polity-Forschung in der Europäisierungsforschung den Schwerpunkt auf dem Wandel nationaler Verwaltungen und wird in Unterpunkt 3.3.4 vertieft beschrieben. Mair beschreibt die Erforschung der Politics-Dimension, als von der Europäisierungsforschung vernachlässigt (2004, zitiert nach Radaelli 2004:16).

³⁵ Die offene Methode der Koordinierung wird als Plattform des Austausches von „best practises“ innerhalb der EU eingesetzt. Damit soll es Mitgliedsstaaten erleichtert werden bestimmte Politiken national umzusetzen. Dabei werden meist Leitlinien und Zeitpläne erarbeitet in der die Umsetzung geplant wird Ziele; _ gegebenenfalls Festlegung quantitativer und qualitativer Indikatoren und Benchmarks im Vergleich. Hinzukommen Benchmarks und Monitorings in denen durch Vergleiche Transparenz, aber auch Druck auf die Mitgliedsstaaten zur Umsetzung von Maßnahmen bringen können (Radaelli, Bulmer 2004:11; Wessels 2008:366).

³⁶ Radaelli beschreibt die EU aufgrund ihrer Regierungsformen gegenüber den Nationalstaaten, als eine „Plattform für Politiktransfer, die es vereinfacht politische Überzeugungen und Paradigmen zu synchronisieren“ (Radaelli 2003:44).

Damit sind die Beschreibung von Diskursen und Konflikten gemeint, die insbesondere von der soziologischen Europäisierungsforschung unter Rückgriff auf sozialkonstruktivistische Ansätze thematisiert werden. Akteurszentrierte Perspektiven sind nach Knill, Lehmkuhl wichtig, um keine rein institutionell geprägte Europäisierungsforschung zu schaffen. In ihrem Konzept werden Akteure und Diskurse als „framing integration“ neben positiver und negativer Integration gestellt (1999:15). Die Politics Analyse wird in 4.3 beschrieben und ist damit eher ein Merkmal der soziologischen Europäisierungsforschung.

3.3 Europäisierungsforschung und ihre Methodendebatten

„The issue is no longer whether Europe matters, but how it matters, to what degree, in what direction, at what pace, and at what point of time.“

Börzel/Risse 2000:4

Neben der Adaption anderer Forschungsansätze nutzt die Europäisierungsforschung eigene Methoden und Perspektiven für ihre Forschung. Es kann aber nicht von einem festen Rahmen gesprochen werden. Entscheidend ist nach Radaelli, dass dieser Forschungsrahmen spezifischer sein müsse, als die Beschreibung der Vorstellung von Policy-Transfer und europäischer Integration (2000:2). Hinzukommen nach Ladrech die Beschreibung „organisationaler Logik“ (1994:71) und deren Wandel in den Nationalstaaten (Radaelli 2000:2; siehe dazu auch Unterpunkt 3.3.4.). Radaelli (2000:6) fordert Europäisierung nicht mit Harmonisierung oder „politischer Integration“ gleich zu setzen. Wie in der Debatte um Policy-Transfers sei es wichtig, divergente Ergebnisse, wie im Wandel nationaler Verwaltungsinstitutionen, in der Europäisierungsforschung anzuerkennen.

3.3.1 Europäisierung als “Second-Image-Reversed”-Forschungsdesign

Die Vorstellung einer “Second-Image-Reversed”-Analyse (Gourevitch 1978:890) bezieht sich auf einen Forschungsansatz des Realismus in den internationalen Beziehungen. Analytisch geht es darum, internationale Faktoren zu erforschen, die auf nationalstaatlicher Ebene Wandlungsprozesse hervorrufen. Die Vorstellung des “second image” geht auf die Theorie der IB von K. Waltz, in der das “second image“ den Nationalstaat beschreibt.

Radaelli nimmt auf diese Theorie Bezug und wendet die Vorstellung auf die Europäisierungsforschung an. Er macht klar, dass Europäisierung ohne den Prozess der europäischen Integration nicht vorstellbar ist (Radaelli 2000:5). Zweitens müsse der “umgekehrte Integrationsprozess”, den Europäisierung beschreibt, auf die Mitgliedsstaaten unterschieden werden können. Damit ist die Herstellung einer Entscheidung auf supranationaler Ebene sowie ihrer Diskussion zur Umsetzung auf nationaler Ebene gemeint (und damit einer “Neuinterpretation” der Entscheidung; Radaelli 2000:6). Trotz der verschiedenen nationalen Politikansätze sei zu untersuchen, wie es zu gemeinsamen Regelungen kommen kann (Brunnengräber et al. 2008:22). Allerdings ist auch hier wegen den weitreichenden Unterschieden der nationalen Administrationen eher von Divergenz als von Konvergenz auszugehen (Radaelli 2004:5,20). Börzel und Risse stimmen der “Second-Image-Reversed”-Vorstellung zu, kritisieren aber die fehlende Einbindung der horizontalen Ebene (2006:485).

3.3.2 Vertikale und horizontale Wandlungsprozesse

Wie im MGL-Ansatz und durch den Policy-Transfer angedeutet, geht die Mehrzahl der Autoren von Europäisierung als einer Methode, zur Erfassung horizontaler und vertikaler Policy-Transfers aus. Howell bestreitet, dass vertikale Policy-Transfers Europäisierung beinhalten würden (Howell 2004:6).

Börzel und Risse (2006:497) sehen in der horizontalen Europäisierung den Prozess der Nachahmung und des Kopierens von politischen Prozessen zwischen Nationalstaaten, die auch durch die Europäisierung behandelt werden müssen. Dieses „erfolgreiche Kopieren“ sei erst aufgrund europäischer Integrationsprozesse zu Stande gekommen. Ein weiteres Argument für die horizontale Europäisierung liefert

Wagner (2010:143). Für ihn ist die vertikale und horizontale Teilung ein Kernmerkmal “praktikabler und legitimer Organisationsformen”, so dass horizontale Wandlungsprozesse nicht ausgeschlossen werden können. Radaelli sieht horizontale Europäisierung auf supranationaler Ebene und auf nationaler Ebene (2003:41). Da viele Autoren die supranationale Ebene nur mit vertikaler Europäisierung in Verbindung bringen, stellt dies eine Perspektiverweiterung dar. Allerdings erläutert Radaelli nicht, was er unter supranationaler horizontaler Europäisierung versteht. Es könnte mutmaßlich die Angleichung zwischen Institutionen und Akteuren der EU sein (siehe die Politics-Analyse von Hooghe in Unterpunkt 5.3). Auf der nationalstaatlichen Ebene ist die horizontale Europäisierung zwischen den Mitgliedsstaaten etwa im Sinne wirtschaftlicher Europäisierung zu definieren. Horizontaler Wandel, wie Marktmechanismen oder gesellschaftliche Sozialisation gehen für Radaelli von Konsumenten und Investoren im EU-Binnenmarkt („market making“ (2003:42) sowie mobilen Europäern aus, die durch Handel, Ideenaustausch und Diskurse den Binnenmarkt stärken. Der Rahmen des horizontalen Wandels wird aber durch vertikale Regulierungen begrenzt, wie durch bspw. Regulierungen zum Verbraucherschutz.

3.3.3 Top-down und Bottom-up-Perspektive

Die Diskussion um Top-down und Bottom-up Ansätze hat in der Europäisierungsforschung einen Wandel durchlaufen. Die erste Generation von Forschungsansätzen seit den 1970er Jahren wurde von der Top-down-Perspektive dominiert. Das hierarchische Verhältnis zwischen EU und Nationalstaat stand dabei im Vordergrund. Die Nationalstaaten setzten EU-Politik scheinbar gezwungen und blind um. Europäisierung wurde in Hauptwörtern beschrieben: So wurden nationale Institutionen und Prozesse als zunehmend europäisiert beschrieben, je mehr sie von europäischen Anpassungsansprüchen betroffen waren (Schuppert 2006:22).³⁷ Mit der Europäisierungsforschung Mitte der 1990er Jahre wandelte sich die Ausrichtung. So wurde die vertikale und horizontale Dimension von Europäisierung übernommen sowie Bottom-up-Perspektiven eingesetzt. Diese auch durch den MLG-Ansatz

³⁷ Heute sind solche Europäisierungsformeln unter anderem durch die 80% Europäisierungsthese in den Medien. So wird behauptet, „dass die Europäisierung in einigen Politikbereichen, wie der Umwelt- und Agrarpolitik, einen Anteil von mehr als 80 Prozent aller Politiken bzw. ihren Ursprung auf der EU-Ebene habe“ (König, Mäder 2008:439). Göler (2009:2) und weitere Forscher ziehen diese These aber in Zweifel.

bereicherte Perspektive schreibt horizontalen Wandlungsprozessen, in ihrem Einfluss auf nationalstaatliche Organisationen und politische Entscheidungen, eine wichtige Rolle zu. Die Zirkularität von Europäisierungsprozessen zwischen Nationalstaaten und der supranationalen Ebene wurde deutlicher und löst die einseitige Sicht der ersten Generation ab. Die Perspektive richtet sich darauf, wie nationalstaatliche Akteure durch ihre Politik europäische Integrationsprozesse mitgestalten. Damit wurde Europäisierung nicht mehr als „one way street“ verstanden (Schuppert 2006:23; Börzel 2003:3).

Es entwickelt sich eine generelle Kritik an Top-down-Prozessen als methodischem Werkzeug. Für Zahariadis (2004:49) kann der Ansatz nicht ausreichen, um die Konvergenz zwischen nationaler und supranationaler Ebene vergleichbar zu machen. Auch Grotz (2007:322) ist der Meinung, dass der Einfluss der Europäisierung auf die nationalstaatliche Staatsorganisation über die Top-down-Perspektive wenig sinnvoll erscheint. Die Europäisierungsforschung hielt daran fest, dass eine Top-down-Perspektive (anschließend an europäische Integrationsprozesse) grundsätzlich zu favorisieren sei (Featherstone, Radaelli 2003:2; siehe Unterpunkt 3.3.1). Das Analysespektrum erweiterte sich hin zum Einfluss der EU auf „nationale Opportunitätsstrukturen, Interessen, Überzeugungen, Werte und Ideen“ (Schuppert 2006:24). Damit wurden auch sozialkonstruktivistische Perspektiven auf Identitäts- und Meinungsbildung sowie Wahlverhalten in den Blick genommen. Es handele sich effektiv um eine „two way street“ (Börzel 2003:4; Axt et al. 2007:143), in der die Diskussion um den „Ausgangspunkt“ der Analyse kreise. Außerdem werde mit der Top-down-Perspektive klar, dass die Rückwirkung der europäischen Ebene auf die Mitgliedstaaten im Zentrum der Europäisierungsforschung stünde (Knill, Lehmkuhl 2004:141).

Insgesamt setze dieses Forschungsprogramm nach Schuppert (2006:34) „hohe Anforderungen an die Lernfähigkeit der Europäisierungsforschung“, da gleichzeitig die Rolle des Nationalstaats in der Doppelrolle: „sowohl als Produzent als auch Konsument von Europäisierung“ zu untersuchen sei (Axt et al. 2007:144). Diese Herausforderung wird von vielen Studien unterstützt, da Mitgliedsstaaten unterschiedlich auf Europäisierung reagieren. Diese unterscheidet sich laut Börzel nach Politikbereich, Institution und Zeitpunkt der Analyse (2003:3). Neben diesen

divergierenden Ergebnissen auf der Ebene des Nationalstaats müsse nach Börzel auch Bottom-up untersucht werden, wie die Nationalstaaten auf supranationaler Ebene auf Europäisierungprozesse antworten und Politik mitgestalten (Börzel 2003:3). Diese permanenten Rückmeldungen der Nationalstaaten seien nach Börzel entscheidender, als der Anpassungsdruck auf Mitgliedsstaaten, der durch einzelne Konferenzen supranational beschlossen werde (2003:4).

Radaelli sieht die Bottom-up-Perspektive als „Startpunkt“ der Europäisierungsforschung. Die nationalstaatliche Interaktion müsse die Grundlage sein, von der aus Veränderungsprozesse durch die EU-Einflüsse gemessen werden sollten (2003:51), danach müsse aber wieder die Top-down-Perspektive eingenommen werden. Radaelli möchte damit verhindern, dass Europäisierung methodisch nur auf deren (Top-down gemessenen) Effekte reduziert und damit unterstellt werde, dass diese Impulse der EU tatsächlich existierten (Radaelli 2003:50), die durch Globalisierung hervorgerufen sein könnten. Radaellis Konzept sieht vor, die Europäisierung als zu erklärende Variable (Explanandum) zu verstehen (Radaelli 2004:2). Damit wird Europäisierung zu einem Mosaik, in dem der Fokus darauf liege, einzelne Aspekte des komplexen Gesamtphänomens zu verstehen und richtig zu verbinden. Dieser weit reichende Vorschlag hat zum Ziel, bereits existierende Studien besser miteinander zu verknüpfen (zur Problematik Unterpunkt 3.3.8). Radaelli zielt damit primär auf eine neue Rolle der Europäisierungsforschung ab, die er mit seinem Bottom-up-Ansatz verknüpft (Radaelli 2004:11). Damit steht er im Kontrast zu vielen Top-down-Studien, deren abhängige Variable die Ergebnisse des Anpassungsprozesses und die unabhängige Variable die der Europäisierung ist. Diese Studien unterliegen der Problematik, dass der beobachtete Wandel auch durch andere Faktoren zu Stande gekommen sein könnte (Falkner 2003:2). Mit dieser anspruchsvollen Forschungsperspektive nimmt Radaelli eine Sonderstellung ein, hat damit aber eine konzeptionelle Methode geschaffen, die für weitere EU-Forschungsgebiete sehr anschlussfähig ist. Sittermann sieht indessen Schwierigkeiten in Radaellis fast intergouvernementaler Fokussierung auf den Nationalstaat und dessen Wandel (2006:11). Eine weitere Facette der Debatte um Europäisierung ist die Rolle von Akteuren, wie nationalen Regierungen. Diese verhandeln auf supranationaler Ebene und implementieren diese Entscheidungen (unterstützt von nationalen Verwaltungen) auf nationaler und regionaler Ebene. Es entsteht eine

Doppelrolle als „taker“ und „shaper“ nationalstaatlicher Wandlungsprozesse (Börzel 2003:3). Als Konsequenz sei es zu kurz gegriffen, Policy-Transfers auf Umsetzungsprozesse zu reduzieren. Auch Akteure (wie nationale Regierungen) müssen einbezogen werden, da diese die Umsetzung in der nationalen Debatte möglicherweise vorantreiben oder als Vetospieler versuchen, Umsetzungen zu verzögern bzw. nationale Umsetzungen abzuändern (Börzel 2003:7).

3.3.4 Goodness-of-fit und neo-institutionalistische Ansätze

„Goodness-of-fit“ beschreibt den Anpassungsdruck von der supranationalen auf die nationalstaatliche Ebene (Bailey 2002:791). Die These von Börzel und Risse lautet, dass je höher der Grad der Übereinstimmung zu den EU-Vorgaben ist, desto wahrscheinlicher wird der nationalstaatliche Wandel (2003:6). Die Stärke des nationalstaatlichen Wandels hänge außerdem von „erleichternden Faktoren“, die die Umsetzung beschleunigen können, ab (Börzel, Risse 2003:63).

Der jeweilige „misfit“ zwischen nationalstaatlicher und supranationaler Ebene sei zwingend, damit Europäisierung stattfinden könne. Ohne einen messbaren Unterschied würde keine Europäisierung stattfinden. Je größer dabei die Diskrepanz zu nationalen Verfahren und Wertvorstellungen, desto größer der Anpassungsdruck und damit die Bereitschaft des betroffenen Staates auf supranationaler Ebene Änderungen zu erreichen, oder auf nationaler Ebene die Umsetzung verändern zu wollen (Schmidt 2006:679). Die Literatur unterscheidet „Policy-“ und „Polity-Misfit“. Da der „Policy-Misfit“ sich im Bezug auf Unterpunkt 3.2.2 leicht als Diskrepanz zwischen politischen Inhalten verstehen lässt, wird in diesem Kapitel der institutionelle Misfit thematisiert. Die Europäisierungsforschung greift bei der Beschreibung institutioneller Unterschiede auf den Neo-Institutionalismus zurück, der sich in die rationalistische sowie die sozialkonstruktivistische Perspektive unterteilt. Diese organisationssoziologischen Perspektiven zeigen, dass je nach unterstelltem Modell andere Misfit-Definitionen entstehen.

Aus rationalistischer Sicht bestimmen die absehbaren Konsequenzen aus einer zu treffenden Entscheidung das Verhalten von Institutionen. So richten sich Entscheidungen nach Kosten-Nutzen Berechnungen der Akteure und ihrem verfolgten Zweck aus (Börzel, Risse 2003:3). Dabei sind Veto-Akteure innerhalb der institutionellen Struktur zu beachten, die versuchen dem Anpassungsdruck

auszuweichen oder sich diesem, je nach rechtlicher Möglichkeit, zu widersetzen (Börzel, Risse 2003:3). Neben diesen Konstellationen von Vetospielern sind auch Institutionen im nationalen Diskurs wichtig. Diese versuchen über materielle und ideelle Ressourcen die Wahrscheinlichkeit eines staatlichen Wandels zu erhöhen und dem Anpassungsdruck der EU nachzugeben. Für den rationalistischen Neo-Institutionalismus sind diese Ressourcen entscheidend, da sie erklären, wie Bevorzugungen einzelner Akteure zu einer Änderung der politischen Situation auf nationalstaatlicher Ebene beitragen können. Entscheidend zur Lösung des Misfits sind starke Anreize, die die nationalen Institutionen motivieren, den Wandel durchzusetzen. Die sozialkonstruktivistische Perspektive betont die Logik der Angemessenheit von institutionellen Entscheidungen. Damit sind Entscheidungen nicht an rationale Entscheidungen (und damit an externe Faktoren geknüpft), sondern entstehen nach internen Wertvorstellungen und Überzeugungen (Börzel, Risse 2003:4). Diese Werte sind über Diskurse veränderbar, so dass der institutionelle Anpassungsdruck der EU die internen Überzeugungen zwar unter Druck setzt, diese über institutionelles Lern- und Sozialisationsverhalten aber verarbeitbar seien (Auel 2008:305). Damit kann ein "Polity-Misfit" hier nur durch "überzeugende" Werte die Strategien der betroffenen Akteure verändern. Legitimität und Autorität motivieren zu dieser institutionellen Anpassungsfähigkeit und sind entscheidend für die Breite der innerstaatlichen Europäisierung (Börzel 2000:225).

Für beide Ansätze ist die These des institutionellen Isomorphismus von Bedeutung. Diese geht im Bezug auf die EU davon aus, dass zwar einerseits die Mitgliedsstaaten ihre institutionelle Struktur nach der EU ausrichten (eine Tendenz zur institutionellen Angleichung), gleichzeitig aber auch die EU nationale „best practises“ übernimmt (Pehle, Sturm 2008:159). Allerdings darf die Isomorphismusthese nicht zu einer Erwartung homogener Ergebnisse führen. Viele Studienergebnisse der Europäisierungsforschung zeigen, wie unterschiedlich nationalstaatliche Wandlungen im Zuge von Europäisierung sind. Diese Freiheiten in der Umsetzung sind im administrativen Bereich gegeben, da die EU die „effektive Um- und Durchsetzung von EU-Policies“ vorschreibt, aber keine Verwaltungsvorgaben zur nationalen Ausgestaltung macht (Börzel 2003:504). Die Goodness-of-fit-These vermittelt damit nur eine Perspektive des institutionellen Lernprozesses zwischen EU und Nationalstaaten. Kritisiert wird der Ansatz auch für die Begrenztheit auf positive

Integrationsprozesse wie z. B. rechtlich verbindliche Prozesse der EU (Auel 2008:305, Bulmer, Radaelli 2004:10, Axt 2007:8). Prozesse, die kein Politikmodell vorschreiben (wie wirtschaftliche horizontale Integration) sind durch den Goodness-of-fit-Ansatz nicht zu beschreiben, bzw. zu messen. Studien zeigen außerdem, dass einzelne Staaten trotz fehlendem Anpassungsdruck weitreichende Liberalisierungen in einzelnen Politikfeldern umgesetzt haben. Ein Beispiel ist die Liberalisierung des Telekommunikationssektors in Deutschland, die trotz geringem Druck durch die EU weitreichend umgesetzt wurde (Thatcher 2002, zitiert nach Auel 2008:306). Es bestehe zudem die Möglichkeit, dass Festlegungen neuer Regulierungen durch Nationalstaaten und private Akteure durch den Goodness-of-fit-Ansatz übersehen wird (Treib 2003:5). Mit dieser Antwort der Nationalstaaten auf regulatorische Europäisierung können heimische Märkte trotz negativer Integration geschützt werden. Diese Reaktionen sind durch die „Misfit-These“ nicht zu untersuchen (Knill, Lehmkuhl 1999:3). Grote (2003:16) hält den Goodness-of-fit-Ansatz nur in jenen Politikfeldern für anwendbar, in denen positive Integration stattfindet. Dies führt zu weitreichenden Einschränkungen dieser Forschungsmethode. Neben diesen Einschränkungen muss angemerkt werden, dass die horizontale Dimension von Europäisierung durch die enge Ausrichtung des Goodness-of-fit-Ansatzes nicht berücksichtigt wird. Für die weitere Forschung scheint dieser Ansatz (trotz enger Verknüpfungen zum Neo-Institutionalismus, der in der Polity-Forschung häufig eingesetzt wird) nur von geringer Relevanz zu sein.

3.3.5 Up-, Cross- und Downloading

Anknüpfend an die „Misfit-These“ entwickelte Börzel die Beschreibungen „Up-“, „Cross-“, und „Downloading“, um nationalstaatlichen Wandel und den Einfluss der Nationalstaaten auf supranationale Entscheidungen durch Policy-Transfers beschreiben zu können (Börzel 2003:3; Schuppert 2006:23). „Uploading“ ist, ausgehend von einer Bottom-up-Perspektive, die „Übertragung“ nationaler Politiken auf supranationale Ebene (Börzel 2003:4, Lodge 2006:65). Crossloading beschreibt den horizontalen Policy-Transfer zwischen den Mitgliedsstaaten (Howell 2004:9). Downloading ist die Übernahme supranationaler Vorgaben in die nationale Politikstruktur. Dieser rationalistische Ansatz geht von einer Minimierung von Kosten für die „uploadenden“ Mitgliedsstaaten aus, da das „Downloaden“ der betreffenden Politiken und das Beeinflussen entsprechender Entscheidungen für diese Mitgliedsstaaten von rechtlichen und administrativen Änderungen befreie. So

könne durch „Uploading“ die nationale Wirtschaft vor Transformationskosten geschützt werden. Ein Beispiel sieht Börzel (2003:4) in dem Wettbewerb zwischen hoch und niedrig regulierten Staaten im EU-Binnenmarkt. Hoch regulierte Staaten versuchen ihre Standards auf weitere Länder zu übertragen (indem sie ihre Regulierungen „uploaden“ und supranational diskutieren). Erfolgreiches „Uploading“ habe daher „misfit“ der weiteren Staaten im Download zur Folge. Gleichzeitig werde durch „Uploading“ die Möglichkeit geschaffen, national nicht lösbare Probleme auf supranationaler Ebene zu forcieren (etwa in der Umweltpolitik oder Immigration; Auel 2008:313).

Die Vorstellung der „Up-“ und „Downloadens“ von Policies wird häufig als zu wenig komplex kritisiert. Radaelli fordert die analytische Unterscheidung zwischen dem Entscheidungsprozess hin zu einer Policy und der Umsetzung auf nationaler Ebene, um Europäisierung von EU-Policy-Prozessen unterscheiden zu können (2003:34). „Uploading“ ist damit als Integrationsprozess und nicht als Europäisierungsprozess zu verstehen, da Rückmeldungen von Nationalstaaten in der EU nicht direkt umgesetzt werden können. Zur Änderung von Beschlüssen ist nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren der EU³⁸ ein Gesetzesvorschlag der Kommission sowie die Zustimmung des Rates und des EP nötig. Diese Komplexität spricht gegen die Vorstellung Börzels, einzelne Nationalstaaten könnten ihre Vorstellungen ohne den Einfluss auf supranationaler Ebene umsetzen. Bezogen auf die politischen Akteure in nationalen Regierungen und der EU ist denkbar, dass nationale Regierungen nicht die Unterstützung ihrer nationalen Vertreter in der Kommission und dem EP hinter sich haben. Berücksichtigung findet diese mögliche Überschneidung „nationaler“ und supranationaler Akteursinteressen bei Börzel nicht. Prozesse des Downloadens erfordern nach Börzel aber die Einbeziehung nationaler Strukturen und Prozesse bei der Beschreibung des Europäisierungsprozesses (2002:193). Die Unterstellung eines Rahmens, in dem (unverändert) Policies transferiert werden könnten, setze zu viel Homogenität voraus (Lodge 2006:62). Dazu bleibt fraglich, wie abgeänderte Vorschläge eingeordnet werden sollten, die „nicht komplett“ transferiert werden könnten. Der einzige Ausweg scheint von dem

³⁸ Vertiefend, online verfügbar unter http://europa.eu/scadplus/constitution/procedures_de.htm#ORDINARY.

Grad eines erfolgreichen „Uploads“ zu sprechen, je nachdem wie weit dieser mit dem späteren Download korreliert. Davon geht das Modell aber nicht aus. Ein weiteres Problem liegt in der Rolle der EU als Einflussgröße auf die „hochgeladenen Politiken“. Hier ist das Modell nicht weit genug ausgearbeitet.

3.3.6 Europäisierung, Globalisierung und Regionalisierung

Wie bereits erwähnt, sehen Autoren wie Radaelli eine Gefahr darin, Europäisierung nicht, insbesondere aus der Top-down-Perspektive, von weiteren Einflussgrößen abgrenzen zu können (Exadaktylos, Radaelli 2009:510). Die beiden wichtigsten Größen sind Globalisierung und Regionalisierung (Bursens 2007:116). Diese Isolierung der Variablen Europäisierung wird als das Kernproblem der Europäisierungsforschung eingeschätzt (Töller 2010:21). Um einen kausalen Zusammenhang nachweisen zu können, ist es nötig alle Alternativerklärungen für Europäisierung ausschließen zu können. Ein Indiz für einen kausalen Zusammenhang ist eine möglichst hohe Konstanz von Drittvariablen in den untersuchten Wandlungsprozessen (Popper 1989:106).

Zur Abgrenzung der Einflussgrößen folgt zuerst der Vergleich von Globalisierung und Europäisierung. Globalisierung kann primär ökonomisch als das Zusammenbrechen von durch Zöllen geschützter Räume beschrieben werden (Rosamond 2000:179), wobei auch immer wieder auf neu entstandene Politiknetzwerke hingewiesen wird (Graziano 2003:175). Wie im MLG-Ansatz beschrieben, spielen private Akteure sowie das Fehlen von Hierarchie eine wichtige Rolle. Verglichen zu Globalisierung stellt die EU einen unter mehreren globalen Regionalisierungsprozessen dar. Als weitere Formen sind beispielsweise Mercosur oder APEC zu nennen. Innerhalb dieser regional integrierten (und in der EU stark institutionalisierten) Räume finde nun wieder eine „regionale Globalisierung“ statt, indem im Schutz der EU-Außengrenzen weitere Regulierungen zwischen Staaten wegfallen (Rosamond 2000:182). Graziano beschreibt Europäisierung sogar als „Gegenmittel“ zur Globalisierung, da Zielvorstellungen und institutionelle Effekte sehr unterschiedlich seien (2003:173). Da Europäisierung einerseits die Top-down-Perspektive auf den Nationalstaat aber auch dessen Rückwirkung im Integrationsprozess im Blick hat ist es entscheidend zu klären, ob sich ein nationalstaatlicher Wandlungsprozess (nur) aufgrund von EU-Einfluss ergeben hat. Zur Beschreibung dieser Perspektiven stehen die vergleichende Regierungslehre und

die International Relations Theorien zur Verfügung. Die Europäisierungsforschung greift vor allem auf Methoden der vergleichenden Regierungslehre, wie die Policy-Analyse, zurück (Rosamond 2000:163). Die IR-Forschung ist aufgrund ihrer Staatszentriertheit ungeeignet, kann aber an die Europäisierungsforschung „anknüpfbar“ gemacht werden (Rosamond 2000:164). Des Weiteren greift die Europäisierungs- wie auch die Globalisierungsforschung auf den MLG-Ansatz zurück, so dass fraglich ist, ob Theorien der IR hier noch relevant sind. Ein Beispiel für das Überlappen beider Prozesse ist die Regulierung des Onlinehandels. Die EU hatte im Jahr 2000 durch Verordnungen im E-Commerce starke Vereinheitlichungen in den Mitgliedsstaaten geschaffen. Die Impulse für diese supranationale Policy gründeten sich auf globale Prozesse, wie die Regulierungen zum Onlinehandel in den Vereinigten Staaten (Bomberg, Peterson 2002:34).

Von generellen analytischen Messinstrumenten zur Trennung dieser Variablen ist die Forschung weit entfernt. Das einzig verbindende scheint die Nutzbarkeit des MGL-Ansatzes zu sein sowie die Überzeugung, dass Analyseinstrumente rein analytisch genutzt werden sollten. So wird das fehlende Verständnis der European Studies (und damit auch der Europäisierungsforschung) für den Einfluss von Globalisierung und ihrer wirtschaftlichen und politischen „Synonyme“ von Rosamond als Herausforderung verstanden, die steigende Komplexität des EU Mehrebenensystems mit Globalisierungsprozessen zu verknüpfen (2000b:266). Mitgliedsstaaten reagieren auf Europäisierungs- wie auf Globalisierungsdruck divergent. Damit sind verschiedene Umsetzungszeiten und unterschiedliche Ausmaße des Wandels gemeint (Schmidt 2001:1). Die Zurechnung der beobachteten Prozesse stellt eine methodische Herausforderung an die Europäisierungsforschung dar. Ein weiterer Prozess von Europäisierung und Globalisierung ist die Verschiebung von Entscheidungsmacht von der Legislative zur Exekutive, wie am Beispiel der Regierung als „taker“ und „shaper“ von Politics bereits oben gezeigt wurde (Börzel 2003:3). Die nationalen Regierungen und Administrationen dominieren damit Entscheidungsprozesse durch ihre Doppelrolle (Brunnengräber et al. 2008:33). Schließlich weiß Goldsmith nach, dass Globalisierungsprozesse auch direkt Einfluss auf regionale Akteure haben können, die eine Analyse der intervenierenden Variablen zusätzlich erschweren (Featherstone, Radaelli 2003b:338).

Damit zur zweiten Variablen: Regionalisierung. Diese ist je nach Struktur des Mitgliedsstaats (unitär oder föderal) unterschiedlich im Verhältnis zur Europäisierung. In Deutschland können die Länder direkte Adressaten von EU-Policies und im Bundesrat auch als Vetospieler auftreten. Eine Beeinflussung von nationaler Politik durch die Regionen für oder gegen eine EU-Vorgabe ist leicht vorstellbar. Es liegt kein Instrumentarium zur Trennung dieser Prozesse vor. Europäisierung führt aber dazu, dass Regionen in Föderalstaaten an Macht verlieren, wenn frühere gemeinsame Politikfelder europäisiert werden (Börzel 2000:267). Besonders in diesen Fällen ist die Berücksichtigung des regionalen Einflusses auf nationalstaatliche Entscheidungen wichtig. Regionen gelingt es in einigen Fällen, die durch die Europäisierung bedingte Zentralisierung auszugleichen. Möglich ist eine Einflussnahme im direkten Kontakt von Regionalvertretern mit der EU³⁹. Die Kompensation von Kompetenzverlusten an die EU durch regionale Mitentscheidungsrechte in der innerstaatlichen Willensbildung zu europäischen Angelegenheiten, verstärkt jedoch die Exekutivlastigkeit europäischer Entscheidungsprozesse und trägt damit entscheidend zur Schwächung der Legislativen in den Mitgliedstaaten bei (Börzel 2000:225). Die Kommission bindet (etwa in Verhandlungen um den Kohäsionsfond der EU) Regionalvertreter in politische Diskurse ein, um sie nicht zu nationalen Vetospielern werden zu lassen und damit zu motivieren, ihren Einfluss auf nationale Entscheidungen geltend zu machen (Radaelli 2008:240). Eine zweite zu berücksichtigende Möglichkeit ist der supranationale AdR, in der die Regionen keinen direkten Gesetzgebungseinfluss haben, allerdings vom EP angehört werden müssen.

Insgesamt steht Europäisierung daher im Spannungsfeld zwischen regionalen und globalen Einflüssen, die die Wechselwirkung von nationaler und europäischer Ebene beeinflussen können. Methodisch können die Prozesse bisher nicht ausreichend von Europäisierung getrennt werden.

39 Ein erfolgreiches Beispiel regionaler Einflussnahme ist das Intervenieren der hessischen Landesvertretung in Brüssel im Fall einer ersten Version einer EU-Weinmarktverordnung der Kommission zu werten, die das Verbot der Bezeichnung „Apfelwein“ beinhaltete. Dies wurde durch hessische Initiative ohne Bundeseinfluss verhindert. EU. Siehe Verzeichnis zitierter Internetseiten oder <http://www.staatskanzlei.hessen.de> Suchworte: “Der Apfelwein bleibt Apfelwein”.

3.3.7 Qualitative Europäisierungsforschung

Die Europäisierungsforschung baut zum großen Teil auf qualitativen Studien auf. Vergleiche zu mehreren Policyfeldern oder Staaten bilden den Rahmen der meisten Europäisierungsstudien (Töller 2010:417). Börzel und Risse stellen fest, dass meist Politikfelder Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens gegenüber gestellt werden (2006:486). Inhaltlich stelle sich die politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung Fragen der Autonomie und des Wandels in Nationalstaaten, der Fragmentierung von Politikfeldern, Prozessen und Diskursen sowie der Machtverschiebung und der Stärke von Vetospielern sowie horizontale Netzwerkstrukturen und neuen Regierungsformen (Radaelli 2003b:334). Einen Überblick über alle 27 Mitgliedsstaaten in einem Politikfeld oder breite Politikfeldvergleiche lassen sich in diesem Rahmen nicht erreichen (Eising 2007:176). Hinzu kommt das Problem der schwierigen Vergleichbarkeit einzelner Studien untereinander. Gleichzeitig fordern Bulmer und Radaelli klare Messgrößen in den Forschungsdesigns der Europäisierungsforschung (2004:14). Dazu müsse die Messung von Europäisierungsprozessen (Ursache) dem nationalstaatlichen Wandel (Wirkung) voraus gehen (Radaelli 2004:8).

Exadaktylos und Radaelli legten in den Jahren 2009 und 2010 quantitative Auswertungen von 32 Studien und 45 Studien zur Europäisierungsliteratur vor. Diese aktuellen Überblicke sind die ersten Metastudien zu Forschungsdesigns in Europäisierungsstudien. Exadaktylos und Radaelli wählten in der ersten Studie die meistzitierten Studien aus, die nach Konzeptvorschlägen, Mechanismen, dem Zusammenspiel von idealen und strukturellen Variablen sowie kausalen Modellen verglichen wurden (2009:508). Die Studien beschrieben Aspekte des Wandels nationaler Institutionen, Akteure, Prozeduren und Paradigmen. Einige Studien gehen dabei auch auf Europäisierungsprozesse im Zuge der EU-Erweiterung sowie den Einfluss der EU auf potentiellen Beitrittskandidaten ein. Methodische Fragen (etwa zu Forschungsdesigns) werden nicht oder nur am Rande von den untersuchten Forschungsarbeiten thematisiert. Es herrscht ein Gleichgewicht zwischen Studien, die Ursachen von Europäisierung mit Hilfe beobachteter Folgen beschreiben (unabhängige Variable wird erforscht) und Studien, die versuchen die Folgen von determinierten Ursachen zu erklären und erforschen damit die abhängige Variable (2009:523). Diese inversen Forschungsdesigns, die von Wirkungen auf Ursachen

schließen, sind durch die immer geltenden Anforderungen an Reliabilität und Validität (Gschwend, Schimmelfennig 2007:17) schwer zu konzipieren. Die Kernfrage ist wie trotz intervenierender Variablen sichergestellt werden kann, dass Europäisierung und nicht Globalisierung die Ursache staatlichen Wandels ist.

Die Mehrzahl der Studien ist durch komplexe Vorstellungen über Kausalitäten von Europäisierung geprägt. Europäisierungsstudien sind durch die Nutzung einer Vielzahl von Variablen gekennzeichnet (Exadaktylos, Radaelli 2009:526). Es variieren die Definitionen der abhängigen Variablen. Meist werde Europäisierung nicht als abhängige Variable, sondern als Prozess verstanden. In der Studie von 2010 wurden die am meisten zitierten sowie die aktuellsten Forschungsarbeiten zur Europäisierung berücksichtigt. Auch hier setzen sich die Unterschiede in den Forschungsdesigns fort. Augenscheinlich ist der fehlenden Konsens darüber, wie Europäisierung zu messen ist (Exadaktylos, Radaelli 2010:4). Auch wenn die Mehrheit der Studien Europäisierung über politischen Wandel und den Wandel von Akteuren messe (Exadaktylos, Radaelli 2010:17).

Qualitative Europäisierungsforschung ist damit durch große Vielfalt und schwierige Vergleichbarkeit charakterisiert ist. Dies gilt für Studiendesigns, wie für die Forschungsergebnisse, die von „Diversität und Asymmetrie“ geprägt seien (Featherstone, Radaelli 2003b:335). Die Metastudien von Exadaktylos und Radaelli sind eine wichtige Hilfe, um einen Überblick über Europäisierung zu erhalten. Bei insgesamt 77 ausgewerteten Studien ist die Aussagekraft aber begrenzt. Hinzu kommt, dass diese Metastudien zwar die meistzitierten Artikel betrachten, in der Version aus dem Jahr 2010 aber auch aktuelle Forschungsergebnisse einbezogen werden. Hinterfragt werden muss, ob die meistzitierten Studien gleichzeitig auch die (methodologisch) relevantesten Studien für den Europäisierungsdiskurs darstellen. Die bevorzugte Auswahl von Artikeln aus forschungsstarken Europäisierungsgebieten, wie Politikfeldanalyse oder Institutionenforschung, wird damit wahrscheinlich.

Die Breite der qualitativen Forschungsdesigns lässt sich auch an den genutzten Skalierungen zur Messung von Europäisierung ablesen. Ein „klassisches“ Modell von Lindberg und Scheingold vergleicht in einer fünfstufigen Skala⁴⁰ das Verhältnis von nationalstaatlichem und supranationalem Einfluss auf Policy-Entscheidungen (Lindberg, Scheingold 1970, zitiert nach Schmidt 1999:12). Axt nutzt zur Analyse des Einflusses von Europäisierung auf Konflikte eine Skala, die die „Tiefe“ der Europäisierung an einzelne zu europäisierende Akteure⁴¹ bindet (2007b:5). Trotz dieser spezialisierten Anwendung ist fraglich, wie z. B. die Europäisierung der Medien oder der Gesellschaft zu messen ist. Hier bleibt die Skala zu allgemein. Eine breit rezipierte Skala liefern Börzel und Risse (2000:10-11). Zur Messung des Europäisierungsgrads wird zwischen „Transformation“, „Accomodation“, „Absorption“, „keine Änderung“ sowie „Enteuropäisierung“ unterschieden. Transformation beschreibt das größte Maß an nationalem Wandel. Regulierungen werden grundsätzlich europäisch ausgerichtet oder ersetzt. „Accomodation“ schließt geringfügigen Wandel, Absorption nur minimalen Wandel ein (Axt et al. 2007:140). Die Stärke der Enteuropäisierung ist in diesem Modell nicht messbar. Radaelli (2003:37-8) hat dieses Modell für die Policyforschung übernommen und daraus eine vierstufige Skala entwickelt in der „Accomodation“ und „Absorption“ durch „Anpassung“ ersetzt werden. Nach Bulmer bietet Radaellis Skala die genauesten Messmöglichkeiten an (Bulmer 2007:55). Diese Skala hat Eingang in Lehrbücher zur europäischen Integration⁴² gefunden und gilt als das bekannteste Maß zur Messung nationalstaatlichen Wandels.

Insgesamt zeigt sich die qualitative Europäisierungsforschung, wegen fehlender Metastudien und der schwierigen Vergleichbarkeit vieler Studien untereinander, als ein nur schwer zu kategorisierendes Forschungsfeld.

⁴⁰ Diese Skala ist wie folgt benannt: 1 = „All policy decisions by national processes“, 2 = „Only the beginnings of Community decision processes, 3 = „Policy decisions in both but national activity predominates“, 4 = „Policy decisions in both but Community activity predominates“, 5 = „All policy decisions by joint Community processes“.

⁴¹ Europäisierung: Sehr flache: Regierungspolicy, flache: Politische Akteure, mäßig tiefe: Medien, tiefe: Zivilgesellschaft.

⁴² Siehe Buchbesprechung: Bala (2009:342).

3.3.8 Quantitative Europäisierungsforschung

Die quantitative Europäisierungsforschung hat ihren Ursprung in Rechtsvergleichen zwischen EU und nationalem Recht. Breite Beachtung hat die quantitative Europäisierungsforschung bisher nur mit dem Diskurs um die These zur 80 % Europäisierung (80 % der nationalen Gesetze in Politikbereichen wie Agrar- und Umweltpolitik seien von europäischen Vorgaben beeinflusst) erhalten. Dies lässt sich nach aktuellen Berechnungen von König und Mäder (2008:439) wissenschaftlich nicht halten. Nach ihren Berechnungen unter Einbeziehung der Faktoren des inhaltlichen Bedeutungsgrads und monetärer Implikationen macht der Einfluss 26 % aus und führt zu dem Schluss dass „signifikante Europäisierung durch EU-Aktivitäten“ nicht absehbar ist (König, Mäder 2008:428,459).⁴³ Göler kritisiert daraufhin, dass nicht alle „möglichen Europäisierungsimpulse“ von König und Mäder einbezogen werden (2009:76). Diese Debatte gibt einen Eindruck von den Schwierigkeiten in der Konzeption quantitativer Europäisierungsforschungsdesigns.

Politikwissenschaftler haben qualitative Forschungsmethoden erst in den letzten Jahren für sich entdeckt (Treib 2008:10). Eine aktuelle Metastudie, die die 45 meistzitierten Studien verglich, umfasste nur drei quantitative Forschungsarbeiten (Exadaktylos, Radaelli 2010:9). Entsprechend werden die Stärkung der quantitativen Europäisierungsforschung sowie die stärkere Anbindung der rechtswissenschaftlichen quantitativen Analysen an den „Mainstream“ der Europäisierungsforschung gefordert (Exadaktylos, Radaelli 2010:20). Dazu müssen nach Treib bessere Messindikatoren gefunden werden, mit denen Kausalitätsbeziehungen zwischen erforschten Korrelationen besser interpretiert werden können (2007:16). Als problematisch gelten außerdem die Datengrundlagen, welche von der EU zur Verfügung gestellt werden (Hartlapp, Falkner 2008:28).

Diese Vorstellung der quantitativen Europäisierungsforschung umfasst daher keinen Überblick über vorhandene Studien, sondern eine Einführung in die Debatte zur Operationalisierung von Europäisierung für die quantitative Forschung. Ein aktueller

⁴³ Siehe Anhang, Abbildung 2: Das Gemeinschaftsrecht und die deutsche Gesetzgebung, Seite XXII.

Ansatz ist der Europäisierungs-Index von Töller.⁴⁴ Töller vergleicht fünf quantitative Studien mit ihrem Forschungsansatz und kommt zu dem Ergebnis, dass rechtliche Maßnahmen, wie Verordnungen und „soft law“ (z. B. Absichtserklärungen) in den Vergleichsstudien nicht berücksichtigt wurden. Sie schlussfolgert daraus, die rechtlichen Maßnahmen der EU wertfrei „europäische Impulse“ zu nennen, um die Breite der Rechtssetzung, aber auch den Einfluss privater Akteure besser einbeziehen zu können (Töller 2010:428). Graziano und Vink sehen die schwierigere Messbarkeit des Einflusses rechtlicher Normen, die wie „soft law“ keine direkte Verbindlichkeit haben (2007:11). Die Berücksichtigung von „soft law“, die Einbeziehung von Akteuren und deren Diskursen durch die offene Methode der Koordinierung stellt einen genuin politikwissenschaftlichen Ansatz dar. Politikwissenschaftliche und rechtliche Europäisierung sind hier eng miteinander verknüpft. Weitere politikwissenschaftliche Elemente bekommt das quantitative Setting durch Variablen, wie Parteipolitik und Einfluss von organisierten Verbänden. Töller bezieht in ihr Modell Evasion ein, gemeint ist der Versuch von Nationalstaaten, Anpassungsdruck zu ignorieren (Töller 2004:10, 2010:419). Für Töller geht es nicht darum, festzustellen, ob nationale Gesetze durch Europäisierung beeinflusst wurden, sondern wie stark der Einfluss inhaltlich ist. Kern ihrer Anstrengung ist, dass die abhängige Variable nicht nur den Wandel in Politikfeldern messe sondern diesen auch skaliere. Ihre Operationalisierung der Messung sieht zwei Faktoren für den Vergleich von EU und nationalem Recht vor: Regulierungsbreite und Europäisierungsgrad. Die Regulierungsbreite ist aufgeteilt in weitere Dimensionen, die einzeln auf ihre Europäisierung zu prüfen sind und daraus ein Einflussverhältnis ergeben. Der Europäisierungsgrad macht deutlich, welche Teile der nationalen Gesetzgebung von der Europäisierung betroffen sind (Stärke des Wandels, eingesetzte Instrumente, allgemeine Vorgaben). Dazu müssen intervenierende Variablen wie bspw. Globalisierung berücksichtigt werden (Töller 2010:437). Töller greift hier auf qualitative und quantitative Items zurück, die aber quantitativ operationalisiert und ausgewertet werden. Daraus ergibt sich die „Scope-Variable“ zur Messung des Grades von Europäisierung, die den Kern ihres Indexes ausmacht (Töller 2010:434). Sie bezieht ihren Index auf die deutsche Bundesgesetzgebung.

⁴⁴ Diese initiiert zurzeit auch ein Forschungsprojekt zur Messbarkeit der Europäisierung nationaler Gesetzgebung. Informationen zum quantitativen Projekt online verfügbar unter <http://www.fernuni-hagen.de/polis/lg3/projekte/policies.shtml> .

Töllers Analysen sollen auf Grundlage der Rechtsdatenbanken GESTA und DIP erfolgen (2010:423). Schwierigkeiten sieht sie in der Vergleichbarkeit der vorliegenden Daten sowie in der analytischen Anschlussfähigkeit des Indexes zur Erforschung weiterer Staaten. Hintergrund ist, dass nationale Umsetzungen von Europarecht nicht nur über Primärrecht, sondern auch über nationale Verordnungsermächtigungen (Sekundärrecht) geschehen (Töller 2010:429).

3.3.9 Methodentriangulation in der Europäisierungsforschung

Die Methodendiskussion wird in der Europäisierungsforschung von übergreifender Methodenakzeptanz beherrscht. Die Trennung zwischen quantitativer und qualitativer Forschung wird kaum gegeneinander abgegrenzt. So schlagen Kritzinger und Michalowitz (2008:207) eine "Triangulation von qualitativen und quantitativen Methoden" vor, um Wissen aus verschiedenen Studien, besser verbinden zu können. Durch diese methodische Zusammenarbeit sei die Entwicklung besserer Methoden in der Europäisierungsforschung wahrscheinlicher. Im EU-Policy-Forschungsbereich herrsche nach Kritzinger und Michalowitz eine methodische Trennung vor, die „bedauerlich“ ist (2008:207). Ein Methodenpluralismus würde Vorteile beider Disziplinen nutzbar machen und helfen, komplexere Perspektiven auf die EU zu entwickeln. Allerdings gilt auch hier, dass der Wille verschiedene Studien füreinander anschlussfähig zu machen noch nicht zu einem methodischen Konzept geführt hat. So bleibt festzuhalten, dass die Europäisierung hohe Anforderungen an Konzepte und Forschungsdesigns stellt, die bisher noch nicht ausreichend umgesetzt wurden (Haverland 2005:11).

3.4 Aspekte politischer Europäisierung

Nach der breiten Debatte um die methodischen Grundlagen der Europäisierungsforschung werden im Weiteren kompakt Ergebnisse zu Anwendungsfeldern der Europäisierungsforschung vorgestellt. Im vierten Kapitel folgt die Einordnung der Europäisierung in die wissenschaftliche Debatte.

3.4.1 Europäisierung innerhalb der EU

Der durch Europäisierung erzeugte Wandel innerhalb der EU ist das Kernthema der Europäisierungsforschung. Als wichtigstes Ergebnis stehen die schwer zu generalisierenden Effekte, die durch Europäisierung hervorgerufen werden. Eine weitere Schwierigkeit besteht in den unterschiedlichen Konzepten zur Messung von Europäisierung (Börzel, Gamble 2002:25). Herausgearbeitet wurde bereits, dass Europäisierung „kein stetiger Top-down-Prozess“ (Grotz 2007:144) ist, sondern als „two-way street“ (Bomberg, Petersen 2000:7) verstanden werden muss.

3.4.1.1 Europäisierung auf mitgliedsstaatlicher Ebene

Europäisierung auf mitgliedsstaatlicher Ebene beschreibt einen stetigen Wandel, der von divergierendem Handeln nationalstaatlicher Institutionen und Veto-Akteuren geprägt ist. Es kann nicht von einem einseitigen Kompetenzverlust des Staates gegenüber der EU gesprochen werden (Brunnengräber et al. 2008:29), auch wenn die Vorgaben der EU teilweise konkrete Politikverbote für die Nationalstaaten nach sich ziehen. Die Konsequenzen dieser Politikbeendigungen variieren aber je nach Politikfeld (Bauer, Knill 2008:201). Die Stärkung nationaler Exekutiven (als „shaper“ und „taker“ von Europäisierungsprozessen; Börzel 2003:3) gegenüber der Legislativen ist durch Europäisierung zu beobachten (König, Mäder 2008:444).

Länderübergreifend müssen „Europäisierungsmuster“ (Grotz 2007:350) zwischen föderaler oder unitarischer Staatsorganisation unterschieden werden. Welche Staatsform stärker von Europäisierung betroffen ist, bleibt/ist umstritten. Nach Grotz werden Bundesstaaten durch Europäisierung aufgrund der Verschiebung von Kompetenzen zwischen Bund und Region tendenziell stärker betroffen. In Einheitsstaaten wie Großbritannien finde dagegen weniger starke Transformation statt (2007:351). Schmidt vertritt die Gegenposition mit der Begründung, dass föderal staatliche Regierungen bereits Kompetenzen an die Regionen abgegeben

hätten und so weniger Wandel wahrscheinlich ist (zitiert nach Pehle, Sturm 2008:160).

3.4.1.2 Europäisierung auf regionaler Ebene

Wie in Unterpunkt 3.3.6 thematisiert, sind Regionen teilweise direkt von Europäisierungsdruck betroffen. Kooperative föderale Systeme reagieren auf diese Veränderungen durch veränderte interne Kompetenzen (Börzel 2000:248).⁴⁵ Allerdings kann das Engagement der deutschen Bundesländer auf EU-Ebene (regionale Vertretung bei der EU) zu Konflikten führen, da die einzelnen Bundesländer somit „Außenpolitik“ betreiben. Eine Kompetenz, die allerdings nur dem Bund zusteht. Am Beispiel der deutschen Bundesländer konnte gezeigt werden, dass Parteikonstellationen bei Anpassungsdruck durch die EU entscheidend für die jeweiligen Umsetzungsprozesse sein können (Sack 2010:4). Hier, wie auch auf nationaler Ebene zeigt sich, dass EU-Vorgaben keineswegs eine homogene regionale Umsetzung in regionales Recht zur Folge haben (Sack 2010:22).

3.4.2 Europäisierung außerhalb der EU

Die Europäisierungsdefinition von Olsen (2002:924) beinhaltet sowohl die territoriale Ausdehnung der EU-Außengrenzen als auch die Europäisierung von Staaten außerhalb der EU. Fraglich ist, wie sich der Wandel durch Europäisierung in den Mitgliedsstaaten mit denen von Beitrittskandidaten oder weiteren Staaten vergleichen lässt.

3.4.2.1 Erweiterungsprozess der Europäischen Union

Der Prozess der Erweiterung der EU führt für die Beitrittskandidaten zu einem starken Wandel durch Europäisierung. Kennzeichnend ist dabei die Konditionalität der EU, nur dann Staaten aufzunehmen, wenn diese den Acquis communautaire komplett in nationales Recht umsetzen (Bulmer, Radaelli 2004:14). Motivierend wirkt dabei die Annäherung an das Ziel der Beitrittskandidaten durch das Verfahren schrittweise einzelne „Bücher“ des Acquis communautaire „durchzuarbeiten“. Durch jährliche Fortschrittsreports über die Beitrittskandidaten wird die Vergleichbarkeit der Europäisierung der Kandidaten zusätzlich erhöht (Schimmelfennig 2002:510).

⁴⁵ Ausführlich: Sturm (2006) Die Länder in der deutschen und europäischen Mehrebenenpolitik.

Grabbe unterscheidet neben dem starken Mechanismus der Beitrittsperspektive vier weitere Verfahren, die die Europäisierung erleitern. Erstens strukturierte Vorgaben der EU über den vorgesehenen Wandlungsprozess, zweitens monetäre und technische Unterstützung, drittens Begleitung und Feedback zum Wandlungsprozess und –stand des Beitrittskandidaten sowie viertens die spezifische Unterstützung beim Aufbau von EU-konformen Verwaltungsstrukturen (2003:312-4). Konditionalität wird im rationalistischen Diskurs als sehr erfolgreich beschrieben, innerhalb der sozialkonstruktivistischen Forschung wird der institutionelle Wandel aber kritischer beobachtet. Der starke Anpassungsdruck könne zu formal europäisierten Verwaltungsformen führen, die aber inhaltlich noch nach alten Mustern funktionieren (Sedelmeier 2006:21).

3.4.2.2 Europäisierung außerhalb der Europäischen Union

Europäisierung über Staaten hinaus, die Beitrittsverhandlungen mit der EU führen, sind nur von schwacher Konditionalität geprägt und aufgrund der unterschiedlichen Interessen der EU an einzelnen Staaten schwierig einzuschätzen (Sedelmeier 2006:5). Die europäische Nachbarschaftspolitik verfolgt das Ziel einen „Ring aus Freunden“ zu errichten (Große Hüttmann 2008:29). Meist werden diesen Staaten für die Kooperation mit der EU, wie Mitgliedern der Mittelmeerunion, bessere Zugänge zum Binnenmarkt der EU versprochen. Im Fall der Verhandlungen der EU mit den Mitgliedsstaaten der EFTA⁴⁶ wurden über 80% des Acquis communautaire von den vier Staaten übernommen (Escribano 2006 3). Neben diesen Erfolgen, steht die Durchsetzung gemeinsamer Regeln und Werte sowie ein Prozess der Sozialisierung und des Lernens von Governance-Formen zwischen der EU und den Nationalstaaten (Buller, Gamble 2002:14). So ist in der Ukraine die Herausbildung einer pro europäischen Elite nachzuweisen; in der Breite findet sich dieses Phänomen nicht (Wolczuk 2004:14). Zu Übernahmen von formalen Strukturen kommt es dagegen meist nicht (Wong 2007:333).

⁴⁶ EFTA Mitglieder: Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz.

3.5 Modelle „variabler Integration“ und Europäisierung

Bevor im folgenden Kapitel der Vergleich zwischen Europäisierung und der EU-Integrationsforschung folgt, werden nun verschiedene Integrationsvorstellungen zu Prozessen innerhalb der EU mit Europäisierung verknüpft. In Abgrenzung zur Staatsgebietsvorstellung, besitze die EU eine „variable Geometrie“. Ihre territoriale Souveränität überträgt sich aus ihren Mitgliedsstaaten (Schuppert 2006:15). Diese interne Differenzierung verhindert die Vorstellung, dass die EU im Sinne einer homogenen, staatsähnlichen, Struktur aufgebaut sein könnte (Münch 2008:253). Diese variable Geometrie lässt sich durch verschiedene Modelle noch erweitern (Kerneuropa, Europe à la carte, EU der verschiedenen Geschwindigkeiten). Es kommen damit verschiedene Integrationsstände von Mitgliedsstaaten zum Ausdruck. Grenzen innerhalb der EU vollziehen sich z. B. durch die Eurozone, die durch Opting outs einzelner Mitgliedsstaaten, wie Großbritannien (Forgó 1996:2), oder den späteren Beitritt einzelner Staaten zur EU zu erklären sind (Yolles 2009:4). Die Idee der variablen Geometrie unterstellt ein stark integriertes Kerneuropa (etwa Frankreich und Deutschland), das von Staaten umgeben ist, die immer stärker von den am engsten kooperierenden Kernstaaten abweichen, je weiter sie von diesem Zentrum entfernt sind. Dabei geht die Zusammenarbeit zwischen eng kooperierenden Staaten über den gemeinschaftsrechtlichen Rahmen hinaus (Forgó 1996:5) und schafft eine differenzierte Integration in der EU. Europa à la carte und die EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten („Multi-Speed-Europe“) teilen die Vorstellung, dass EU-Staaten sich nur in frei gewählten Politikfeldern integrieren und so ein Feld unterschiedlicher Integrationsstufen und -geschwindigkeiten entstehe.

Für die Europäisierungsforschung erscheinen diese Vorstellungen von unterschiedlichen Integrationsniveaus nicht komplex genug. Die Europäisierungsforschung stößt in vielen Studien auf unterschiedliche nationalstaatliche Implementierungen von EU-Recht und divergenten Wandlungsergebnissen. Eine homogene Entwicklung der EU kann in der Europäisierungsforschung somit nicht unterstellt werden (Featherstone, Radaelli 2003b:335). Hilfreich sind die Vorstellungen einer variablen Geometrie, da sie Opting outs einzelner Mitgliedsstaaten und das Verhalten von Veto-Akteuren auf nationaler Ebene mit einbeziehen können. Damit gehen diese Integrationsvorstellungen auf offensichtliche Unterschiede ein, die in der Europäisierungsforschung Untersuchungsgrundlage sind.

Nach Eder ist der Prozess der Europäisierung dadurch gekennzeichnet, dass unterschiedliche Integrationsverläufe innerhalb der EU wahrscheinlich sind (2004:89).

4 Europäisierung in der wissenschaftlichen EU-Integrationsdebatte

Europäisierung nimmt in der EU-Integrationsdebatte eine Sonderrolle gegenüber den präsentierten Theorien und Ansätzen ein. Europäisierung setzt europäische Integration (als Bottom-up-Prozess) voraus, an die sie durch ihre Top-down-Perspektive zur Erforschung des nationalstaatlichen Wandels angeschlossen wird. Damit kann Integration als die Quelle des Wandels und Europäisierung als ein „Effekt“ daraus verstanden werden (Goetz, Hix 2000:22).

Dieser „Second-Image-Reserved-Ansatz“ führt zu unterschiedlichen Ergebnissen von Integration auf nationalstaatlicher Ebene, so dass nicht von einem gemeinsamen „Output“ durch die Europäisierungsforschung gesprochen werden kann. Europäisierung folgt damit keiner Integrationsteleologie, wie z. B. der Föderalismus (Buller, Gamble 2002:17; Rosamond 2000:105). Es manifestieren sich die veränderte Rolle des Staates sowie unterschiedliche Strategien zur Bewältigung des EU-Anpassungsdrucks in der Europäisierungsforschung. Es ist aber nicht zu bestreiten, dass das Zusammenspiel von europäischer Integration und Europäisierung letztlich zu Angleichungen zwischen Nationalstaaten und der EU führt, auch wenn die Ergebnisse von Europäisierung nicht so konvergent sind, wie es in der Spill-over Vorstellung des Neo-Funktionalismus angenommen wird. Trotz betonten Ergebnisoffenheit der Europäisierungsforschung, die sich kausaler Spill-over-Logiken entzieht, und der detaillierteren Erforschung von „Einflussmechanismen“ zwischen der EU und den Nationalstaaten, ist eine Nähe zum Neo-Funktionalismus nachweisbar (Auel 2008:313-314). Diese zeigt sich in der Bedeutung von Institutionen in beiden Ansätzen sowie das Ineinandergreifen verschiedener „Funktionslogiken“. Zudem untersuchen beide Ansätze vertieft das Verhältnis zwischen nationaler und supranationaler Ebene (Auel 2008:313). Der Europäisierung wird durch die Staatszentriertheit einiger Konzeptvorschläge, wie dem von Radaelli (siehe Unterpunkt 6.3), teilweise Nähe zum Intergouvernementalismus zugesprochen. Europäisierung als Beschreibung staatlichen Wandels setzt aber ein anderes Verständnis voraus, als das des intergouvernementalistischen Staates, der

alleinige Quelle von Integration ist. Hier nutzt die Europäisierung den komplexeren Ansatz.

Im Gegensatz zu den „Großtheorien“, betrachtet Europäisierung auch private Akteure sowie die horizontale Integration zwischen den Mitgliedsstaaten. Dabei greift die Europäisierungsforschung auf weitere Ansätze, wie die MLG-Forschung und den Sozialkonstruktivismus, zurück. Der MLG-Ansatz macht die Europäisierung kompatibel zu globalen Fragestellungen regionaler Integration. Nach Brückner folgt die Europäisierungsforschung dem „Trend“ in der Integrationsdebatte, Theorien und Ansätze wie einen „Werkzeugkoffer“ (2005:17) zu nutzen. Diese Aufteilung lässt sich anhand der Zuschreibung von Theorien zu einzelnen Organen der EU zeigen. Beispiele sind der intergouvernementalistische Rat oder die supranationale Kommission. Dieser „theoretische Pluralismus“ (Wessels 2005, zitiert nach Große Hüttmann, Knodt 2008:234) in der EU-Integrationsdebatte mache es unmöglich von einer dominanten Integrationstheorie zu sprechen. Hennis hält zudem die Erklärungsleistungen der „Großtheorien, aufgrund der veränderten Bedingungen seit deren Entstehung, für begrenzt (2001:829). Dazu lasse sich nach Scholl die Theorie rationalen Handelns in Neo-Funktionalismus und Intergouvernementalismus nicht auf die heutige Verknüpfung von nationalen Akteuren übertragen (2006:62). Börzel sieht eine höhere Komplexität in der Beschreibung nationaler Adaptionsprozesse als durch Theorien der Integration, die nur die Stärkung oder Schwächung eines Staates nachweisen könnten (1999:576-577).

Trotz der neuen „Europäisierungsperspektive“ ist diese nicht als Theorie mittlerer Reichweite oder Theorie zu verstehen. Unter Rückgriff auf die vier Eigenschaften von Theorien (siehe Kapitel 2) ist zu bilanzieren, dass die Europäisierungsforschung keine nennenswerte Selektions- und Ordnungsfunktion auf die im Forschungsfeld vorgelegten Studien ausübt. Neben ungenauen Bezeichnungen sind dafür die verschiedenen Definitionen von Variablen ausschlaggebend. Damit ist die Erklärungsfunktion von Europäisierung gering⁴⁷. Der Praxisbezug von Europäisierung wird in einzelnen qualitativen Studien deutlich. Allerdings sollte der

⁴⁷ „Most Europeanisation studies are not, however, very explicit in the choice of their theoretical assumptions.“ Goetz, Meyer-Sahling (2008:10).

Anspruch an ein Konzept sein, eine Forschungsbreite abzubilden, in der alle 27 Staaten der EU vergleichbar dargestellt werden können. Die wenigen quantitativen Studien stützen die Einschätzung, dass Europäisierung ein nur schwer vergleichbares Forschungsfeld ist. In der EU-Integrationsdebatte wird Europäisierung auch als Leitbegriff verstanden. (siehe Anhang, Abbildung 1, XXI; Wessels 2008:29), Forschungsagenda oder Konzept sind weitere Begriffe, unter dem komplexe Forschungsergebnisse zum staatlichen Wandel verursacht durch EU Impulse beschrieben werden (Deger 2007:146; Jacquot, Woll 2003:2). Durch Metastudien, wie die von Exadaktylos und Radaelli (2009, 2010) wird Europäisierung als Forschungsfeld transparenter. In der Debatte wird der Europäisierungsforschung vorgeworfen, Integration und die EU (als Ausgangspunkt ihrer Forschung) zu ungenau zu definieren (Goetz, Meyer-Sahling, 2008:18). Daher ist der Bezug zur Integrationsdebatte sehr schwach (Vink 2003:68, zitiert nach Sittermann 2006:11).

Erschwerend kommt hinzu, dass der Begriff der europäischen Integration in der Integrationsforschung auch für Top-down-Prozesse benutzt wird (Bsp. Bailey 2002:791). Dies erschwert die Abgrenzung zwischen Europäisierung und europäischer Integration, zeigt aber auch die Veränderungen durch das Aufkommen der Europäisierung. Dieser Sachverhalt wird im Unterpunkt 7.2 vertieft erläutert.

5 Weitere Dimensionen der Europäisierungsforschung

Nachdem die Rolle der Europäisierung in der Integrationsdebatte definiert ist, wird nun die die Europäisierungsforschung nach ihren wissenschaftlichen Disziplinen unterschieden. Es lassen sich rechtliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandlungsprozesse, die entweder Top-down auf die Nationalstaaten wirken und / oder horizontal zwischen den Staaten ablaufen, in der Europäisierungsforschung identifizieren. Damit werden differente Europäisierungstypen vorgestellt, die im Zusammenspiel den Wandel durch Europäisierung charakterisieren (Graziano 2003:177; Delhey 2005:24).

Ziel des Vergleichs ist, die Rolle der politischen Prozesse innerhalb der Europäisierung genauer zu benennen und damit nicht zu unterstellen, dass Europäisierung ein per se politikwissenschaftlicher Prozess innerhalb der European Studies sei. Neben der Einordnung der politischen Prozesse wird es im siebten

Kapitel darum gehen, die Rolle der Politikwissenschaft in der EU-Integrationsdebatte zu konkretisieren. Dies setzt voraus, dass das Verhältnis zwischen Europäisierung und europäischer Integration beschrieben werden muss. Auch wenn das Europäisierungskonzept interdisziplinär angelegt ist, stellt sich die Frage, welche Folgen das neue Konzept der Europäisierung für die politische Integrationsforschung mit sich bringt.⁴⁸

5.1 Rechtliche Europäisierung

Rechtliche Europäisierung wird in diesem Unterpunkt in zwei Teilen vorgestellt: Der Erste bezieht sich auf das Verhältnis von Europäisierung und Recht, der Zweite stellt die wichtigsten Veränderungen durch den Lissabon-Vertrag vor. Damit werden Rahmenbedingungen zur institutionellen EU-Struktur vorgestellt, die weitere Europäisierungsprozesse mit beeinflussen werden.

Innerhalb des EU-Vertrags hat der Ausdruck der „Europäischen Integration“ Eingang gefunden. Die Präambel des EU-Vertrags beschreibt Integration als „den Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas.“⁴⁹ Europäisierung kommt in den EU-Verträgen nicht vor. Trotzdem hat die Rechtswissenschaft den Term für sich adaptiert. Die wichtigste Grundlage für die Stellung des EU-Rechts und seine „europäisierende“ Funktion ist seine Autonomie sowie der „durch Entscheidungen des EuGH selbst zugeschriebene, Vorrang gegenüber den nationalen Rechtsordnungen. Durch die Rechtsgeltung werden EU-Institutionen, wie die

⁴⁸ Angeschlossen wird hier an Fragen der Position von Politikwissenschaft, die Willke im Zusammenhang mit politischen Prozessen als lateralem Weltsystem behandelt. Willke zeigt an der globalen Ausdifferenzierung von Funktionssystemen den Autoritätsverlust der Politik gegenüber weiteren Funktionen wie Recht oder dem wirtschaftlichen Markt. Damit ist die Politik als Funktionssystem neben anderen zu betrachten (Willke 2006:5). Ein Zitat von Willke bringt dies im Bezug auf staatlichen Wandel auf den Punkt:

„Solange weder regionale Gruppierungen wie die EG noch vor allem globale supranationale Instanzen, wie die UNO diese Funktion [des Sicherstellens von Verfahren zur Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen]“verlässlich übernommen haben, sind die Sozietäten politischen Systeme mit der Antinomie von nationaler Geltungen ihrer Entscheidungen und rapide wachsender internationaler Verflechtungen der anderen Funktionssysteme geschlagen“ (Willke 1992:356).

Die nationale Politik steht nicht „steuernd“ über Markt- oder Rechtssystemen. Im Bezug auf die Europäisierungsforschung soll nun verfolgt werden, wie diese Funktionssysteme im Europäisierungsprozess zueinander verhalten. Die Konsequenzen dieser Beobachtung spiegeln auf die Politikwissenschaft und ihre Rolle in der Europäisierungsforschung zurück. Fraglich ist, wie die Politikwissenschaft diese „laterale“ Rolle in der Europäisierungsforschung beobachtet.

⁴⁹ Gesetzesverzeichnis oder online verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0001:01:DE:HTML> .

Kommission und der EuGH zu Durchsetzungsmitteln gegenüber den Mitgliedsstaaten. In ihren Funktionen als Hüterin der Verträge (Kommission) und Rechtsfortbilder (EuGH) werden durch rechtliche Entscheidungen politische Inhalte mitbestimmt. Dieser Rechtsrahmen schafft eine „verhaltensstrukturierende Herrschafts- und normative Deutungseinheit“ (Bach 2008:9). Gestärkt wird die Rolle rechtlicher Institutionen durch den EU-Bürger, als Adressat und möglichem Kläger zur Durchsetzung europäischen Rechts (wie im Fall der erfolgreichen Klage für Frauen in der Bundeswehr). Innerhalb der Rechtswissenschaft hat sich das Konzept der Verrechtlichung von Politik (Konzept der „judicialization of politics“; Conant 2009:156) herausgebildet. Es wird versucht den Bedeutungsgewinn von Gerichten für politische Entscheidungen besser zu verstehen. Die Stärkung der Judikative gegenüber den weiteren Gewalten wird dabei unterstellt. Die Verrechtlichung wird als Krise der repräsentativen Demokratie gesehen (Stone 1988,1992,1995, zitiert nach Conant 2009:163). Neben der politischen Funktion von Gerichten, wie dem EuGH oder dem Bundesverfassungsgericht, befasst sich das Konzept mit der rechtlichen Argumentation im politischen Kontext. Eine Perspektive, die umgekehrt auch politische Europäisierungsforschung im Umgang mit rechtlichen Quellen einnimmt, ohne dabei den rechtswissenschaftlichen und politischen Anteil der eigenen Forschung zu reflektieren (etwa die Studie Börzel et al. 2007).

Das Konzept von „Integration durch Recht“ (ITL) untersucht die Bedeutung des Rechts für die Europäische Integration. Diese Analyse beschreibt allerdings nicht explizit auf die nationalstaatliche Rechtsumsetzung und ist aus Europäisierungsperspektive zu vernachlässigen (Haltern 2006:399). Der Begriff "Implementation Studies" wird in den Rechtswissenschaften genutzt, wird aber in der Diskussion als zu ungenau beschrieben (Falkner 2003:12).

Es bleibt festzuhalten: die Vorrangstellung des Rechts führt zu weitreichender Europäisierung des nationalstaatlichen Rechts. Die Konsequenzen sind die Integration rechtlicher Konzepte sowie weiterer Rechtsideen, die einen weitreichenden Wandel in den Nationalstaaten zur Folge haben (Voßkuhle 2004:5). Allerdings muss zwischen den Rechtsmitteln der EU unterschieden werden: Neben Verordnungen sind nur Entscheidungen des EuGH oder der Kommission direkt bindendes (substituierendes) Recht für die betroffenen Staaten oder Akteure (Töller

2010:429). Hier wird das nationale Recht teilweise erweitert, aber nicht außer Kraft gesetzt. Arnold nennt dies „aktive Harmonisierung“ (2006:98). ITL behandelt auch die horizontale Perspektive von Europäisierung (Beispiel Migrationsrecht, Bast 2007, zitiert nach Franzius 2009:638). Unterschiede ergeben sich aber in der Vorstellung der verschiedenen Ebenen in der EU. Während in der Rechtswissenschaft von einem „Verbund des Rechts“ ausgegangen wird, der dualistische Rechtsvorstellungen getrennter Ebenen zusammenbringt und damit „die Vielfalt des Politischen unter die Idee des Rechts“ vereinigt (Franzius 2009:638; Schuppert 2006:28), geht die politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung von politischen Akteuren und Institutionen aus, die rechtliche Umsetzungen auf nationaler Ebene bestimmen. Die Erfolge der rechtlichen Europäisierung sind nach Arnold in großen Teilen des Wirtschafts- und Telekommunikationsrechts sogar außerhalb der EU (Ukraine und Kroatien) sichtbar (2006:98). Der Menschenrechtsschutz der EMRK wirkt in 47 Staaten, die dem Europarat beigetreten sind. Dieser beeinflusst als Entscheidungsgrundlage des EuGH die Rechtsordnung der EU (Arnold 2006:98). Die rechtliche Teilintegration des Europarats durch den EuGH ist Zeichen einer über die EU hinausgehenden europäischen Rechtsgemeinschaft. Vor der Erläuterung der wichtigsten Änderungen durch den Lissabon Vertrag ist zu bilanzieren, dass rechtliche und politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung schwer zu trennen sind, da die politikwissenschaftliche Richtung stark auf Rechtsvergleiche fixiert ist (Töller 2010, Börzel et al. 2007). Die Herausforderung für die Politikwissenschaft liegt darin, den nationalstaatlichen Wandel an Akteure und Institutionen zu binden und nicht in rechtswissenschaftlichem Bereich „stehen zu bleiben“. Dieser übt über Entscheidungen des EuGH großen Einfluss auf die Politikgestaltung aus.

Der Vertrag von Lissabon verursacht weitreichende Änderungen der politischen Organisation der EU. So besitzt die EU nun Rechtspersönlichkeit und kann mit anderen Staaten und Organisationen Verträge abschließen. Das frühere Säulenmodell der verschiedenen Kompetenzbereiche der EU gibt es nicht mehr. Die frühere dritte Säule heißt nun Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (Folz 2009:70). Für das EP bedeutet dies eine Machterweiterung, da die Kontrolle der früheren dritten Säule nun eine explizite Aufgabe des EP ist (Wuermerling 2009:37). Zudem werden Kommission und EP verkleinert, so dass nicht mehr alle Mitgliedsstaaten einen

Kommissar stellen können, bzw. weniger Abgeordnete in das EP entsenden. Durch den Vertrag von Lissabon stehen der Kommission insgesamt nur noch fünf Rechtsakte zur Verfügung (Hellmann 2009:96). Dies müsste für die Europäisierungsforschung eine Erleichterung bedeuten (auch wenn methodische Probleme noch zu lösen sind).

Neu ist auch die Pflicht der Unionsorgane, begründete Stellungnahmen nationaler Parlamente zur Kenntnis zu nehmen. Innerhalb von acht Wochen müssen die Organe darauf antworten. Diese Rückmeldungen können für die Europäisierungsforschung wichtige Hinweise liefern, wie Europäisierung von den Nationalstaaten verarbeitet wird (Groh 2009:110). Durch Artikel 50 (2) EUV⁵⁰ wird zum ersten Mal die rechtliche Regelung des Austritts aus der EU determiniert. Eine Wiederbeitragsmöglichkeit würde den austretenden Staaten dabei gewährt werden (Merli 2009:266). Die Änderungen durch den Lissabon Vertrag werden, falls die nationalen Parlamente stärker einbezogen werden würden, eine stärkere Integration der Legislativen in das EU-System bringen (auch durch die erweiterten Kompetenzen des EPs). Für die politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung würde das einen transparenteren Prozess bedeuten, in dem nationale Parlamente über Anfragen mit den EU-Organen zusammenarbeiten können.

5.2 Wirtschaftliche Europäisierung

Wirtschaftliche Europäisierung wird durch private Akteure innerhalb des EU-Binnenmarktes vorangetrieben. Die wirtschaftliche Dynamik wird dabei als treibende Kraft der europäischen Einigung verstanden, der starken Einfluss auf das „System fragmentierter Macht“ in der EU ausübt (Münch 2008:241). Nach Vobruba basiert diese Vorstellung auf „dem Glauben, dass die wirtschaftliche Integration in einen großen Markt die Produktivität erhöhe und das nationale Volkseinkommen steigere“ (2007:15). Märkten wird eine Eigenlogik unterstellt, die durch weitreichende Selbststeuerung der frei handelnden Akteure zu Stande kommt (Börzel 2006:79). Diese Akteure suchen nach Möglichkeiten Kosten für Investitionen zu senken und agieren dabei häufig grenzüberschreitend. Durch die wirtschaftliche Europäisierung

⁵⁰ Gesetzesverzeichnis oder online verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0013:0045:DE:PDF> .

werden Transaktionskosten für die (in der EU lebenden) Akteure gesenkt. Die EU stellt dabei einen regionalen Markt in der Weltwirtschaft dar, ist also globalen Akteuren unterworfen, z. B. den Bewertungen von Nationalstaaten durch Rating-Agenturen (Schmidt 2001:15). Gleichzeitig schafft die EU durch negative Integration Grenzen im Binnenmarkt der EU ab und fördert so neues Wachstum. Sie gibt zwar kein Modell für den gemeinsamen Markt vor, verbietet den Mitgliedsstaaten aber Regulierungsmöglichkeiten in europäisierten Bereichen (Auel 2008:302). Eine Schwierigkeit besteht darin, die Regulierungen durch die EU von globalen Wirtschaftsprozessen genau abzutrennen (Bulmer Radaelli 2004:11). Ökonomische Europäisierung setzt damit den Abbau von Handelshemmnissen voraus, der aber nicht zu einem homogenen Binnenmarkt führen müsse, da Diversität aus wirtschaftlicher Perspektive Vielfalt und damit „ökonomischen Nutzen“ bringt (Möller, Frensch 2006:82).

Grundsätzlich bilden vier Marktfreiheiten⁵¹ die Grundlage für wirtschaftliche Europäisierung. Hinzukommen für die beigetretenen Mitgliedsstaaten die gemeinsame Währungspolitik und das Schengenabkommen (Mau 2006:127). Die Nationalstaaten stehen untereinander im Wettbewerb um konkurrenzfähige Märkte für private Investoren. Dies fördert horizontale Europäisierung (Bulmer, Radaelli 2004:7), da nationale Regierungen auf Deregulierungsdruck reagieren müssen, wenn sich ihr nationaler Wirtschaftsmarkt negativ entwickelt. Der EU-Binnenmarkt ist in Euro- und Nicht-Eurozonenmitglieder untergliedert. Die Europäische Zentralbank und das Netz der nationalen Zentralbanken haben dabei das Ziel, Preisstabilität und konjunkturelle Stabilität innerhalb der Eurozone zu schaffen. Die EZB greift durch die Festlegung des Leitzinses steuernd in den Wirtschaftsraum der Euroländer ein. Da die EZB unabhängig von den politischen Vorgaben entscheiden kann, können die Impulse der EZB als rein wirtschaftliche Europäisierung verstanden werden. Nationalstaaten können in der Steuer- oder Lohnpolitik auf diesen Europäisierungsdruck reagieren (Scharpf 2001:32). Scharpf sieht diese Gestaltungsfreiheit der Nationalstaaten als notwendig an. Die Europäisierung der Steuerpolitik hält er daher für unwahrscheinlich (2001:33), auch wenn durch den

⁵¹ Diese Freiheiten des EU-Binnenmarktes umfassen: die freier Warenverkehrsfreiheit, die Dienstleistungsfreiheit, die Arbeitnehmerfreizügigkeit- und die Niederlassungsfreiheit.

aktuellen Staatsbankrott in Griechenland von EU-Kommissar Olli Rehn eine gemeinsame Haushaltspolitik der Nationalstaaten gefordert wird.⁵² Griechenland selbst musste die Überwachung des eigenen Sparkurses durch die EU bis 2012 akzeptieren⁵³, um Finanzmittel von der EU erhalten zu können. Diese wirtschaftliche Konditionalität (wie im Falle von Beitrittskandidaten) ist ein Fall von ökonomischer Europäisierung.

Neben dieser ökonomischen Kontrolle von Mitgliedsstaaten durch die EU ist auch die Komplexität von Gesetzgebung, z. B. im Bereich Finanzmarkt, ein Zeichen für die Bedeutung wirtschaftlicher Europäisierung. Die EU kooperiert hier mit Experten und Bankenvertretern, um die Meinung der zu regulierenden Banken in die Erarbeitung von Durchführungsmaßnahmen mit einbeziehen zu können. Innerhalb des Lamfalussyverfahrens zur Wertpapierregulierung hat die EU zwei Gremien im Kommitologieverfahren⁵⁴ eingerichtet, die bei der Erarbeitung von Gesetzgebungen mitarbeiten (Lamfalussy 2001:46). Der europäische Wertpapierausschuss EWA und der Ausschuss der EU-Wertpapierregulierungsbehörden ESCR stehen damit für neue Kooperationsformen zwischen privaten und öffentlichen Akteuren in der Finanzmarktregulierung. Die EWA bindet nationale Wertpapierausschüsse ein. Die ESCR besteht aus Vertretern nationaler Regulierungsbehörden. Black wertet diese neuen Regulierungsformen als legitimationssteigernd, da die Einbeziehung von zu regulierenden Akteuren und Institutionen, die Chancen auf wirksame Regulierungen erhöht (2008:5). Der Lamfalussy-Prozess zeigt beispielhaft, dass politische Regelungsverfahren über Kommitologieverfahren durch die Einbeziehung privater wirtschaftlicher Akteure und Experten zu „vernetzte[r] Zusammenarbeit“ (Lamfalussy 2001:41, 46) führen können. Diese Regulierungsformen spielen für die

⁵² Online verfügbar unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/246> und online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/bruessel-will-haushalte-kontrollieren/1821410.html>.

⁵³ Online verfügbar unter <http://derstandard.at/1271377480332/Krisenschauplatz-Griechenland-raeumt-auf>.

⁵⁴ Auch das Kommitologie-Verfahren wurde mit dem Vertrag von Lissabon überarbeitet. Die stärkere Rolle des Parlaments wird sich wohl gegenüber dem Rat und der Kommission in der inhaltlichen Ausgestaltung der rechtlichen Vorgaben niederschlagen. Der frühere Artikel 202 EG-Vertrag, der für das Lamfalussy-Verfahren relevant war, ist nun auf die Artikel 290 AEUV („delegierte Gesetzesakte“) und Artikel 291, AEUV („Durchführungsrechtsakte“) aufgeteilt worden. Siehe Gesetzesverzeichnis oder online verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0047:0199:DE:PDF>.

wirtschaftliche Europäisierung in den Mitgliedsstaaten sowie für die beteiligten privaten Akteure eine wichtige Rolle.

Insgesamt stellt wirtschaftliche Europäisierung, durch die weitgehende Bereitschaft der Mitgliedsstaaten Handelshemmnisse abzubauen, eine Erfolgsgeschichte dar. Der Mechanismus des Aufhebens scheint in der Politik schneller Konsens zu finden, als die Einigung auf gemeinsame Ziele (Bieling 2006:106). Dazu zeigt sich im Fall des Lamfalussy-Prozesses, dass die EU auf die Kooperation mit privaten Akteuren angewiesen ist (Lamfalussy 2000:31). Dabei verzichtet sie auf eine hierarchische Position gegenüber den privaten Akteuren. Ziel der EU ist es, Lernprozesse anzustoßen und die Legitimation von Entscheidungen durch gemeinsam erarbeitete Regulierungen oder Leitlinien bei den privaten Akteuren zu steigern.

5.3 Gesellschaftliche Europäisierung

Die soziologische Europäisierungsforschung befasst sich mit der Übernahme von Wertvorstellungen, Regeln, Normen und Praktiken innerhalb der nationalen Gesellschaften der EU (Börzel, Panke 2008:145) sowie darüber hinaus (Koschmal 2006:18). In dieser Übersicht wird zudem die mediensoziologische Europäisierungsforschung mit einbezogen.

Soziale Europäisierung wirkt primär horizontal (Delhey 2005:11) zwischen einzelnen Staaten⁵⁵ sowie Top-down durch Programme der EU zur Förderung des kulturellen Austausches⁵⁶. Eine Schwierigkeit für die Soziologie besteht in der Beschreibung der sich europäisierenden Gesellschaft. Diese passt nicht in Kategorien nationalstaatlicher Gesellschaft. Damit hat die soziologische Forschung ein Bezugsproblem zwischen supranationaler und nationaler Ebene, das in den anderen Europäisierungsfeldern nicht existiert. Das Verständnis von „Gesellschaft als mit dem Nationalstaat verschmolzener Einheit“ wird durch gesellschaftliche

⁵⁵ Etwa durch Schulausflüge, internationale Veranstaltungen oder transnationale Urlaube.

⁵⁶ Hier sind Programme, wie Erasmus und Grundvig zu nennen, die das transnationale Lernen fördern.

Europäisierung verändert (Bach 2008:17). Für die Soziologie ergibt sich das Problem neue Analyseperspektiven jenseits des Nationalstaats entwickeln zu müssen (Bach 2008:155). Weder Staat noch Gesellschaft lassen sich in der EU mit nationalstaatlichen Begriffen umfassend beschreiben. Als alternative Gesellschaftsbegriffe werden Mehrebenengesellschaft oder Netzwerkgesellschaft genutzt, um die „europäisierte“ Gesellschaft beschreiben zu können (Münch 2001:230, Adam, Pfetsch 2009:560). Damit werden nationale Wertmuster (wie Solidaritätsstruktur, Gerechtigkeitsvorstellungen) in eine „sozial differenzierte und kulturell pluralisierte europäischen Mehrebenengesellschaft“ (Münch 2001:208) überführt. Eine weitere Option ist die analytische Perspektive auf Institutionen und institutionelle Ordnungen, die meist mit dem sozialkonstruktivistischen Neo-Institutionalismus erforscht wird und der soziologischen Europäisierungsforschung ein festes Analyseinstrumentarium bietet (Bach 2008:18).

Durch die Analyse politischer Einstellungen sowie sich wandelnder Werte von Akteuren forscht die soziologische Europäisierungsforschung verstärkt im Bereich der Politics-Forschung (siehe Unterpunkt 3.2.2). Hier spielen Verfahrensordnungen eine wichtige Rolle, da diese bei der Reduktion von Komplexität, hin zu einer Situation, in denen Entscheidungen möglich sind, eine wichtige Rolle spielen (Luhmann 1975:42). Hinzu kommt die Rolle des Verfahrens zur Schaffung von Akzeptanz bei Verfahrensbeteiligten (Black 2008:17). Ein Beispiel für die Politics-Forschung liefert Hooghe. Sie untersuchte den „Einfluss von institutionellen Faktoren auf die politischen Orientierungen und auf das professionelle Selbstverständnis der höheren Kommissionsbeamten“ (Hooghe 2001, zitiert nach Bach 2008:115). Zeigen konnte sie, dass EU-Beamte sich nicht durch ihr institutionelles Umfeld in ihren politischen Einstellungen ändern. Die Vorstellung von eigenen Werthaltungen wird durch europäische und rationalistische Vorstellungen nicht maßgeblich verändert, solange die Kommission in ihrer Direktion keine starken Durchsetzungsmöglichkeiten hat. Je stärker „nationale Sozialisation“ bei den Beamten gewirkt habe, je unwahrscheinlicher ist ein Wertewandel hin zu „Werten der Kommission“. So erscheint die Kommission durch die beschriebenen Politics-Prozesse stärker intergouvernemental geprägt als es ihre supranationale Funktion aussagen würde (Bach 2008:115).

Neben der Politics-Forschung sind auch Ergebnisse zu weiteren Bereichen der gesellschaftlichen Europäisierung darzustellen. In den nationalen Gesellschaften erreicht Europäisierung insbesondere nationale Eliten. Die europäische Integration verliert nicht nur zunehmend ihr gesellschaftliches Fundament. Sie hatte im Grunde nie ein solches Fundament, weil die gesellschaftliche Binnenintegration immer von den sie tragenden Mitgliedsstaaten geleistet wurde. Jetzt zeige sich mit größerer Deutlichkeit, dass mit forcierter transnationaler Integration gleichsam „ohne Gesellschaft“ unabsehbare Folgen für die soziale und politische Ordnung der Mitgliedsländer drohen (Bach 2008:12). Die breite Öffentlichkeit werde von der EU nicht aktiv mit einbezogen (Münch 2008:241; Bieling 2006:106). Die Bildung einer europäischen Identität würde nach Trenz (2006:387) auf sehr dünner Grundlage der gemeinsamen Werte aller Mitgliedsstaaten aufbauen und ist mit nationalen Identitäten nicht vergleichbar. Mau beschreibt gesellschaftliche Europäisierung als Paradox, da wirtschaftliche und politische Europäisierung zu dem Ergebnis führen würden, dass gesellschaftliche Desintegration zu beobachten ist (2006:115). Maßgeblich ist dafür der Grenzabbau im Inneren sowie die Grenzbefestigung nach außen, die „gesellschaftliche Spaltungen im sozialen Binnenraum“ erzeugt (Mau 2006:115).

Eine Untergliederung der gesellschaftlichen Europäisierung ist die soziologische Medienforschung, in der horizontale und vertikale Europäisierungsphänomene beobachtet werden. Horizontale Europäisierungsprozesse zeigen sich in der Integration transnationaler „Sprecher in den nationalen Medien“. Vertikale Europäisierung ist von „institutionellen Sprechern“ der EU gekennzeichnet (Trenz 2006b:196). Insgesamt ist die mediale europäische Öffentlichkeit nicht verwirklicht. Nationale "Teilöffentlichkeiten" dominieren die Berichterstattung über die EU (Eriksen 2005:342). Dies ist auch auf sprachliche Grenzen zurückzuführen. Allerdings lässt sich eine Europäisierung von Ereignissen nachweisen, die in nationalen Medien thematisch verbreitet wird (Eriksen 2005:350). Die Berichterstattung über diese Ereignisse selbst, fällt meist unterschiedlich aus und orientiert sich an nationalen gesellschaftlichen Debatten (Adam, Pfetsch 2009:562). Risse nennt dies „domestic adaption with national colors“ (2001:1 zitiert nach Adam, Pfetsch 2009:560).

6 Die Konzeptdebatte innerhalb der Europäisierungsforschung

Nachdem wichtige Bereiche der Europäisierung beschrieben sind, wird die Frage virulent, welches Konzept sich aus der Debatte um Europäisierung ergeben könnte? Europäisierung ist keine Theorie, sondern ein interdisziplinärer Beobachtungsmechanismus auf den Wandel in Nationalstaaten (Bulmer, Lequesne 2002:15). Damit wird eine Abgrenzung zu den „Großtheorien“ europäischer Integration deutlich. Die Analyseebenen verschieben sich von nationalstaatlichen Zuordnungen hin zu regionaler Integration über Europäisierung (Graziano, Vink 2007:7). Europäisierung setzt sich zudem zusammen aus vertikalen und horizontalen Wandlungsprozessen zusammen und ist nur in der Überlagerung beider Prozesse zu verstehen. Trotz dieser konzeptionellen „Eckpunkte“ verhindern einige Probleme die genaue Determinierung des Konzepts.

6.1 Europäisierungsdebatte und Concept Stretching

Die Debatte um das Konzept der Europäisierung wirft zunächst die Frage auf, welche Kriterien ein Konzept erfüllen muss. Nach Buller und Gamble (2002:5) sind dies charakteristische Merkmale, die nicht auf andere Konzepte übertragbar sind. Bei Europäisierung ist dies die Erforschung des innerstaatlichen Wandels. Zweitens werden Ereignisse, Prozesse oder Phänomene mit dem Konzept erfasst. Europäisierung ist ein „contested concept“ (Kassim 2000:235), da sich die (normativen) Ansprüche an das heuristische Konzept sehr unterscheiden (siehe Kapitel 7). Drittens braucht ein Konzept ein Schlagwort mit hohem Wiedererkennungswert. Die Debatte um Europäisierung zielt darauf, dieses „Label“ genauer zu bestimmen (Buller, Gamble 2002:5). „Conceptual stretching“ beschreibt die Erweiterung der Reichweite von Konzepten auf weitere Phänomene, für die das Konzept nicht bestimmt ist (Satori 1984, zitiert nach Lauth 2006:42) sowie die Erweiterung des Konzeptes durch unterschiedliche Definitionen (Howell 2004:4). Da der innerstaatliche Wandel ein weites Forschungsfeld darstellt, ist es schwierig Grenzen des Konzeptes zu definieren. Das Europäisierungskonzept kann durch die wachsende Breite der empirischen Forschungen, die den Begriff Europäisierung nutzen, an Erklärungskraft einbüßen. Ungenaue Begriffsdefinitionen befürchtet Börzel auch im Fall der „new forms of governance“. Diese neuen Begriffe könnten zu „methodische[n] Fallstricke[n]“ der Europäisierungsforschung werden (Börzel

2006:80). Radaelli sieht das „conceptual stretching“ als ein generelles Problem der Europäisierungsliteratur, zu dem Missverständnisse und die willkürliche Festlegung von Skalierungen hinzukommen (Radaelli 2000:2). Forscher müssen daher die eigenen Forschungsdesigns genau beschreiben und benennen, die für sich keine Europäisierung darstellen (Radaelli 2000:5). In der Abgrenzung zwischen nationalem Wandel und dem Einfluss der EU sei es wichtig genauere Unterscheidungen einzuführen, um Merkmale herauszuarbeiten, die ansonsten durch falsche Skalierungen nicht zu messen seien (Satori 1970, zitiert nach Radaelli 2003:32). Radaelli weist auf die Gefahr von akademischer Isolation hin, die der Europäisierungsforschung drohe, wenn Konzepte zu stark von Forschungsfeldern der Internationalen Beziehungen oder der vergleichenden Regierungslehre abweichen würden. Das verbreitete Aufkommen von ad-Hoc-Konzeptionen in der Europäisierung habe den Dialog zwischen Theoretikern europäischer Integration und Politikwissenschaftlern erschwert (Featherstone, Radaelli 2003b:332). Europäisierung sei kein Fachdialog zur EU. Es handele sich um ein interdisziplinäres Konzept, das politikwissenschaftliche Theorien mit einbinden müsse (Featherstone, Radaelli 2003b:332; Radaelli 2003:28). Die Konzeptionalisierung von Europäisierung versteht Radaelli als Prozess, der weiter debattiert werden müsse (2000:4). Buller und Gamble sehen die Europäisierung in der Problematik, dass zu viele „unnötige Konzepte“ (2002:4) in der Debatte zu haben, die außer neuen Bezeichnungen keine inhaltliche Vertiefung bringen würden. Die Verknüpfung von Studien werde damit erschwert (Buller, Gamble 2002:4).

6.2 „Konzeptionelle Schlampigkeit“⁵⁷ und Europäisierung

Der Umgang mit Konzepten der Europäisierungsforschung ist, wie die Nutzung des Begriffs Europäisierung, nicht einheitlich. Gleichzeitig machen Featherstone und Radaelli deutlich, dass europäische Politik die nationalstaatlichen politischen Debatten in Europa so stark beeinflusst, wie nie zuvor (2003:331). Die Klärung der Ursache für Integration hält Featherstone für ein unlösbares Problem, da beide nationalstaatlichen und supranationalen Prozesse eng miteinander verbunden seien (Featherstone 2003:19). Die Breite der Europäisierungsforschung sowie die

⁵⁷ Auel 2006:310

unterschiedlichen Theorieansätze lassen sich so nur schwer in einem Konzept darstellen (Auel 2006:294).

Radaelli kritisiert dies als „konzeptionelle Schlampigkeit“ (Auel 2006:310) im Umgang mit dem Begriff „Europäisierung“, die in Unterpunkt 3.1 bereits am Beispiel des Begriffs Europäisierung thematisiert wurde. Bulmer und Gamble sehen die Schlampigkeit darin, dass wissenschaftliche Arbeiten Anerkennung für Konzeptvorschläge bekommen, die aus älteren Konzepten europäischer Integration übernommen wurden. Die blinde Übernahme und das „Wildern“ in Integrationskonzepten müsse durch genauere Prüfung von Konzeptvorschlägen vermieden werden (2002:17). Schwierige Theorieprobleme, wie die Beschreibung nationalstaatlichen Wandels würden nicht durch die Nutzung neuer Schlagworte oder die Umstellung von Bottom-up zur Top-down-Perspektive gelöst (2002:25). Trotz der Nähe der Europäisierungsforschung zum Neo-Funktionalismus müssen Unterschiede, wie die Ergebnisoffenheit in den beobachteten staatlichen Wandlungsprozessen, herausgestellt werden.

Es werde offensichtlich, dass nur geringer Konsens darüber besteht, was die Konzeptionalisierung von Europäisierung beinhalten soll (Auel 2006:295). Dyson bringt die Situation auf den Punkt: „Europeanization remains a relatively new theoretical interest and has produced more questions than answers“ (2002:3). Die kritisierte „konzeptionelle Schlampigkeit“ schränkt die Wirkung der Europäisierungsforschung aber nicht ein. Die Breite theoretischer Ansätze zeigt die Dynamik des Theoriebildungsprozesses in der Europäisierungsforschung (Auel 2008:317). Nach Auel reicht die Abgrenzung von Europäisierung gegen Theorien der europäischen Integration (durch die Verknüpfung von Top-down-Ansatz und horizontaler Integration) als Unterscheidungsmerkmal allein nicht aus, um ein eigenständiges Konzept zu entwickeln (2006:296). Für Featherstone und Radaelli ist die Europäisierungsforschung durch ihren Fokus auf staatlichen und gesellschaftlichen Wandel sowie dem Wandel der EU-Institutionen ein eigenständiges Forschungsfeld (2003:331). Der Bezug auf den Wandel in den Politikbereichen Policy, Polity und Politics betreffe maßgebliche Fragen der Politikwissenschaft (2003:333).

Die Europäisierungsforschung wird wegen ihrer konzeptionellen Vielfalt auch als interessantes Forschungsfeld oder „Research Agenda“ betrachtet (Auel 2008:316, Graziano, Vink 2007:18). Radaelli nennt sie ein „Set an politischen Prozessen, die einer Erklärung bedürfen“ (Auel 2006:298). Die Basis dieser Erklärungen könne durch eine pluralistische Nutzung verschiedener politikwissenschaftlicher Theorieansätze zu Stande kommen. Entscheidend für Featherstone und Radaelli ist, dass die Europäisierungsforschung interdisziplinäre Forschung ermöglichen soll und gleichzeitig in der Lage sein muss „theoretisches Feedback“ auf Forschungsergebnisse zu geben (2003:332). Dieses theoretische Feedback wird nur durch Diskurse zu integrationstheoretischen Überlegungen zu konkretisieren sein (Wessels 2006:442). Bisher kann die Europäisierungsforschung noch keinen geschlossenen Theorierahmen aufweisen, auch wenn Arbeiten von Radaelli dieses Ziel (durch Metastudien und Forschungskonzepte) eindeutig verfolgen.

6.3 Ergebnisse der Konzeptdebatte in der Europäisierungsforschung

Die Schwierigkeiten in der Konzeptfindung von Europäisierung liegen in den Wandlungsprozessen zwischen EU und den Nationalstaaten sowie den Nationalstaaten untereinander. Diese lassen sich methodisch nur schwer trennen. Dazu erschwert die Doppelbedeutung von europäischer Integration, erstens als Beschreibung des Gesamtprozesses der Vereinigung der Völker Europas sowie zweitens als Beschreibung der Bottom-up-Integration von nationalstaatlichen Kompetenzen auf supranationale Ebene die klare Unterscheidung von Europäisierung. Die Frage, wann Europäisierung an Europäische Integration anknüpft, ist damit stark von dem Konzeptverständnis der europäischen Integration abhängig.

Da kein Europäisierungskonzept eindeutig anerkannt ist, werden im Folgenden die drei wichtigsten Konzepte vorgestellt. Als sicher gilt, dass Europäisierung ein analytisches Konzept ist, das interdisziplinäre Forschung ermöglichen soll.

Das erste vorgestellte Konzept stammt von Olsen und wurde bereits in 2.1 erwähnt. Olsens Verständnis von Europäisierung überschneidet sich von dem der europäischen Integration. Europäisierung umfasst neben dem innerstaatlichen Wandel die Erweiterung der Außengrenzen, die Übertragung europäischer Werte auf

Nicht-EU-Staaten sowie das politische Integrationsprojekt Europa (2002:924, 944). Olsen wählt den sozialkonstruktivistischen Neo-Institutionalismus als methodisches Werkzeug, mit dem er institutionellen Wandel unter zwei Prämissen erforscht: den Wandel politischer Organisationen und veränderter Werte und Einstellungen in der Bevölkerung der EU (2002:926). Empirisch überprüfbare Theorieansätze sind für Olsen die größte Herausforderung in der Europäisierungsforschung. Langfristig sieht er die Aufgabe, das Wechselspiel verschiedener Europäisierungsprozesse besser zu verstehen und so den Prozess der Angleichung von Institutionen besser zu verstehen (Olsen 2002:923). Olsen weist darauf hin, dass Europäisierung im Sinne von Integration nicht zwingend in den beschriebenen Dimensionen auftreten muss (2002:924). Diese Einsicht macht deutlich, dass Olsen den Begriff der europäischen Integration nicht blind auf Europäisierung anwendet. Durch die Aufgliederung in Wirkungsbereiche außerhalb der EU öffnet Olsen auch das Forschungsfeld aus seinem engen EU-Rahmen. Der Neo-Institutionalismus bezieht neben Institutionen auch Akteure in ihren Wertevorstellungen und Rollenkonflikten mit ein (Trondal 2003:4). Trotz dieser Vorteile ist das Konzept wegen der breiten Überschneidungen zur EU-Integration und der starken Fokussierung auf institutionellen Wandel nicht als allgemeines Europäisierungskonzept nutzbar.

Die beiden folgenden Konzepte gehen von einem zirkulären Beeinflussungsprozess zwischen nationaler und supranationaler Ebene aus und grenzen sich vom Begriff der europäischen Integration ab. Unterschiede zeigen sich im Ausgangspunkt der Analyse (siehe Unterpunkt 3.3.3).

Das zweite Europäisierungskonzept untersucht staatliche Wandlungsprozesse mit der Top-down-Perspektive als Ausgangspunkt (z. B. Töller). Damit wird Europäisierung als Konsequenz der europäischen Integration angesehen (Pehle, Sturm 2008:157). Die unabhängigen Variablen bilden die Vorgaben der EU-Institutionen, die national umgesetzt werden müssen (Radaelli 2004:5). Wie in Unterpunkt 3.3.3 bereits angedeutet, hat diese Vorstellung weite Verbreitung gefunden. Neben der Beschreibung von (rechtlichen) Top-down-Prozessen wird auch horizontale Europäisierung zwischen den Mitgliedsstaaten mit einbezogen. Methodisch werden in dieser Perspektive sehr unterschiedliche Forschungsdesigns verwendet. Der Einfluss intervenierender Variablen, wie Globalisierung auf Europäisierungsprozesse

kann methodisch in diesem Konzept nicht getrennt werden (Olsen 2002:937 und siehe Unterpunkt 3.3.6).

Das Konzept von Radaelli legt den Fokus auf die Rolle des Nationalstaats in der Bewältigung von Wandlungsprozessen. Für Radaelli ist offen, ob die EU die „entscheidende unabhängige Variable“ ist (Radaelli 2000:5,9). Der Bottom-up-Ansatz ist daher geeignet, um Europäisierung unabhängig vom Einfluss europäischer Integration⁵⁸ und Globalisierung erforschen zu können. Obwohl Radaellis Konzept, die Entstehung von politischen Entscheidungen auf EU-Ebene als ersten Schritt versteht, beginnt sein Konzept erst in der Umsetzung des jeweiligen Nationalstaats (Radaelli 2004:5). Damit bleibt der EU-Einfluss weitgehend unberücksichtigt, da nach Radaelli dies durch die Europäische Integrationsforschung bereits ausreichend erforscht wird (Auel 2006:296). Radaelli übernimmt die Vorstellung von Gualini (2003), Europäisierung als das zu erklärende Problem zu verstehen (2004:5). Damit kann durch Europäisierung als Variable nach Radaelli nichts erklärt werden. Das Ziel Radaellis ist es, den Prozess der Europäisierung genauer zu beschreiben und ein „Black-Box Design“ zu vermeiden. Dass Europäisierung in vertikalen und horizontalen Effekten auftrete, sei ist unstrittig, die Frage sei vielmehr, wie einzelne Akteure und Institutionen diesen Wandel durchlaufen. Radaelli bezieht sein Konzept auf die Policy-Analyse und damit auf Akteure und politische Programme. Allerdings wird in seinem Konzept nicht deutlich, wie die Doppelrolle von Akteuren wie Regierungen als Entscheider und Umsetzer auf beiden Ebenen in das Modell integriert werden können (Auel 2008:311). Hier bleibt die Trennung von Ursache und Wirkung von Europäisierungsprozessen unklar. Der Vorteil, die Rückwirkungen von Europäisierung besser beschreiben zu können, geht durch die vernachlässigte Rollenkomplexität nationaler Akteure wieder verloren. Der Fokus dieses Konzepts geht so weit, dass der Einfluss der Nationalstaaten auf europäische Politik nicht vorgesehen ist (Auel 2008:311). Die Beschreibung des Konzepts als Bottom-up ist daher nicht treffend. Radaelli sieht den Vorteil, den konzeptionellen Problemen des „Up-“, und „Downloading-Ansatzes“ auszuweichen (Radaelli 2004:9; siehe Unterpunkt 3.3.5). Kritisiert wird das Konzept Radaellis für eine „implizite

⁵⁸ „If Europeanization has to have a precise meaning, it has to be different and more selective than the notions of EU policy formation and European integration“ (Radaelli 2003:29).

Normativität“, die nach Jachtenfuchs und Kohler-Koch darin liege, dass Radaellis empirische Studien zur steuerpolitischen Europäisierung für ihn eine „wünschenswerte Entwicklung“ darstellen würden. Für Mitgliedsstaaten ließe sich kaum die normative Frage vermeiden „ob es [eine Vorgabe der EU] sich dabei um eine Veränderung zum Guten oder zum Schlechten handelt“ (2003:13, zitiert nach Auel 2008:310). Diese Kritik erscheint unbegründet, da empirische Studien zur nationalen Umsetzung von Steuerpolitik verschiedene „normative Bewertungen“ der Mitgliedsstaaten hervorbringen werden. Entscheidend ist nicht die vom Autor gesehene „wünschenswerte Entwicklung“, sondern die Ergebnisoffenheit in der Erforschung des Wandelungsprozesses in den Mitgliedsstaaten. Ob nationalstaatliche Akteure Vorgaben der EU als gut oder schlecht bewerten, wäre an ihrer Disposition zu messen, die Vorgaben der EU national umzusetzen. Da im Allgemeinen von innerstaatlichen Vetospielern auszugehen ist, ergibt sich ein komplexeres Bild des Staates als es die Kritik an Radaelli unterstellt.

Neben der konzeptuellen Anstrengungen Radaellis, sind seine Metastudien und die Beschreibung von Europäisierung als Problemstellung (und nicht als Lösung; 2004:4) wichtige weitere Aspekt seiner Forschung. Mit diesen Annahmen schafft Radaelli bessere Bedingungen zum Vergleich von Europäisierungsstudien. Dies weckt die Hoffnung, dass die konzeptionelle Debatte durch die analytische Beobachtungen von Forschungsdesigns in der Europäisierungsforschung weitere Konkretisierungen erfahren wird.

7 Europäisierung als Konzept politikwissenschaftlicher EU-Integrationsforschung?

Nach der Darstellung der verschiedenen Europäisierungsprozesse und der Debatte um die Konzeptbildung in der Europäisierungsforschung werden diese nun ins Verhältnis zur politischen Integrationsforschung gesetzt.

7.1 Politikwissenschaftliche EU-Integrationsforschung

Die politische EU-Integrationsforschung stellt einen Teil der interdisziplinären European Studies sowie der Integration Studies dar und umfasst keine allgemein akzeptierte theoretische Perspektive. Nach Spreizer (2004:23) sind die Bedeutung von Institutionen (Schlagwort: „Institutions matter“ nach Hooghe, Marks 2001:2)

und Multi-Level-Governance als methodische Grundlagen der Integrationsforschung anerkannt. Beide Grundlagen weisen damit auf eine veränderte Rolle des Staates in der europäischen Integration hin. Die politische Integrationsforschung gibt inhaltlich nicht vor, welche Perspektive auf EU-Integrationsprozesse (regional, national, europäisch, global) eingenommen werden sollte. Damit ergibt sich ein kaum einzugrenzendes Forschungsfeld. Aktuelle Forschungsschwerpunkte in der EU-Integrationsforschung sind z. B. die vergleichende Politikforschung innerhalb der EU sowie transnationaler Formen von Governance. Hinzukommen die Erforschung europäischer Institutionen und politische Identität sowie europäischer Wirtschaftspolitik und eine Untersuchung zur Rolle Europas in der Welt.⁵⁹ Die Liste lässt sich (beliebig) weiterführen. Deutlich wird, dass Integration nicht auf die EU oder politikwissenschaftliche Aspekte beschränkt wird und Inhalte der Europäisierungsforschung beinhaltet (bspw. Europas Rolle in der Welt).

Um das Verhältnis mit dem Europäisierungskonzept zu klären, ist auf die Konzeptdebatte in der Europäisierung zu verweisen, die noch nicht zu einer eindeutigen Gestalt des Forschungsfeldes geführt hat. Dominierend ist aber das Verständnis des zweiten und dritten vorgestellten Konzeptes (siehe Unterpunkt 6.3), die Abgrenzungen zu europäischer Integration beinhalten. Trotzdem lassen sich im Bezug auf die politikwissenschaftliche EU-Integrationsforschung Folgen durch das Auftreten des Konzeptes der Europäisierung erkennen. Die Europäisierungsforschung nimmt für sich in Anspruch den Wandel des Staates zu beschreiben (Buller, Gamble 2002:11). Damit grenzt sie sich von der Integrationsforschung ab. Innerhalb der Europäisierungsforschung wird Integration als Bottom-up-Prozess verstanden, in der durch politische Akteure Souveränität auf die supranationale Ebene verschoben wird und damit die Grundlage für Europäisierung als gegenläufigen Prozess entsteht. Schwierigkeiten entstehen durch die Doppelbedeutung von EU-Integration als Gesamtphänomen und als Prozess in Abgrenzung zur Europäisierungsforschung. Im Bezug auf die oben genannten Forschungsinhalte zu europäischer Integration wird deutlich, dass sich

⁵⁹Grundlage dieses Überblicks sind die Forschungsagenden von Börzel (Arbeitsstelle Europäische Integration) Online verfügbar unter <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/europa/forschung/index.html> und das Zentrum für europäische Integrationsforschung in Bonn, online verfügbar unter http://www.zei.de/zei_deutsch/propro_neu/index.html.

Europäisierungsforschung (noch) damit abfinden muss, dass ihre Forschungsgebiete als Integrationsprozesse beschrieben werden.

Konzeptionell wäre die Europäisierungsforschung durch ihre Offenheit über die Ergebnisse des nationalstaatlichen Wandels eventuell besser (zur Erforschung der Rolle der EU in der Welt) geeignet, als ein Forschungsdesign zu gelten, das allgemein Integration unterstellt. Integrationstheoretische Diskussionen dieser Art beschreibt Wessels als Vielfalt, die „mit einem beträchtlichen Grad an Unübersichtlichkeit und Fragmentierung gekennzeichnet“ sind (2006:427). So ist die Wirkung des Europäisierungskonzepts auf die politische Integrationsforschung nur schwer abzuschätzen, da dort nur die oben genannten Einschränkungen in der Forschungsauswahl zu erkennen sind. Gleichzeitig bringt die Europäisierung aber die Zuweisung, was politische Integration in der EU konkret zu bedeuten habe. Im Weiteren wird daher von europäischer Integration als Bottom-up-Ansatz (im Sinne der Europäisierungsforschung) ausgegangen.

7.2 Politische Prozesse der Integration und Europäisierung

Der zweite Schritt ist die Europäisierungsforschung in ihrem Bezug auf politische Prozesse hin zu konkretisieren. Das Wechselspiel von Integration und Europäisierung bildet umfassend politische Prozesse innerhalb der EU ab. Die Ursache für diesen Kreislauf wird nach Axt als „missing link“ (Goetz 2000:222) beschrieben, der von vielen politikwissenschaftlichen Europäisierungsforschern in institutionalistischen Strukturen gesucht wird (Axt et al. 2007:11).

Es konnte im fünften Kapitel gezeigt werden, dass durch politische und rechtliche Europäisierungsimpulse durch die EU in den Nationalstaaten vertikale und horizontale Wandlungsprozesse angestoßen wurden. Recht und Politik sind damit nach Mayntz die entscheidenden Funktionen zur Beschreibung des „institutionellen Rahmen[s]“ der EU (2003:15). Hinzukommen auf zwischenstaatlicher Ebene Formen wirtschaftlicher Europäisierung (horizontale Europäisierung). Hier ist die Unterscheidung zwischen wirtschaftlicher Europäisierung und Globalisierung besonders zu beachten (Börzel, Risse 2006:495). Soziale Europäisierung geschieht vertikal und horizontal, allerdings ergeben sich Schwierigkeiten in der Beschreibung

der EU-Gesellschaften, da viele soziologische Kategorien an nationalstaatliche Vorstellungen gebunden sind.

Politische Europäisierungsprozesse (in ihrer Fokussierung auf institutionelle Prozesse) sind damit in keinem Fall ausreichend, um staatlichen Wandel in der EU beschreiben zu können. Politische Steuerung ist neben dem Agieren privater Akteure am Markt und der teilweise autonomen Rechtssetzung der EU-Institutionen nur eine Quelle von Europäisierung. Damit ist festzuhalten, dass Integration als Souveränitätsübertragung auf die europäische Ebene (über Referenden und internationale Verträge) ein primär politischer Prozess ist, die daraus entstehenden Rückwirkungen in Form von Europäisierungsprozessen sind aber keineswegs auf Politik beschränkt.

Staatliche Initiativen, die sich auf supranationaler Ebene „gegen“ Europäisierungsdruck aufzulehnen sind als Phänomene europäischer Integration zu werten, da über das Gesetzgebungsverfahren der EU kein direkter Einfluss der Nationalstaaten möglich ist (siehe Unterpunkt 2.3.5). Ein Sonderfall besteht in Opting outs einzelner Mitgliedsstaaten, da sich diese Staaten dem Europäisierungsdruck im betreffenden Politikfeld dauerhaft entziehen. Europäisierung kann damit als gegenläufiger Prozess zur Integration verstanden werden, der damit starken „Konkretisierungsdruck“ auf das Konzept politikwissenschaftlicher EU-Integrationsforschung entwickelt.

7.3 Politikwissenschaft und Europäisierung

Im letzten Unterpunkt dieses Kapitels ist auf die generelle Rolle der Politikwissenschaft bezüglich der Identifikation politischer Prozesse in der Europäisierungsforschung einzugehen. Die Kontrastierung von Integration und Europäisierung fordert politikwissenschaftliche „Europaforscher [dazu auf], ihr eigenes Denken stärker zu reflektieren“ (Bieling, Lerch 2006:18). Politikwissenschaftliche Europäisierungsstudien, die inhaltlich Rechtsvergleiche beinhalten (z. B. Börzel et al. 2007) und in der Analyse nicht an politische Akteure gebunden werden, lassen die Frage offen, ob es sich in diesem Fall noch um politische Studien handelt. Aus rechtlicher Perspektive ist die Konstruktion der europäischen Gemeinschaften durch Sozialwissenschaftler lange als „technisch-

dienende Rolle“ begriffen worden (Weiler 1982:39, zitiert nach Haltern 2006:399). Dies wird andererseits nicht der autonomen Rechtsfortbildung der EU gerecht.

Die Rolle der politikwissenschaftlichen Europäisierungsforschung ist somit nicht deutlich abgrenzbar, wie etwa in der politischen Integrationsforschung (durch die Übertragung von Souveränität). Umso wichtiger wird es damit, politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung besser zu bestimmen. Nach Kittel scheitert dies an dem „fehlenden Erwerb von analytischen Kompetenzen [durch die Politikwissenschaft] im Sinne der Fähigkeit der Nutzung eines Werkzeugkastens von Verfahren der Konzeptualisierung, Modellierung und empirischen Überprüfung“ (2009:597). Bezogen auf die Europäisierungsforschung ist diese Kritik zu bestätigen. Weder qualitative noch quantitative Forschungsansätze orientieren sich an einem festen Forschungsdesign. Durch die Überlagerung regionaler, nationaler, europäischer und globaler Phänomene stoße Politikwissenschaft „an wissenschaftliche Grenzen, die schwer zu überspringen sind“ (Mayntz 2000:2).

Versteht man Politikwissenschaft als „Reflektionswissenschaft“ (Lange 2003:205) des politischen Systems, müssen folglich auch Antworten darauf gefunden werden, welche Auswirkungen die Interdisziplinarität der Europäisierungsforschung für die Erkennbarkeit der wissenschaftlichen Disziplin selbst haben könnte. Dies gilt für die Europäisierungsforschung, wie auch für die Governance-Forschung, deren Konzept nach Gläser und Wessels „unspezifisch und mehrdeutig“ ist (2010:30). Erkennbar ist, dass Europäisierungsprozesse stetig an Bedeutung gewinnen, da sie auf den, durch Integration übertragenen Kompetenzen der EU aufbauen. Das weitere Anwachsen von EU-Kompetenzen wird damit den Profilierungsdruck auf die politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung erhöhen.

Der Wandel von Staaten als Beobachtungsobjekt verschiedener Wissenschaftsdisziplinen macht deutlich, dass diese Teil eines Mehrebenensystems sind. Wandelungsdruck entfachen neben der EU regionale und globale Akteure und Institutionen. Wirtschafts- und Rechtssysteme haben sich von nationalstaatlichen Grenzen entkoppelt und beschleunigen so den nationalstaatlichen Wandel. Sie verändern auch die Position, der an nationalstaatliche Legitimität gebunden nationalen Politiken (Willke 2006:5). Deren politische Funktion ist nicht zu globalisieren. Innerhalb der EU ist diese Legitimität im Mehrebenensystem zwischen

supranationalen und nationalen Institutionen aufgeteilt. Neue Steuerungsformen fordern die Politikwissenschaft heraus, die Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen mit neuen Akteuren und Verfahren zu beschreiben.

In der Debatte um politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung werden analytische und normative Anstrengungen gefordert, um das Profil der Politikwissenschaft im interdisziplinären Kontext zu stärken. Nach Lehmkuhl (2007:337, 350) und Mair (2007:161) müssten der Methodenbezug zur Politikwissenschaft, die Europäisierung von Parteien sowie die Forschung zu Europawahlen intensiviert werden. Nationale Akteure sollten nach Jacquot und Woll wegen der starken Fokussierung der Europäisierungsforschung auf institutionellen Wandel besser untersucht werden (2003:3). Hinzu kommt die methodische Reflektion, die in der Europäisierungsdebatte bisher nicht zentral ist (Graziano, Vink 2007:17). Normativ sollte die Debatte um das Demokratiedefizit der EU intensiviert und die Diskussion um die „Erosion der demokratischen Grundlage“ durch Europäisierungsprozesse werden (Scharpf 1999; König 2007, zitiert nach König, Mäder 2008:444). Hinzukommen Debatten um die implizite Normativität von Europäisierung, die sich (wie in Olsens Konzept) innerhalb und außerhalb der EU durchsetzen. An den Ansprüchen zeigt sich, dass Europäisierung besonders in analytischer Hinsicht weiterentwickelt werden muss. Normative Debatten spielen im analytischen Konzept (wie in Radaellis Konzept) der Europäisierung keine Rolle.

Insgesamt zeigt sich ein pragmatischer Umgang der Politikwissenschaft mit der Europäisierung. Die Interdisziplinarität wird von Forschern genutzt, auch andere (Rechts-) Gebiete zu erforschen. Trotzdem scheint die Kritik an der politikwissenschaftlichen Europäisierungsforschung gerechtfertigt den staatlichen Wandel stärker auf der Akteursebene und in den neuen Governance-Formen zu erforschen. Die Europäisierungsforschung nutzt die MLG- und Governance-Konzepte bereits für ihre Forschung (siehe die Unterpunkte 2.5 und 3.2.1). Durch den Bedeutungsgewinn der Europäisierungsforschung scheint die Ausdifferenzierung des Fachs und die stärkere Beschreibung des politischen Forschungsfelds eine kommende Aufgabe. Daher sollte die Politikwissenschaft daran arbeiten in der Europäisierungsforschung erkennbar zu bleiben.

Dieses Kapitel kann wie folgt zusammenfasst werden. Das pragmatisch-analytische Europäisierungskonzept baut auf verschiedenen politikwissenschaftlichen Ansätzen auf. Seine „Berechtigung“ in der politikwissenschaftlichen EU-Integrationsforschung gründet auf der Abgrenzung vom Konzept der EU-Integration (als Bottom-up-Prozess) sowie der Ergebnisoffenheit in der Erforschung des „Outputs“ staatlichen Wandels. Mögliche heterogene Ergebnisse nationalstaatlicher Umsetzungen von EU-Vorgaben rechtfertigen das neue Konzept der Europäisierung. Sie stellen eine Perspektiverweiterung dar und grenzen sich durch die klare Beobachtungsperspektive von ungenauen Beschreibungen des EU-Integrationskonzepts ab.

8 EU-Integration konkretisiert durch Europäisierung - Fazit

Diese Masterarbeit kommt zu dem Ergebnis, dass die Rolle der Europäisierung in der EU-Integrationsdebatte zu klaren Konkretisierungen des EU-Integrationskonzepts führt. Bisher wurde versäumt, den Begriff der Integration in der (politikwissenschaftlichen) Europäisierungsforschung konsequent zu definieren. Europäisierung löst EU-Integration nicht als Begriff ab, weist Integration mit der Bedeutung allein als Bottom-up-Prozess aber eine genauere Funktion zu. Problematisch ist die neu entstehende zweifache Bedeutung von Integration. Erstens als Beschreibung der gesamten EU-Debatte sowie zweitens als wissenschaftlichem Integrationsprozess, im Sinne von Legitimationsübertragungen durch Nationalstaaten auf supranationale Institutionen.

Die weitere Konkretisierung des stark debattierten Europäisierungskonzepts, das an EU-Integration anschließt, ist von der genaueren Beschreibung von Integration abhängig. Die Debatte um Europäisierung führt zu zwei Hauptströmungen. Die Erste übernimmt Inhalte der europäischen Integration in die Europäisierungsforschung (siehe Olsen, Unterpunkte 3.1 und 6.3). Die Zweite identifiziert europäische Integration als Gegenbegriff zu Europäisierung (siehe Radaelli und Top-down Ansätze, Unterpunkt 6.3). Strittig ist innerhalb der zweiten Strömung der Anknüpfungspunkt an die EU-Integration. Meist werden Europäisierungsprozesse nach ihrer Top-down-Wirkung von EU-Impulsen charakterisiert. Hinzukommen horizontale Europäisierungsprozesse, die weiter unten beschrieben werden.

Insgesamt stellt sich die EU-Integrationsdebatte als vielfältiges Feld von Theorien und Ansätzen dar. Im Verlauf der Theorieentwicklung wird deutlich, dass die Beschreibungen, der sich dynamisch verändernden EU, zu immer spezielleren Ansätzen und Leitbegriffen geführt haben. Die Entwicklung zur heuristischen Nutzung von Konzepten, wie der Europäisierung oder des MLG-Ansatzes, ist deutlich erkennbar. „Großtheorien“ werden der Komplexität des Untersuchungsgegenstands EU nicht (mehr) gerecht. Europäisierung ist als eigenständiges Forschungsfeld in der Debatte etabliert. Die fehlende Präzision des EU-Integrationskonzepts macht Europäisierung umso relevanter. Die Bündelung von Perspektiven auf den sich wandelnden Nationalstaat macht den Eigenwert des Europäisierungskonzeptes aus, den kein anderer Ansatz in der Debatte so scharf

definiert. Bisher fehlt es an eindeutigen Definitionen zu Konzept und Begriff der Europäisierung. Dies ist auch Resultat der Forschungsbreite zu Europäisierungsprozessen, der Vielzahl einfließender Faktoren (u. a. öffentliche und private Institutionen und Akteure) sowie der unterschiedlichen beteiligten Wissenschaftsdisziplinen.

Aus der Debatte um Europäisierung lassen sich klare Ansprüche an das analytische Konzept der Europäisierung ableiten. „Gute“ Europäisierungsforschung ist interdisziplinär durch den analytischen Blick auf die Vielfalt nationalstaatlicher Wandlungsergebnisse zu charakterisieren. Sie erforscht aus der Top-down-Perspektive, wie Impulse der EU in den Nationalstaaten umgesetzt werden. Europäisierung knüpft dabei an EU-Integrationsprozesse an und versucht bisherige Forschungsergebnisse mit einzubeziehen. Dabei macht sie die eigene Arbeit durch die klare Erläuterung des Forschungsdesigns (Hypothesen, feste Faktoren, abhängige und unabhängige Variablen) anschlussfähig für weitere Untersuchungen und Metastudien. Beschreibt die wissenschaftliche(n) Dimension(en) der untersuchten Europäisierungsprozesse und versucht die eigene Rolle in der Europäisierungsdebatte zu identifizieren.

Bisher untersucht die Europäisierungsforschung schwerpunktmäßig Policy- und Polity-Prozesse. Behandelt wird hier die Transformation von (politischen) Akteuren, Governance-Formen sowie Institutionenwandel. Das Policy-Forschungsfeld ist dabei etwa durch die Unterteilung in verschieden stark supranationalisierte EU-Politikbereiche sowie die 27 Mitgliedsstaaten zu unterteilen. Die primär qualitativen Policystudien können dabei nur einzelne Themen und Nationen untersuchen. Gleichzeitig kann Europäisierung durch den Rückgriff auf Methoden der MLG-Forschung auch Globalisierungs- und Regionalisierungsprozesse einbeziehen. Allerdings sind die methodischen Ansätze zur Isolierung von Globalisierung und weiteren intervenierenden Variablen sind bisher nicht ausreichend.

Diese Arbeit differenziert die rechtliche, wirtschaftliche, politische und soziale Dimension von Europäisierungsforschung. Rechtliche und politische Europäisierung beschreiben primär Formen des nationalstaatlichen Wandels, der (Top-down) von der EU ausgeht. Horizontale (zwischenstaatliche) Europäisierung ist von

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Europäisierungsformen dominiert. Das Forschungsfeld ist durch untersuchte EU-Impulse auf Akteure, Organisationen und Staaten außerhalb der EU und nicht auf Europa beschränkt. Das Beispiel wirtschaftlicher Europäisierung zeigt, dass Beschränkungen auf die EU als Impulsgeber kaum die Komplexität heutiger globaler Wirtschaftsbeziehungen abbilden können. Die Einbeziehung privater wirtschaftlicher Akteure und ihrer Formen von Kooperationen und Selbstregulierungen (z. B. im Fall des Lamfalussy-Prozesses) zeigen, dass die Europäisierung und Globalisierungsprozesse nur schwer voneinander zu unterscheiden sind.

Die politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung reflektiert bisher die eigene Rolle im interdisziplinären Europäisierungskonzept kaum. PolitikwissenschaftlerInnen arbeiten etwa auch an rechtlichen Studien und zeigen ein hohes Maß an Pragmatismus im Umgang mit dem jungen Konzept. Bezogen auf das politikwissenschaftliche Verhältnis zu Integration und Europäisierung ist ein Profilverlust der Politikwissenschaft erkennbar. Der politische Prozess der Legitimationsübertragung auf die supranationale Ebene wird mehr und mehr durch rechtliche und politische Europäisierungsprozesse überlagert. Durch den weiteren Kompetenzaufbau der EU ist davon auszugehen, dass der Europäisierungsforschung in den kommenden Jahren größere Bedeutung zukommen wird. Die Erarbeitung eines eigenständigen Profils der Politikwissenschaft in der Europäisierungsforschung fehlt bisher. Politikwissenschaftliche Analysen mit rechtlichem Forschungsinhalt sollten sich daher, z.B. durch die Einbeziehung politischer Akteure und Parteien in das Forschungsdesign, klarer von reinen Rechtsanalysen abheben. Anderenfalls ist der politische Bezug dieser Studien kaum erkennbar. Die Herausforderung für die politikwissenschaftliche Europäisierungsforschung liegt in der Identifikation kollektiv bindender Strukturen und Prozessen, die aufgrund unterschiedlicher nationaler Implementierungsverfahren und oft divergenten Forschungsergebnissen zwischen den Nationalstaaten schwerer zu identifizieren sind als in der EU-Integrationsforschung. Dabei liegt der Fokus nun nicht mehr auf „einer“ EU, sondern auf 27 Mitgliedsstaaten sowie weiteren Akteuren.

Der Gewinn dieser Arbeit basiert auf der Spezifizierung des Europäisierungs- sowie des EU-Integrationskonzepts. Die komplexe Debatte um Europäisierung macht deutlich, dass der Definitionsdruck nicht nur auf Europäisierung und Governance-

Formen liegt, sondern auch auf dem sehr allgemeinen Integrationsbegriff. Die Arbeit konnte zeigen, dass Integration als Doppelbedeutung keine ausreichende Funktion für europawissenschaftliche Studien erfüllt. Gleichzeitig ist aber auch kein Alternativbegriff verfügbar.

Zweitens konnten die unterschiedlichen Disziplinen innerhalb der Europäisierungsforschung vorgestellt werden. Auch wenn aus pragmatischer Sicht diese Unterscheidung innerhalb der Europäisierungsforschung nicht erforderlich erscheint, wird doch durch die Differenzierung deutlich, dass die Suche nach einem Europäisierungskonzept auch verschiedene Forschungslogiken berücksichtigen muss. Auch daher folgt Europäisierung, im Bezug auf das Zitat vor der Einleitung, keiner „einzelnen“ Logik. Die Konkretisierungen der Aufgaben und Methoden politikwissenschaftlicher Europäisierungsforschung bieten in jedem Fall eine Orientierung im interdisziplinären „Konzert“ der Beschreibung staatlichen Wandels durch EU-Impulse. Die Perspektive der Europäisierung stellt damit die zentrale Herausforderung dar. Damit konnte auch gezeigt werden, dass Europäisierung als Problembeschreibung nationalstaatlichen Wandels schon starke Impulse für die wissenschaftliche Debatte setzt. Ein Ergebnis ist daher auch, dass Europäisierung trotz konzeptioneller Defizite starken Einfluss auf die EU-Integrationsdebatte ausübt.

Diese Ergebnisse führen zu spannenden Fragen für die weitere EU-Integrationsdebatte. Wie viel Integration ist für die Aufrechterhaltung von Europäisierungsprozessen noch nötig? Wäre eine Unterscheidung von (Bottom-up) EU-Integration aus rein nationalstaatlichem Antrieb oder als Feedback auf EU-Impulse sinnvoll? Ist von der Dominanz vertikaler Europäisierung auszugehen oder dominiert horizontale Europäisierung den nationalstaatlichen Wandel?

Zur Einordnung der vorgelegten Ergebnisse sind kritische Anmerkungen notwendig. Die Erste betrifft die Ausdifferenzierung der Europäisierungsforschung in vier Forschungsstränge. Dieser Versuch ist in der Europäisierungsforschung kaum zu finden. Die allgemeine Betonung der Interdisziplinarität ist daher hier nochmals zu bekräftigen. Es ist fraglich, ob sich die Politikwissenschaft in diesem interdisziplinären Feld selbst klar als politische Wissenschaft erkennbar machen und damit auch selbst beschreiben müsste. Die genannten Argumente dafür unterstellen

einen Bedeutungsgewinn der Europäisierungsforschung. „Conceptual stretching“ und weitere genannte Gefahren könnten auch dazu führen, dass Europäisierung an Bedeutung verliert und damit auch für die Politikwissenschaft unattraktiv wird.

Zweitens müsste, die von der Europäisierungsforschung vorgeschlagene Definition von EU-Integration nochmals differenziert werden. Innerhalb der beschriebenen Diskussion wurde die Bottom-up-Perspektive von Integration, insbesondere als Grundlage von Europäisierung mehrmals bekräftigt. Hinzukommen muss aber die Unterscheidung eines „ontologischen“ und „post-ontologischen“ Verständnisses von Europäisierung (siehe Radaelli 2003:33). Ontologische Integrationsprozesse würden Integration aus nationalstaatlichem Antrieb beschreiben, post-ontologische Integrationsprozesse sind dagegen „Rückmeldungen“ der Nationalstaaten auf Europäisierungsprozesse. In dieser Arbeit wurden daher die Rückmeldung von Nationalstaaten verallgemeinert als Integration beschrieben. Ein genauerer Blick wäre hier nötig, hätte den Rahmen dieser Arbeit aber gesprengt.

Drittens bezieht diese Arbeit nur einen Teil, der noch breiteren Europäisierungsdebatte ein. Dazu zählt der Verzicht auf den normativen Europäisierungsdiskurs. Die Schwierigkeiten der Erstellung eines profunden Überblicks über die Debatte ergeben sich aus fehlenden Metastudien zu Europäisierung sowie der dynamisch anhaltenden Konzeptdebatte um Europäisierung. Breiter ist außerdem die aktuelle quantitative Methodendebatte zum Einfluss von EU-Gesetzen auf die nationale Rechtsprechung.

Viertens lassen die aktuellen Veröffentlichungen zur Europäisierungsforschung darauf schließen, dass diese Masterarbeit nur einen kurzen Zwischenstand beschreibt. Die beiden Metastudien von Exadaktylos und Radaelli von 2009 und 2010 lassen erahnen, dass die weitere Konzeptdebatte auf noch zu veröffentlichenden profunderen Vergleichsergebnissen aufbauen kann. Die Arbeit stellt damit in der Konzeptdebatte um Europäisierung nur einen (kurzen) Zwischenstand dar.

Der Ausblick auf die weitere Entwicklung zeigt ein dynamisches, breites Forschungsfeld. Die vorgestellten Formen differenzierter Integration werden durch die weitere Forschung der Europäisierung an Bedeutung verlieren. Es ist schwer

abzuschätzen, ob der Einfluss der Europäisierungsforschung zur präziseren Nutzung des Integrationsbegriffs in der EU-Integrationsforschung führt. Die Debatte um das Europäisierungskonzept lässt es als unwahrscheinlich erscheinen, dass der Begriff der Integration in Zukunft in einem engeren Verständnis genutzt werden könnte.

Durch die Anschlussfähigkeit der Europäisierungsforschung an weitere Konzepte werden auch in Zukunft etwa im Bereich der Entwicklung von Governance-Formen neue Vorschläge wahrscheinlich. Die Abgrenzung der Europäisierung von Globalisierung und Regionalisierung erscheint, gemessen an der Breite der Debatte, auch als Bereich, in dem weitere Ergebnisse folgen könnten. Dies gilt insbesondere für Ansätze zur Beschreibung der Rolle privater Akteure in Europäisierungs- und Globalisierungsprozessen. Für die Europäisierung bleibt damit der Auftrag, die eigene Methodologie stärker auszuarbeiten.

Der letzte Aspekt zur zukünftigen Entwicklung der Europäisierungsforschung liegt in der bestehenden Ergebnisoffenheit der Europäisierungsforschung. Damit wird sich Europäisierung weiterhin der „Homogenisierungserwartung“ der EU-Integrationsdebatte entziehen. Die zu untersuchenden staatlichen Wandlungsergebnisse werden zeigen, dass EU-Impulse nicht zwangsläufig zu gleichen Ergebnissen führen müssen. Dieser Unterschied wird auch in Zukunft die Sonderstellung der Europäisierung in der EU-Integrationsdebatte sicher stellen.

Damit lässt sich auf das Eingangszitat entgegnen:

Diversity is inbuilt in Europeanization.

Featherstone, Radaelli 2003b:335

Literaturverzeichnis

- Adam, Silke; Pfetsch, Barbara; Europa als Konflikt in nationalen Medien – Zur Politisierung der Positionen in der Integrationsdebatte In: Marcinkowski, Frank; Pfetsch, Barbara (2009): Politik in der Mediendemokratie. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage Wiesbaden.
- Andersen, Svein S (2004): The Mosaic of Europeanization. An Organizational Perspective on National Re-contextualization. In: ARENA Working Papers, H. 11, S. 1–32. Online verfügbar unter http://www.arena.uio.no/publications/wp04_11.pdf , zuletzt geprüft am 23.02.2010.
- Arnold, Rainer: 'Europäisierung' als aktuelles Rechtsphänomen in Europa In: Schubert, Helga (2006): "Europäisierung" - Begriff, Idee und Verwendung im interdisziplinären Diskurs. München: Forst Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa (Forst-Arbeitspapier, 38), S. 95-101.
- Auel, Kathrin; Europäisierung nationaler Politik. In: Bieling, Hans-Jürgen (2006): Theorien der europäischen Integration. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 293-318.
- Axt, Heinz-Jürgen; Wahlen zum Europäischen Parlament: Trotz Europäisierungstendenzen noch immer nationale Sekundärwahlen. In: Derichs, Claudia; Heberer, Thomas (2006): Wahlsysteme und Wahltypen. Politische Systeme und regionale Kontexte im Vergleich. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/hebis-darmstadt/toc/179086758.pdf> , zuletzt geprüft am 26.01.2010.
- Axt, Heinz-Jürgen; Milososki, Antonio; Schwarz, Oliver (2007): Europäisierung -- ein weites Feld. Literaturbericht und Forschungsfragen. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. Volume 48, H. Nummer 1, S. 136–149. Online verfügbar unter <http://www.springerlink.com/content/6p32939t8381572g/?p=0c4899d3df8e4014ad00ab3ba2adb6c6&pi=0> , zuletzt geprüft am 13.01.2010.
- Axt, Heinz-Jürgen; Milososki, Antonio; Schwarz, Oliver (2007b): Konfliktbeilegung durch Europäisierung, Theoretisches Konzept – Erste Ergebnisse. Universität Duisburg-Essen. Online verfügbar unter http://www.europeanization.de/downloads/Forschungskolloquium_PPT.pdf , zuletzt geprüft am 21.01.2010.
- Bach, Maurizio (2008): Europa ohne Gesellschaft: Politische Soziologie der europäischen Integration. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage Wiesbaden.
- Bache, Ian: Europeanization (2003): A Governance Approach. Herausgegeben von University of Sheffield. Sheffield. Online verfügbar unter <http://aei.pitt.edu/1722/01/Bache.pdf> , zuletzt geprüft am 11.02.2010.
- Bailey, Ian (2002): National adaptation to European integration: institutional vetoes and goodness-of-fit. In: Journal of European Public Policy, Jg. 9, H. 5. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1080/13501760210162366> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Bala, Christian (2009) Besprechungen: Faist, Thomas, und Andreas Ette (Hrsg.). The Europeanization of National Policies and Politics of Immigration. Between Autonomy and the European Union. Politische Vierteljahresschrift H.2: S. 342-344. Online verfügbar unter http://www.uni-bielefeld.de/tdrc/ag_comcad/downloads/review_bala.pdf , zuletzt geprüft am 17.04.2010.

- Bauer, Michael W.; Knill, Christoph; Politikabbau im europäischen Mehrebenensystem: Nationale Beendigungseffekte europäischer Politik In: Tömmel, Ingeborg (2008): Die Europäische Union: Governance und Policy-Making. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage Wiesbaden.
- Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas; Plessner, Helmuth; Plessner, Monika (2009): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. 22. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag (Fischer, 6623).
- Berger, Peter A.; Weiß, Anja (2008): Transnationalisierung sozialer Ungleichheit. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91160-1> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Bieling, Hans-Jürgen: Intergouvernementalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen (2006): Theorien der europäischen Integration. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden. S 9-37.
- Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika: Theorien der europäischen Integration: ein Systematisierungsversuch. In: Bieling, Hans-Jürgen (2006): Theorien der europäischen Integration. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 9-37.
- Boehnke, Klaus; Kindervater, Angela; Petrat, Anke; Rippl, Susanne (2009): Zur Bedeutung „transnationalen Sozialkapitals“: Sind Grenzgebiete Laboratorien sozialer Integration in Europa? In: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 19, S. 79–103.
- Bogdandy, Armin von (2009): Europäisches Verfassungsrecht: Theoretische und dogmatische Grundzüge. 2. Auflage Berlin: Springer.
- Bomberg, Elizabeth; Peterson, John (2000): Policy Transfer and Europeanization: Passing the Heineken Test? In: Queen's Papers on Europeanization, H. 2, S. 1–43.
- Black, Julia (2008): Constructing and Contesting Legitimacy and Accountability in Polycentric Regulatory Regimes. LSE Law, Society and Economy Working Papers H.2 S 1-38. Online verfügbar unter http://w.lse.ac.uk/collections/law/wps/WPS2008-02_Black.pdf , zuletzt geprüft am 02.02.2010.
- Börzel, Tanja A (1997): Zur (Ir-)Relevanz der Postmoderne für die Integrationsforschung. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen Jg. 4, H.1, S. 125-137.
- Börzel, Tanja A (1999): Towards Convergence in Europe? Institutional Adaptation to Europeanization in Germany and Spain. In: Journal of Common Market Studies, Jg. 37, H. 4, S. 573–596.
- Börzel, Tanja A (2000): Europäisierung und innerstaatlicher Wandel. Zentralisierung und Entparlamentarisierung? In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 41, H. 2, S. 225–250. Online verfügbar unter <http://www.springerlink.com/content/r583515xm0375783/?p=327b922c18ce455cbd9807ea7ff8fe48&pi=16> , zuletzt geprüft am 13.03.2010.
- Börzel, Tanja A.; Risse, Thomas (2000): When Europe Hits Home: Europeanization and Domestic Change. In: European Integration online Papers (EIoP), Jg. 4, H. 15.
- Börzel, Tanja A (2002): Pace-Setting, Foot-Dragging, and Fence-Sitting: Member State Responses to Europeanization. In: Journal of Common Market Studies, Jg. 40, H. 2, S. 193–214.

- Börzel, Tanja A.; Risse, Thomas (2003): Conceptualizing the Domestic Impact of Europe. In: Featherstone, Keith; Radaelli, Claudio (eds.), *The Politics of Europeanization*. Oxford: Oxford University Press. Online verfügbar unter <http://www.oxfordscholarship.com/oso/private/content/politicalscience/9780199252091/p005.html> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Börzel, Tanja A (2003): Shaping and Taking EU Policies: Member State Responses to Europeanization. In: *Queen's Papers on Europeanisation*, H. 2. Online verfügbar unter <http://www.qub.ac.uk/schools/SchoolofPoliticsInternationalStudiesandPhilosophy/FileStore/EuropeanisationFiles/Fileupload,38412,en.pdf> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Börzel, Tanja A (2005): Mind the gap! European integration between level and scope. In: *Journal of European Public Policy*, Jg. 12, H. 2, S. 217 - 236.
- Börzel, Tanja A. *Coping with Accession – New Modes and EU Enlargement*. In: Schuppert, Gunnar Folke (2006): *The Europeanisation of governance: [workshop [...] in May 2004 in Warsaw]*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verlag-Ges (Schriften zur Governance-Forschung, 4), S. 77-90.
- Börzel, Tanja A.; Risse, Thomas; *Europeanization: The Domestic Impact of European Union Politics*. In: Jörgensen, Knud Eric; Pollack, Mark A.; Rosamond, Ben (2006): *Handbook of European Union Politics*. 1. Aufl. London: Sage Publications. S. 482-504.
- Börzel, Tanja A.; Dudziak, Meike; Hofmann, Tobias; Panke, Diana; Sprungk, Carina (2007): *Recalcitrance, Inefficiency, and Support for European Integration: Why Member States Do (Not) Comply with European Law*. In: *Center for European Studies Working Paper Series*, Jg. 151, S. 1–33. Online verfügbar unter http://www.ces.fas.harvard.edu/publications/docs/pdfs/Borzel_CES_151.pdf , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Börzel, Tanja A. *European Governance - Verhandlungen und Wettbewerb im Schatten der Hierarchie* In: Tömmel, Ingeborg (2008): *Die Europäische Union: Governance und Policy-Making*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Börzel, Tanja A.; Panke, Diana; *Policy-Forschung und Europäisierung*. In: Janning, Frank; Toens, Katrin (2008): *Die Zukunft der Policy-Forschung: Theorien, Methoden, Anwendungen ; [Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)]*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 138-156.
- Botzem, Sebastian; Hofmann, Jeanette; Quack, Sigrid; Schuppert, Gunnar Folke; Straßheim, Holger. *Die Dynamik des Governance-Ansatzes: Vier Dimensionen von Wandel*. In: Botzem, Sebastian (2009): *Governance als Prozess. Koordinationsformen im Wandel*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verlag-Ges (Schriften zur Governance-Forschung, 16).
- Brückner, Ulrich (2005): *Europäische Integrationstheorien und ihre Erklärungsleistungen*. In: Hochschulverbund *Distance Learning*, H. 1, S. 1–66. Online verfügbar unter <http://www.aww-brandenburg.de/leseproben/2-010-0105-1.pdf> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Brunn, Gerhard (2004): *Die Europäische Einigung von 1945 bis heute*. Stuttgart: Reclam (Reclams Universal-Bibliothek, 17038).
- Brunnengräber, Achim; Randeria, Shalini; *Multi-Level-Governance in der transnationalen Politik – neue Perspektiven auf Nord-Süd-Verhältnisse?* S. 19- 39. In: Brunnengräber, Achim; Burchardt, Hans-Jürgen; Görg, Christoph (2008): *Mit mehr Ebenen zu mehr Gestaltung? Multi-Level-Governance in der transnationalen Sozial- und Umweltpolitik*. Baden-Baden: Nomos (Schriften zur Governance-Forschung, 14).

- Buller, Jim; Gamble, Andrew (2002): Conceptualising Europeanisation. In: *Public Policy and Administration*, Jg. 17, H. 4. Online verfügbar unter <http://aei.pitt.edu/1724/01/bullerandgamble.pdf> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Bulmer, Simon; Lequesne, Christian (2002): New Perspectives on EU-Member State Relationships. In: *Questions de Recherche - Centre d'études et de recherches internationales (Sciences Po)*, H. 4. Online verfügbar unter <http://www.ciaonet.org/wps/cer012/cer012.pdf> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Bulmer, Simon J.; Radaelli, Claudio M (2004): The Europeanisation of National Policy? In: *Queen's Papers on Europeanisation*, H. 1, S. 1–22.
- Bulmer, Simon (2007): Theorizing Europeanization. In: Graziano, Paolo; Vink, Maarten P (2007) *Europeanization – New Research Agendas*. 3. Auflage, Palgrave Mac Millan, New York, S. 46-58. Online verfügbar unter http://ceses.cuni.cz/CESES-93-version1-4_2_1.pdf , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Bursens, Peter: State Structures. In: Graziano, Paolo; Vink, Maarten P (2007) *Europeanization – New Research Agendas*. 3. Auflage, Palgrave Mac Millan, New York.
- Conant, Lisa: Law and Justice. In: Rumford, Chris (2009): *The Sage Handbook of European Studies*. London, Thousand Oaks, New Dehli, Singapore. S. 154-171.
- Deger, Petra: Europäisierung – Dimensionen der Genese europäischer Räume. In: Deger, Petra; Hettlage, Robert (2007): *Der europäische Raum: Die Konstruktion europäischer Grenzen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90246-3> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Delhey, Jan (2005): Das Abenteuer der Europäisierung: Überlegungen zu einem soziologischen Begriff europäischer Integration und zur Stellung der Soziologie zu den Integration Studies. In: *Soziologie*, Jg. 34, H. 1, S. 7–27.
- Eder, Klaus (2004): The Two Faces of Europeanization. In: *Time & Society*, Jg. 13, H. 1, S. 89–107. Online verfügbar unter <http://tas.sagepub.com/cgi/reprint/13/1/89> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Eder, Klaus (2007): Europa als besonderer Kommunikationsraum. In: *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 17, H. 1, S. 33–50.
- Eigmüller, Monika; Vobruba, Georg (2006): *Grenzsoziologie: Die politische Strukturierung des Raumes*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Eising, Rainer: Interest Groups and Social Movements. In: Graziano, Paolo; Vink, Maarten P (2007) *Europeanization – New Research Agendas*. 3. Auflage, Palgrave Mac Millan, New York.
- Eriksen, Erik Oddvar (2005): An Emerging European Public Sphere. In: *European Journal of Social Theory*, Jg. 8, H. 3, S. 341–363. Online verfügbar unter <http://est.sagepub.com/cgi/reprint/8/3/341> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Escribano, Gonzalo (2006): Europeanisation without Europe? The Mediterranean and the Neighbourhood Policy. In: *EUI Working Papers*. Online verfügbar unter <http://www.iue.it/RSCAS/Publications/> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Exadaktylos, Theofanis; Radaelli, Claudio M (2009): Research Design in European Studies: The Case of Europeanization. In: *Journal of Common Market Studies*, Jg. 47, H. 3, S. 507–530.

- Exadaktylos, Theofanis; Radaelli, Claudio M (2010): Do we need distance to get close? Looking for causality in Europeanisation Studies. Paper veröffentlicht im Rahmen der 60th Political Studies Association Annual Conference, Edinburgh. Online verfügbar unter http://www.psa.ac.uk/2010/UploadedPaperPDFs/245_522.pdf , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Faber, Anne (2005): Europäische Integration und politikwissenschaftliche Theoriebildung. Neofunktionalismus und Intergovernmentalismus in der Analyse. Univ., Diss.--Osnabrück, 2003. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Forschungen zur europäischen Integration, 14).
- Falkner, Gerda (2003): Comparing Europeanisation Effects: From Metaphor to Operationalisation. In: European Integration online Papers (EIoP), Jg. 7, H. 13, S. 1–18. Online verfügbar unter <http://eiop.or.at/eiop/texte/2003-013a.htm> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Featherstone, Kevin (2003) Introduction: in the name of "Europe". In: Featherstone, Kevin; Radaelli, Claudio M., (2003): The politics of Europeanisation. Oxford University Press, Oxford, UK, S. 3-26.
- Featherstone, Kevin; Radaelli, Claudio M., (2003) A Conversant Research Agenda". In: Featherstone, Kevin; Radaelli, Claudio M., (2003): The politics of Europeanisation. Oxford University Press, Oxford, UK, S. 331-342.
- Fischer, Thomas; Große Hüttmann, Martin; Föderalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen (2006): Theorien der europäischen Integration. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S.41-63.
- Folz, Hans-Peter: Kompetenzverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten. In: Fastenrath, Ulrich; Nowak, Carsten (2009): Der Lissabonner Reformvertrag. Änderungsimpulse in einzelnen Rechts- und Politikbereichen. Berlin: Duncker & Humblot (Tübinger Schriften zum internationalen und europäischen Recht, 94), S. 65-77.
- Foley, Beth (2006): Verfassungspatriotismus and Habermas's political thought. In: European Social and Political Research, Jg. 13, S. 50–79. Online verfügbar unter http://www.ucl.ac.uk/esps/documents/journal/espr13/ESPR13_Foley_VerfassungspatriotismusHabermas.pdf , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Forgó, Katrin (1996): Differenzierte Integration. IEF Working Papers. Nr. 23 Forschungsinstitut für Europafragen. Wirtschaftsuniversität Wien. S.1-39 Online verfügbar unter http://pub.wu-wien.ac.at/dyn/virlib/wp/eng/mediate/epub-wu-01_279.pdf?ID=epub-wu-01_279 , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Franzius, Claudio; Horizontalisierung als Governance-Struktur. Der europäische Regulierungsverbund in den Netzwirtschaften. In: Botzem, Sebastian (2009): Governance als Prozess. Koordinationsformen im Wandel. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verlag-Ges (Schriften zur Governance-Forschung, 16).
- Frenz, Walter (2010): Wirkungen und Rechtsschutz. Heidelberg: Springer (Handbuch Europarecht, / Walter Frenz ; Bd. 5). Online verfügbar: <http://www.springerlink.com/content/r43408/?p=268ca50e21604960a80bf7a59aa39ecb&pi=0> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Gschwend, Thomas; Schimmelfennig, Frank (2007): Forschungsdesign in der Politikwissenschaft. Probleme - Strategien - Anwendungen. Frankfurt/Main: Campus-Verl. (Mannheimer Jahrbuch für europäische Sozialforschung, 11).

- Goetz, Klaus H; Hix, Simon (2000): Europeanised politics? European integration and national political systems. Routledge, London. Online verfügbar unter <http://books.google.de/books?hl=de&lr=&id=RFFDOhKHb9gC&oi=fnd&pg=PP11&dq=Europeanised+politics%3F+European+integration+and+national+political+systems&ots=ySv5dIbWmj&sig=A7G0tAKNL7LBMNKkhhkPZxFAEDbl#v=onepage&q&f=false> , zuletzt geprüft am 08.05.2010.
- Goetz, Klaus H.; Meyer-Sahling, Jan-Hinrik (2008): The Europeanisation of national political systems: Parliaments and executives. In: Living Reviews in European Governance, Jg. 3, H. 2. Online verfügbar unter <http://europeangovernance.livingreviews.org/Articles/lreg-2008-2/> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Göler, Daniel (2009): Europäisierung hat viele Gesichter. Anmerkungen zur Widerlegung des Mythos einer 80-Prozent-Europäisierung. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 50, H. 1, S. 75–79. Online verfügbar unter <http://www.springerlink.com/content/51858p6023562674/> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Gourevitch, Peter (1978): The second image reversed: the international sources of domestic politics. International Organization, Cambridge University Press. Jg.32, H.4, S. 881-911. Online verfügbar unter <http://journals.cambridge.org/action/displayAbstract?fromPage=online&aid=4305584#> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Graziano, Paolo (2003): Europeanization or Globalization? In: Global Social Policy, Jg. 3 H. 3 S. 173–194. Online verfügbar unter <http://gsp.sagepub.com/cgi/reprint/3/2/173> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Graziano, Paolo; Vink, Maarten P (2007) Europeanization – New Research Agendas. 3. Auflage, Palgrave Mac Millan, New York.
- Groh, Thomas ; Die Rolle der nationalen Parlamente. In: Fastenrath, Ulrich; Nowak, Carsten (2009): Der Lissabonner Reformvertrag. Änderungsimpulse in einzelnen Rechts- und Politikbereichen. Berlin: Duncker & Humblot (Tübinger Schriften zum internationalen und europäischen Recht, 94), S. 77-113.
- Große Hüttmann, Martin; Knodt, Michèle; Der Multi-Level-Governance-Ansatz. In: Bieling, Hans-Jürgen (2006): Theorien der europäischen Integration. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S 223-247.
- Große Hüttmann, Martin: Vom Elefanten, den blinden Männern und der EU-Osterweiterung: Neue Herausforderungen für die Integrationstheorien. Bos, Ellen; Dieringer, Jürgen (2008): Die Genese einer Union der 27: Die Europäische Union nach der Osterweiterung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 17-35.
- Grote, Jürgen (2003): Delimiting Europeanization. Paper for presentation at the Marburg Conference Sessions, European Consortium for Political Research. Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaften, Universität Konstanz. Online verfügbar unter <http://www.essex.ac.uk/ecpr/events/generalconference/marburg/papers/15/1/Grote.pdf> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Grotz, Florian (2007): Europäisierung und nationale Staatsorganisation: Institutionenpolitik in föderalen und unitarischen EU-Staaten: Freie Univ., Habil.-Schrift-Berlin, 2006. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Staatsreform in Deutschland und Europa, 2).

- Haas, Ernst B (1970): The Study of Regional Integration: Reflections on the Joy and Anguish of Pretheorizing. In: International Organization, Jg. 24, H. 4. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/2706149.pdf> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Halter, Ulrich; Integration durch Recht. In: Bieling, Hans-Jürgen (2006): Theorien der europäischen Integration. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 399-423.
- Hartlapp, Miriam; Falkner, Gerda (2008): Problems of Operationalisation and Data in EU Compliance Research. In: WZB discussion paper, H. Order number: SP I 2008-104. Online verfügbar unter <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2008/i08-104.pdf> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Haverland, Markus (2005): Does the EU cause domestic developments? The problem of case selection in Europeanization research. Herausgegeben von European Integration online Papers, Nr. 2. Online verfügbar unter <http://eiop.or.at/eiop/pdf/2005-002.pdf> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Hellmann, Vanessa (2009): Der Vertrag von Lissabon: Vom Verfassungsvertrag zur Änderung der bestehenden Verträge - Einführung mit Synopse und Übersichten. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Hennis, Marjoleine (2001): Europeanization and Globalization: The Missing Link. In: Journal of Common Market Studies, Jg. 39, H. 5, S. 829–850.
- Hix, Simon (1996): CP, IR and the EU! A rejoinder to Hurrell and Menon. West European Politics Jg.19 H. 4 S. 802-804. Online verfügbar unter <http://www.informaworld.com/smpp/content~content=a787812927&db=all> , zuletzt geprüft am 23.02.2010.
- Hooghe, Liesbet; Marks, Gary (2001): Types of Multi-Level Governance. In: European Integration online Papers (EIoP), Jg. 5, H. 11, S. 1–32. Online verfügbar unter <http://eiop.or.at/eiop/texte/2001-011a.htm> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Howell, Kerry E (2004): Developing Conceptualizations of Europeanization: Synthesizing Methodological Approaches. Herausgegeben von Queen's Papers on Europeanization. Online verfügbar unter <http://www.qub.ac.uk/schools/SchoolofPoliticsInternationalStudiesandPhilosophy/FileStore/EuropeanisationFiles/Fileupload,38403,en.pdf> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Huget, Holger (2007): Demokratisierung der EU: Normative Demokratietheorie und Governance-Praxis im europäischen Mehrebenensystem. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag f. Sozialwiss.
- Jachtenfuchs, Markus: Die Europäische Union – Ein Gebilde sui generis?, in Wolf, Klaus Dieter (1997): Projekt Europa im Übergang? Baden Baden: Nomos, S. 15-36.
- Jacquot, Sophie; Woll, Cornelia (2003): Usage of European Integration - Europeanisation from a Sociological Perspective. In: European Integration online Papers (EIoP), Jg. 7, H. 12.
- Jordana, Jacint; Levi-Faur, David; Puig, Imma (2005): The Limits of Europeanization: Regulatory Reforms in the Spanish and Portuguese Telecommunications and Electricity Sectors. In: European Integration online Papers (EIoP), Jg. 9, H. 10, S. 1–25.
- Kassim, Hussein (2000): The national co-ordination of EU policy. 1. Aufl. Oxford: Oxford Univ. Press. Online verfügbar: <http://books.google.de/books?id=WQuHaKk3T9AC&lpg=PR5&ots=t2Y5o4bBGw&dq=The%20National%20Co->

ordination%20of%20EU%20Policy%3A%20the%20domestic%20level&lr&pg=PR5#v=onepage&q&f=false , zuletzt geprüft am 02.04.2010.

Kittel, Bernhard (2009): Eine Disziplin auf der Suche nach Wissenschaftlichkeit: Entwicklung und Stand der Methoden in der deutschen Politikwissenschaft, H. 50, S. 577–603.

Knill, Christophe; Lehmkuhl, Dirk (1999): How Europe matters. Different mechanisms of Europeanization. In: European Integration online Papers (EIoP), Jg. 3, H. 7, S. 1-20.

Knill, Christoph; Lehmkuhl, Dirk (2002): The national impact of European Union regulatory policy: Three Europeanization mechanisms. In: European Journal of Political Research, Jg. 41, H. 2, S. 255–280.

Knill, Christoph; Lehmkuhl, Dirk (2004): Die Europäisierung nationaler Staatstätigkeit: Erkenntnisse aus der vergleichenden Policy-Forschung. In: Holtmann, Everhard (Hrsg.). Staatsentwicklung und Policy-Forschung. Wiesbaden. S. 151-165.

Kohler-Koch, Beate (1989) Regime in den internationalen Beziehungen, Baden Baden, Nomos.

König, Thomas; Mäder, Lars (2008): Das Regieren jenseits des Nationalstaates und der Mythos einer 80-Prozent-Europäisierung in Deutschland. In: Politische Vierteljahresschrift.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001): Europäisches Regieren. Ein Weißbuch. Brüssel.

Koschmal, Walter : 'Europäisierung' als Metapher und Aufgabe. In: Schubert, Helga (2006): "Europäisierung" - Begriff, Idee und Verwendung im interdisziplinären Diskurs. München: Forost Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa (Forost-Arbeitspapier, 38). S. 11-19.

Kristoferitsch, Hans (2007): Vom Staatenbund zum Bundesstaat? Die Europäische Union im Vergleich mit den USA, Deutschland und der Schweiz. Vienna: Springer-Verlag/Wien.

Kritzinger, Sylvia; Michalowitz, Irina; Methodologische Triangulation in der europäischen Policy-Forschung. In: Janning, Frank; Toens, Katrin (2008): Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen ; [Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)]. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Lange, Stefan (2003): Niklas Luhmanns Theorie der Politik. Eine Abklärung der Staatsgesellschaft. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verlag.

Lamfalussy, Alexandre (2000): Erster Bericht des Ausschusses der Weisen über die Reglementierung der europäischen Wertpapiermärkte. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/internal_market/securities/docs/lamfalussy/wisemen/initial-report-wise-men_de.pdf , zuletzt geprüft am 02.05.2010.

Lamfalussy, Alexandre (2001): Schlussbericht des Ausschusses der Weisen über die Regulierung der europäischen Wertpapiermärkte. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/internal_market/securities/docs/lamfalussy/wisemen/final-report-wise-men_de.pdf , zuletzt geprüft am 02.05.2010.

Lauth, Hans-Joachim (2006): Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung. 2., durchges. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss (Lehrbuch).

- Lehmkuhl, Dirk: Some Promises and Pitfalls of Europeanization Research. In: Graziano, Paolo; Vink Maarten P. (2007): Europeanization. New research agendas. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Lodge, Martin: The Europeanisation of Governance – Top-down, Bottom-up or Both? In: Schuppert, Gunnar Folke (2006): The Europeanisation of governance: [workshop [...] in May 2004 in Warsaw]. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verlag-Ges (Schriften zur Governance-Forschung, 4), S. 59-74.
- Luhmann, Niklas (1975): Legitimation durch Verfahren, Suhrkamp, Frankfurt a. M.
- Mackert, Jürgen Die Konjunktur erklärender Ansätze in den Sozialwissenschaften — Theorien mittlerer Reichweite und soziale Mechanismen. In: Mackert, Jürgen (2006): Ohnmächtiger Staat? Über die sozialen Mechanismen staatlichen Handelns. Humboldt-Univ., Habil.-Schr.--Berlin, 2005. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mann, Dennis-Jonathan: Ein Gebilde sui generis? Die Debatte um das Wesen der Europäischen Union im Spiegel der „Nature of the Union“-Kontroverse in den USA. In: Decker, Frank; Höreth, Marcus (2009): Die Verfassung Europas: Perspektiven des Integrationsprojekts. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-91336-0> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- March, James G.; Olsen, Johan P (2005): Elaborating the “New Institutionalism“: Working Paper No.11. Herausgegeben von Centre for European Studies. Online verfügbar unter http://www.arena.uio.no/publications/papers/wp05_11.pdf , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Mau, Steffen (2006): Die Politik der Grenze: Grenzziehung und politische Systembildung in der Europäischen Union. In: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 16, H. 1, S. 115–132.
- Mau, Steffen (2007): Transnationale Vergesellschaftung: Die Entgrenzung sozialer Lebenswelten. Frankfurt: Campus-Verlag (Staatlichkeit im Wandel).
- Mau, Steffen; Verwiebe, Roland (2009): Die Sozialstruktur Europas. Konstanz: UVK-Verlag-Ges (UTB Soziologie, 3145).
- Mayntz, Renate (2000): Politikwissenschaft in einer entgrenzten Welt. In: Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung Diskussion Paper, H. 3.
- Merli, Franz : EU-Erweiterung und Nachbarschaftspolitik. In: Fastenrath, Ulrich; Nowak, Carsten (2009): Der Lissabonner Reformvertrag. Änderungsimpulse in einzelnen Rechts- und Politikbereichen. Berlin: Duncker & Humblot (Tübinger Schriften zum internationalen und europäischen Recht, 94).S. 259-273.
- Möller, Joachim; Frensch, Richard: 'Europäisierung', Diversität und ökonomische Entwicklung. Schubert, Helga (2006)"Europäisierung" - Begriff, Idee und Verwendung im interdisziplinären Diskurs. München: Forost Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa (Forost-Arbeitspapier, 38). S. 75-85. Online verfügbar unter http://www.forost.lmu.de/fo_library/forost_Arbeitspapier_38.pdf , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Münch, Richard (2008): Die Konstruktion der europäischen Gesellschaft: Zur Dialektik von transnationaler Integration und nationaler Desintegration. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Neyer, Jürgen (2007): Welche Integrationstheorie braucht Europa? In: Integration, H.4, S. 382–393.

- Nohlen, Dieter; Schulze, Rainer-Olaf (2002): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Modelle, Begriffe. Bd.2 München: Beck.
- Nölke, Andreas; Supranationalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen (2006): Theorien der europäischen Integration. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S 146-168.
- Olsen, Johan P (2002): The Many Faces of Europeanization. In: Journal of Common Market Studies, Jg. 40, H. 5, S. 921–952.
- Offe, Klaus: Governance – „Empty signifier“ oder sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm? In: Schuppert, Gunnar Folke; Zürn, Michael (2008): Governance in einer sich wandelnden Welt. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft, 41), S. 61-76.
- Pehle, Heinrich; Sturm, Roland Die Europäisierung der Regierungssysteme. In: Gabriel, Oscar W.; Kropp, Sabine (2008): Die EU-Staaten im Vergleich: Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Popper, Karl R.: Die Logik der Sozialwissenschaften. In: Adorno, Theodor W; Albert, Hans; Dahrendorf, Ralf; Habermas, Jürgen; Pilot, Harald; Popper, Karl R (1989): Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie. 13. Aufl. Darmstadt: Luchterhand (Sammlung Luchterhand, 72).
- Radaelli, Claudio M. (1997): How does Europeanization Produce Domestic Policy Change? Corporate Tax Policy in Italy and the United Kingdom. In: Comparative Political Studies, Jg. 30, H. 5, S. 553–575.
- Radaelli, Claudio M. (2000): Whither Europeanization? Concept Stretching and substantive change. Herausgegeben von European Integration online Papers. Online verfügbar unter <http://eiop.or.at/eiop/pdf/2000-008.pdf> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Radaelli, Claudio M.: The Europeanization of Public Policy. In: Featherstone, Kevin; Radaelli, Claudio M., (2003): The politics of Europeanisation. Oxford University Press, Oxford, UK, S. 27-56.
- Radaelli, Claudio M. (2004): Europeanisation: Solution or problem? Herausgegeben von European Integration online Papers, Nr. 16. Online verfügbar unter <http://eiop.or.at/eiop/texte/2004-016a.htm> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Radaelli, Claudio M (2008) Europeanization, Policy Learning and New Modes of Governance. Journal of Comparative Policy Analysis, Vol. 10, No. 3, S. 237–52. Online verfügbar unter <http://www.informaworld.com/smpp/content~db=all~content=a902089022> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Roose, Jochen (2009): Vergesellschaftung an Europas Binnengrenzen: Eine empirisch-vergleichende Untersuchung zu den Voraussetzungen grenzübergreifender Aktivitäten und Perspektiven in der EU. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rosamond, Ben (2000): Theories of European integration. Basingstoke: Palgrave.
- Rosamond, Ben (2000b): Review article: Globalization and Europeanization. In: Yearbook of European Studies. S. 261–274.
- Rosenau, James N; Czempel, Ernst-Otto (1992): Governance without government. Order and change in world politics. Cambridge: Cambridge Univ. Press (Cambridge studies in international relations, 20).

- Rozenberg, Pieterjan (2007): When European Union Directives open the Pandora's Box. A structural analysis into implementation difficulties accompanying directives on several levels in the European Union. Master European Affairs Thesis. Lund: Politikwissenschaftlicher Arbeitsbereich. Lund Universität. Online verfügbar unter <http://lup.lub.lu.se/luur/download?func=downloadFile&recordOID=1321243&fileOID=1321244> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Sack, Detlef: Mehrebenenregieren in der europäischen Verkehrspolitik. In: Schöller, Oliver; Canzler, Weert; Knie, Andreas (2007): Handbuch Verkehrspolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden. S.176-199.
- Sack, Detlef; Burchardt, Hans-Jürgen: Multi-Level-Governance und demokratische Partizipation – eine systematische Annäherung. In: Brunnengräber, Achim; Burchardt, Hans-Jürgen; Görg, Christoph (2008): Mit mehr Ebenen zu mehr Gestaltung? Multi-Level-Governance in der transnationalen Sozial- und Umweltpolitik. Baden-Baden: Nomos (Schriften zur Governance-Forschung, 14).
- Sack, Detlef (2010): Europäisierungsdruck und Parteiendifferenz in den deutschen Bundesländern - Die Rechtsprechung des EuGH und die Novellierung von Tarifreue Regelungen. Monographie ist im Erscheinen. Informationen zur Veröffentlichung online verfügbar unter http://ekvv.uni-bielefeld.de/foda_publ/publ/Person_Detail.jsp?personId=9106873#publikationen , zuletzt geprüft am 02.06.2010.
- Scharpf, Fritz W (2001): What Have We Learned? Problem-Solving Capacity of the Multilevel European Polity. In: MPIfG Working Paper, H. 4, S. 1–43. Online verfügbar unter <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp01-4/wp01-4.html> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Schimmelfennig, Frank; Sedelmeier, Ulrich (2002): Theorizing EU enlargement: research focus, hypotheses, and the state of research. In: Journal of European Public Policy, Jg. 9, H. 4, S. 500–528.
- Sedelmeier, Ulrich (2006): Europeanisation in new member and candidate states. In: Living Reviews in European Governance, Jg. 1, H. 3.
- Scholl, Bruno (2006): Europas symbolische Verfassung. Nationale Verfassungstraditionen und die Konstitutionalisierung der EU. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Schmidt, Manfred G (1999): Die Europäisierung der öffentlichen Aufgaben. In: ZeS-Arbeitspapier, H. 3, S. 1–13. Online verfügbar unter http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2008/452/pdf/AP_03_1999.pdf , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Schmidt, Vivian A (2001): Europeanization and the Mechanics of Economic Policy Adjustment. In: European Integration online Papers (EIoP), Jg. 5.
- Schmidt, Vivien A. (2006): Procedural Democracy in the EU: the Europeanization of National and Sectoral Policy-making Processes. In: Journal of European Public Policy Jg.13 H.5, 670-691. Online verfügbar unter <http://www.informaworld.com/smpp/content~db=all~content=a749282282~tab=content> , zuletzt geprüft am 02.06.2010.
- Schuppert, Gunnar Folke; The Europeanisation of National Governance Structures in the Context of the Transformation of Statehood. In: Schuppert, Gunnar Folke (2006): The Europeanisation of governance: [workshop [...] in May

- 2004 in Warsaw]. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verlag-Ges (Schriften zur Governance-Forschung, 4). S. 9-58.
- Schuppert, Gunnar Folke; Bach, Maurizio; Schuppert-Pernice-Halterm (2005): Europawissenschaft. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verlag-Ges.
- Sedelmeier, Ulrich (2006): Europeanisation in new member and candidate states. In: Living Reviews in European Governance. Online verfügbar unter <http://europeangovernance.livingreviews.org/Articles/lreg-2006-3/> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Sittermann, Birgit (2006): Europeanisation – A Step Forward in Understanding Europe? Nachwuchsgruppe Europäische Zivilgesellschaft und Multi-Level Governance: Westfälische Wilhelms-Universität Münster. Online verfügbar unter http://nez.uni-muenster.de/download/Sittermann_Literature_Review_Europeanisation_FINAL2006.pdf , zuletzt geprüft am 02.06.2010.
- Spreizer, Astrid (2004): Interessen in der EU – Integrationstheoretische Überlegungen. Powi 04 Graduiertenkonferenz. Neue Impulse für die Politikwissenschaft in Österreich. Wien. Online verfügbar unter http://www.ihs.ac.at/powi04/papers/AG%20oesterreich_europa/Spreitzer_Astrid.pdf , zuletzt geprüft am 20.05.2010.
- Straßheim, Holger; Governance als reflexive Koordination. In: Botzem, Sebastian (2009): Governance als Prozess. Koordinationsformen im Wandel. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verlag-Ges (Schriften zur Governance-Forschung, 16).
- Sturm, Roland; Die Länder in der deutschen und europäischen Mehrebenenpolitik. In: Schneider, Herbert; Wehling, Hans-Georg (2006): Landespolitik in Deutschland. Grundlagen - Strukturen - Arbeitsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.
- Töller, Annette Elisabeth (2004): The Europeanization of Public Policies – Understanding Idiosyncratic Mechanisms and Contingent Results. In: European Integration online Papers (EIoP), Jg. 8, H. 9, S. 1–25, zuerst veröffentlicht: <http://eiop.or.at/eiop/texte/2004-009a.htm>, zuletzt geprüft am 25.05.2010.
- Töller, Annette Elisabeth (2010): Measuring and Comparing the Europeanization of National Legislation: A Research Note. In: Journal of Common Market Studies, Jg. 48, H. 2, S. 417–444.
- Treib, Oliver (2003): Die Umsetzung von EU-Richtlinien im Zeichen der Parteipolitik: Eine akteurszentrierte Antwort auf die Misfit-These. In: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Discussion Papers, H. 3, S. 1–34. Online verfügbar unter http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/mpifg_dp/dp03-3.pdf , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Treib, Oliver; Baer, Holger; Falkner, Gerda (2005): Modes of Governance: A Note towards Conceptual clarification. In: European Governance Papers, H. 02. Online verfügbar unter <http://www.connex-network.org/eurogov/pdf/egp-newgov-N-05-02.pdf> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Treib, Oliver (2008): Implementing and complying with EU governance outputs. In: Living Reviews in European Governance, Jg. 3, H. 5, S. 1–30. Online verfügbar unter <http://europeangovernance.livingreviews.org/Articles/lreg-2008-5/> , zuletzt geprüft am 25.04.2010.

- Trenz, Hans-Jörg; Soziologische Perspektiven: Auf der Suche nach der europäischen (Zivil-)Gesellschaft. In: Bieling, Hans-Jürgen (2006): Theorien der europäischen Integration. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage Wiesbaden. S 373-397.
- Trenz, Hans-Jörg; 'Banaler Europaismus'. Eine latente Kategorie der Europaisierung politischer Kommunikation. In: Langenbucher, Wolfgang R.; Latzer, Michael (2006b): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage Wiesbaden.
- Trondal; Jarle (2003): Why Europeanisation Happens: The Transformative Power of EU Committees. In: ARENA Working Papers, H. 2. Online verfügbar unter : http://www.arena.uio.no/publications/working-papers2002/papers/wp02_3.htm , zuletzt geprüft am 23.04.2010.
- Vobruba, Georg (2007): Die Dynamik Europas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage Wiesbaden. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90569-3> , zuletzt geprüft am 22.04.2010.
- Wagner, Helmut: Wer regiert die Europäische Union? Die Originalität der Europäischen Union. In: Leiß, Olaf (2010): Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften .
- Wessels, Wolfgang (1992): Staat und (westeuropäische) Integration. Die Fusionsthese. In: Kreile, Michael (Hrsg.): Die Integration Europas. Opladen, PVS-Sonderheft H. 23, S. 36-61.
- Wessels, Wolfgang: Theoretischer Pluralismus und Integrationsdynamik: Herausforderungen für den „acquis académique“. In: Bieling, Hans-Jürgen (2006): Theorien der europäischen Integration. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage Wiesbaden. S 427-457.
- Wessels, Wolfgang (2008): Das politische System der Europäischen Union. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage Wiesbaden.
- Wessels, Wolfgang: Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hrsg.) (2009): Jahrbuch der europäischen Integration 2008, Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Wessels, Wolfgang; Gläser, Cyril: Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hrsg.) (2010): Jahrbuch der europäischen Integration 2009, Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Willke, Helmut (1992): Ironie des Staates: Grundlinien einer Staatstheorie polyzentrischer Gesellschaft. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Willke, Helmut (2006): Global Governance. Bielefeld: transcript (Einsichten).
- Wolczuk, Kataryna (2004): Integration without Europeanisation: Ukraine and its Policy towards the European Union. In: EUI Working Papers, H. 15.
- Wolf, Dieter; Neo-Funktionalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen (2006): Theorien der europäischen Integration. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden. S 65-90.
- Wong, Reuben: Foreign Policy. In: Graziano, Paolo; Vink, Maarten P (2007) Europeanization – New Research Agendas. 3.Auflage, Palgrave Mac Millan, New York, S. 321-336.

- Wuermerling, Joachim: Vom Verfassungsentwurf zum Reformvertrag. Auf dem Weg zur politischen Integrationsmethode? In: Fastenrath, Ulrich; Nowak, Carsten (2009): Der Lissabonner Reformvertrag. Änderungsimpulse in einzelnen Rechts- und Politikbereichen. Berlin: Duncker & Humblot (Tübinger Schriften zum internationalen und europäischen Recht, 94), S.33-47.
- Yolles, Maurice I (2009): Understanding the Dynamics of European Politics. In: European Integration online Papers, Jg. 13, H. 27. Online verfügbar unter <http://eiop.or.at/eiop/texte/2009-027a.htm> , zuletzt geprüft am 02.04.2010.
- Zahariadis, Nikolaos (2004): European markets and national regulation: Conflict and cooperation in British competition policy. In: Journal of Public Policy, Cambridge University Press, Jg.24 H. 1, S. 49-73.

Gesetzesverzeichnis

„Artikel 50 (2) EUV“: Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union, C 115/43, Amtsblatt der Europäischen Union, 09.05.2008 S. 1–388. Online verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0013:0045:DE:PDF>.

„Engere Union der Völker“ in der Präambel der: Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, C 115, Amtsblatt der Europäischen Union, 09.05.2008 S. 1–388. Online verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0001:01:DE:HTML> , zuletzt geprüft am 23.05.2010.

„Kommitologie Verfahren“: Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, C 115/126, C115/127, Amtsblatt der Europäischen Union, 09.05.2008. S. 1-153. Artikel 290-291 AEUV siehe S. 126-127. Online verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0047:0199:DE:PDF>

„Lamfalussy Richtlinie“: Richtlinie 2005/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates. L 79/9, L Rechtsakte. Amtsblatt der Europäischen Union, 09.03.2005. S. Online verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2005:079:0009:0009:DE:PDF> , zuletzt geprüft am 18.05.2010.

Verzeichnis genutzter Bildmotive

„Flagge der EU“ für Deckblatt , online verfügbar unter http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/7/74/EU_flags.jpg, zuletzt geprüft am 04.06.2010.

Logo des Lehr- und Forschungsbereichs Politikwissenschaft der Universität Bielefeld, online verfügbar unter <http://www.uni-bielefeld.de/soz/powi/> , zuletzt geprüft am 27.05.2010.

Verzeichnis zitierter Internetseiten

Alich, Holger; Riedel, Donata: Tagesspiegel Artikel, Nach Griechenland-Krise Brüssel will Haushalte kontrollieren.

Online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/bruessel-will-haushalte-kontrollieren/1821410.html> . Aktualisiert am 12.05.2010, zuletzt geprüft am 21.05.2010.

ECSCA-Austria: European Integration Online Portal. Online verfügbar unter <http://eiop.or.at> . Aktualisiert im Jahr 2006, zuletzt geprüft am 03.06.2010.

ECSCA Austria: Living Reviews in European Governance. Online verfügbar unter <http://europeangovernance.livingreviews.org/> . Aktualisiert am 25.05.2010 , zuletzt geprüft am 03.06.2010.

Freie Universität Berlin, Forschungsprofil von Jean Monnet Lehrstuhl und Arbeitsstelle. Online verfügbar unter <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/europa/forschung/index.html>, Aktualisiert am: 29.01.2008, zuletzt geprüft am 19.05.2010.

Hessische Staatskanzlei: Ministerpräsident Roland Koch: "Der Apfelwein bleibt Apfelwein!". Online verfügbar unter http://www.staatskanzlei.hessen.de/irj/zentral_Internet?rid=zentral_15/zentral_Internet/nav/6ba/6ba5072f-a961-6401-e76c-d1505eb31b65,7742de6d-1341-611d-5ce7-b44e9169fccd,22222222-2222-2222-2222-2222-222222222222,22222222-2222-2222-2222-222222222222,11111111-2222-3333-4444-100000005004.htm . Aktualisiert am 6.11.2007 zuletzt geprüft am 14.05.2010.

Oxford University Press: Oxford scholarship online. Online verfügbar unter <http://www.oxfordscholarship.com>. Aktualisiert am 01.05.2010, zuletzt geprüft am 03.06.2010.

Standard.at Tageszeitung: Kein Autor genannt (rb), Griechenland räumt auf, EU-Experten prüfen Athens Pensionsreform, in der griechischen Steuerbehörde startet eine groß angelegte Anti-Korruptionskampagne. Online verfügbar unter <http://derstandard.at/1271377480332/Krisenschauplatz-Griechenland-raeumt-auf> , Aktualisiert am 26.05.2010, zuletzt geprüft am 18.05.2010.

Rehn, Olli: Olli Rehn European Commissioner for Economic and Monetary Policy Foundations for sustainable growth and job creation: safeguarding financial stability and reinforcing economic governance in Europe. Rede in der Sitzung des EP in Straßburg. Online verfügbar unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/246> , Aktualisiert am 19.05.2010, zuletzt geprüft am 24.05.2010.

Töller, Elisabeth: Die Europäisierung der nationalen Gesetzgebung messen und vergleichen. Online verfügbar unter <http://www.fernuni-hagen.de/polis/lg3/projekte/policies.shtml> . Aktualisiert am 24.02.2010 , zuletzt geprüft am 02.04.2010.

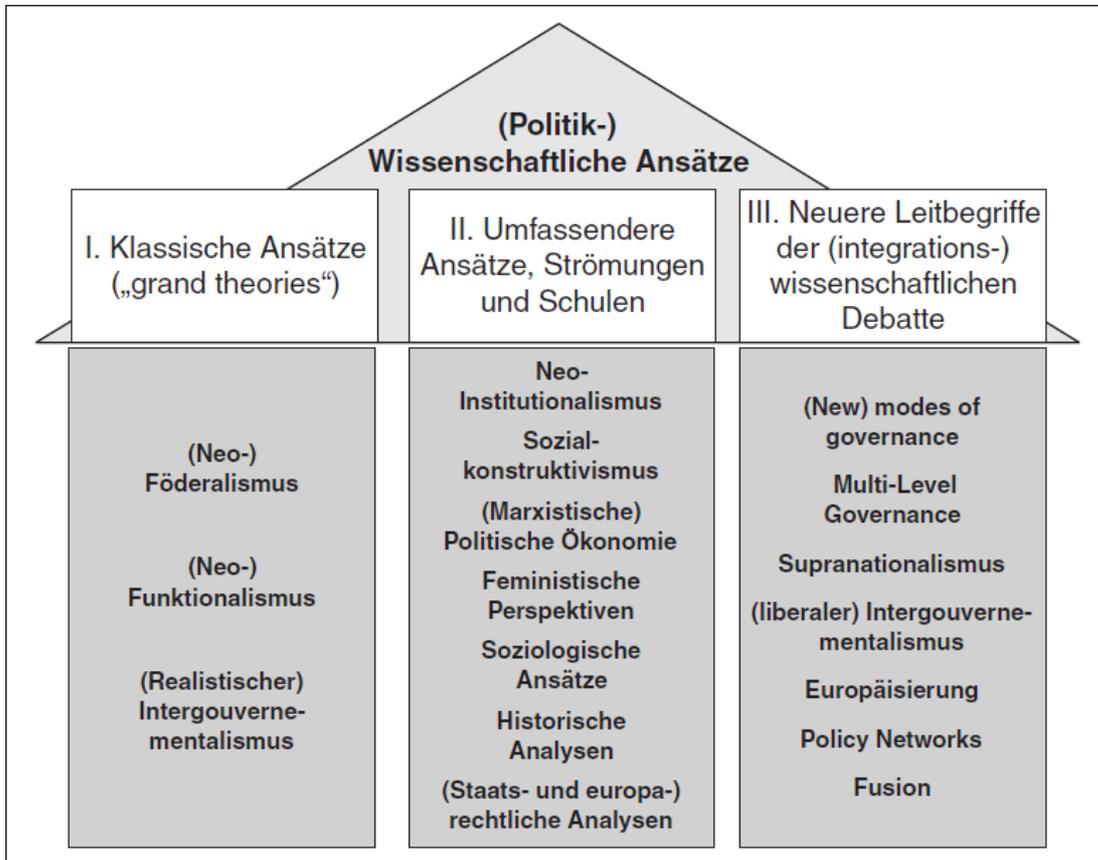
Wiley, John and sons, Inc.: Journal of Common Market Studies. Online verfügbar unter <http://www.blackwellpublishing.com/jcms>. Aktualisiert am 09.06.2010, zuletzt geprüft am 02.06.2010.

Zentrum für Europäische Integrationsforschung: Forschungsgruppen des ZEI. Online verfügbar unter http://www.zei.de/zei_deutsch/propro_neu/index.html . Aktualisiert im 20.05.2010, zuletzt geprüft am 23.05.2010.

Anhang

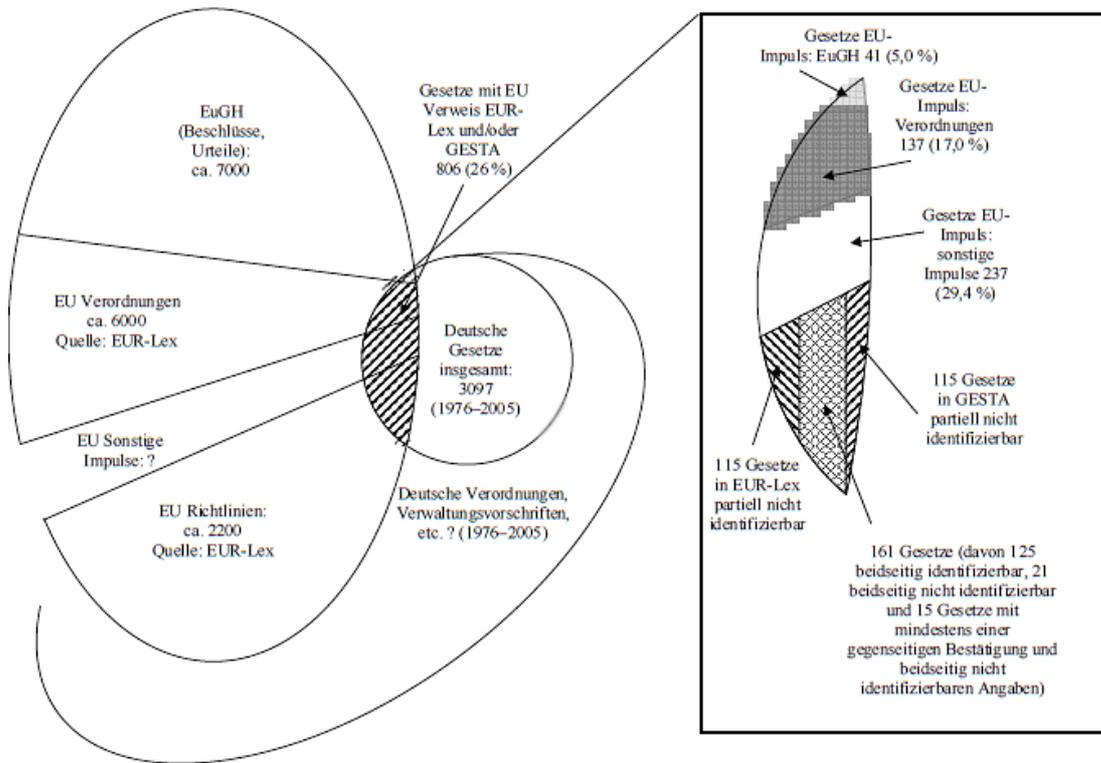
Abbildung 1: Wissenschaftliche Relevanz

Grundströmungen der (politik-)wissenschaftlichen Theoriebildung



Wessels, Wolfgang (2008): Das politische System der Europäischen Union. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage Wiesbaden. Seite 29.

Abbildung 2: Gemeinschaftsrecht und die deutsche Gesetzgebung



König, Thomas; Mäder, Lars (2008): Das Regieren jenseits des Nationalstaates und der Mythos einer 80-Prozent-Europäisierung in Deutschland. In: Politische Vierteljahresschrift. Seite 457.

Maurice Benjamin Müller

Studium der Staatswissenschaften in Erfurt von 10/03 bis 09/06

- *Hauptfach: Politikwissenschaften*
- *Nebenfach: Nordamerikanische Geschichte*
- *Nebenfach: Rechtswissenschaften*
- *Praktikum in der thüringischen Landeszentrale für politische Bildung und dem europäischen Informationszentrum (EIZ) in Erfurt von 07/06 bis 09/06*

Studium der Politischen Kommunikation an der Universität Bielefeld von 10/06 bis 06/10

- *Qualifikationsstudium Europa Intensiv*
- *Praktikum in der Hessischen Landesvertretung bei der EU in Brüssel von 02/08 bis 04/08*

Studium an den Instituts d'études politiques de Paris (Sciences Po) von 09/08 bis 03/09

- *Master professionnel: Affaires européennes*
- *Unterstützung des Maison de l'Europe des Yvelines in Paris von 10/08 bis 02/09*
- *Mitglied der Jeunes européens federalistes*
- *Autor für den EU-Internetblog „Le Taurillon, magazine eurocitoyen“ www.taurillon.org*

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren

